

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 28 M. für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einzeilige und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Wahlreform in Oesterreich.

Wien, 12. Oktober.

Am 23. Februar, also vor beinahe acht Monaten, sind die Wahlreformvorlagen von der Regierung gekauft eingedruckt worden; seit dem 28. März verhandelt sie der Wahlreformauschuss, der heute die 53. Sitzung hielt, und noch immer ist diese beispiellose, nervenzerrüttende Ausschussverhandlung nicht zu Ende! Unausgesetzt tauchen neue Fragen auf, entstehen und vorhergesehene Zwischenfälle, immer von neuem wird die Erledigung durch künstliche Komplikationen verzögert! Die Wahlreform ist in Oesterreich eben kein bloßes Ringen zwischen den Klassen, keine Frage allein der politischen Macht; in ihr steckt auch das Verhältnis der vielen Nationen zu einander und zum Staate, so daß die Umwälzung des Wahlrechtes zugleich sämtliche so mannigfaltige und ungeklärte nationale Fragen dieses Staates lebendig macht. In der Geschichte der modernen Parlamente wird ein Werk von dem Umfang und der Tiefe der österreichischen Wahlreform schwerlich gefunden werden.

Bevor das Parlament im Juli in Ferien ging, hatte der Ausschuss den schwierigsten Teil, jenen, der das nationale Problem der Wahlreform enthält, allerdings zum Abschluß gebracht und die Verteilung der Mandate auf die Länder und damit auch auf die Nationen bestimmt. Unter unsäglichen Mühen und mit Aufwendung aller parlamentarischen Künste war es insbesondere gelungen, über die schwierigste Aufgabe hinwegzukommen: das Verhältnis der Mandate für Deutsche und Tschechen in den Brennpunkten der nationalen Kämpfe, in Böhmen und Mähren, festzusetzen. Was für ganz erstaunliche Lösungen dieser Nationalitätenstreit notwendig macht, zeigt die Bildung der Wahlkreise in Mähren. Während in Böhmen die zwei Nationen geschlossen gesiedelt sind, ihre Sonderung sich territorial vollziehen läßt, sind in Mähren Deutsche und Tschechen so durcheinander gemengt, daß sich national einheitliche Wahlkreise, eine der besten nationalen Erzeugnisse der Reform, nicht konstruieren lassen. Die Schwierigkeit wird nun so umgangen, daß für beide Nationen ein Kataster angelegt wird, in das sich jeder Wahlberechtigte vor der Wahl als Deutscher oder als Tscheche eintragen lassen muß, und daß dann die Wahl beider Nationen gesondert geschieht. Das ganze Land wird einmal in deutsche, einmal in tschechische Wahlkreise geteilt, sodas es ideell zwei Länder Mähren gibt: eines des deutschen, eines des tschechischen Katasters! An diesem einen Beispiel ist zu erkennen, mit welchem ganz einzigartigen Problem und mit welchen unvergleichbaren Schwierigkeiten man es in der österreichischen Wahlreform zu tun hat.

Diese Arbeit wäre also getan; die gesamte Wahlkreiseinteilung ist nun erledigt und wenn auch — wie es nach Lage der Sache unvermeidlich war — das Kompromiß, als welches sich die Beschlüsse des Ausschusses ergeben, auf keiner Seite volle Befriedigung hervorrufen, so kann doch auch gesagt werden, daß unversöhnliche Unzufriedenheit bei keiner Nation herrscht. Die große Vermehrung der Mandate (das künftige Haus wird statt 425 Mitglieder, aus denen das gegenwärtige besteht, 516 Abgeordnete zählen) hat eben die Möglichkeit geboten, den Ansprüchen jeder Nation Erfüllung zu sichern.

Auch an einem anderen gefährlichen Punkte ist die Wahlreform vorige Woche glücklich vorbeigekommen: Der Plan, den belgischen Pluralitätschwandel nach Oesterreich zu importieren, ist im Ausschusse vereitelt worden und wird auch im Hause kein anderes Schicksal haben. Obwohl sich die Sachlage eine kurze Zeit ganz bedrohlich anließ und die Zahl der Stimmen, die der Pluralitätsantrag im Ausschusse erhielt, keineswegs klein war — der Antrag des Abgeordneten Tollinger, eines Meritalen aus Tirol, wurde mit 26 gegen 20 Stimmen abgelehnt! — so wäre doch nichts verfehlt, als wenn sich im Auslande die Meinung festsetzte, daß in Oesterreich der Stumpfsinn der Pluralität auf irgendwelche ansehnliche Anhängerzahl rechnen kann und daß dieses willkürlichste und deshalb perfideste aller Wahlsysteme in Oesterreich für ein mögliches Wahlrecht gehalten wird. Dem ist keineswegs so, vielmehr war der Antrag absolut nicht ernst gemeint und ausschließlich zum Verderb der Wahlreform erdacht. Er war einfach der Antrag derjenigen Abgeordneten, welche die Wahlreform überhaupt nicht wollen, und sein Zweck war kein anderer als: die Reform durch das Mehrstimmenrecht unannehmbar zu gestalten, sie den Angriffen der Wahlreformfreunde zu überliefern. Ursprünglich war die Pluralität die Forderung einer einzigen, weder besonders großen noch einflussreichen Partei: der deutschen Meritalen, des sogenannten Zentrums, die aber untereinander gleichfalls nicht einig waren. Es bereitet sich nämlich unter den deutschen Meritalen in Oesterreich eine große Wandlung vor, deren Ergebnisse die nächsten Wahlen zeitigen werden und die darauf ausgeht, unter den österreichischen Deutschen eine Partei nach der Art des deutschen Zentrums zu schaffen. In nicht geringem Maße wird diese Absicht die Haltung bestimmen haben, welche sich die niederösterreichischen Christlichsozialen in der Wahlreformfrage erwählt und die sie mit anerkannter Energie und Beständigkeit betätigt haben: diese Meritalen gehören zu den überzeugtesten An-

hängern der Wahlreform und waren namentlich die heftigsten Gegner der Pluralität. Diese Wiener Bewegung greift nun auch in die Provinzen über und sie räumt insbesondere in Tirol und Vorarlberg mit der alten Meritalen Bewegung gründlich auf. Die im Verenden begriffenen Tiroler „Alt-konservativen“ nun haben sich die Pluralität als Rettungsanker konstruiert: als die zweite Stimme für die Großbauern, durch welche der Bauernneid, die den „Knecht“ nicht als Gleichen anerkennen will, gekrönt werden sollte. Ein Damm gegen die immer heftiger auftretende christlich-soziale Propaganda, die auf den „kleinen Mann“ in der Landwirtschaft zielt, nachdem sie ihn in der Großstadt mobilisiert hat.

Aber auch unter den eigentlichen Meritalen ist die oberösterreichische Gruppe innerlich der Pluralität ganz abhold; hat sich doch ihr Führer, der Landeshauptmann Ebenhoch, als Schwurzeugen für die Vortrefflichkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes den Prälaten Piye geholt, der in Briefen und Telegrammen seine österreichischen Gesinnungsgenossen vor dem ungleichen Wahlrecht ganz eindringlich zu warnen verstand. Außer dieser Partei hat von der Pluralität sonst überhaupt niemand gesprochen, und in der ersten Lesung im Plenum und im Ausschusse war davon nicht einmal als von einer Möglichkeit die Rede.

Die Pluralität tauchte erst auf, als die Wahlkreiseinteilung beendet war. Bis dahin hatten die Reformfeinde gehofft, die Reform werde sich an den nationalen Schwierigkeiten verbluten; sie hatten auch ohne Unterlaß gehetzt und geschürt, und man erlebte das kostbare Schauspiel, daß sich der nationallose, allezeit verräterische Adel, die sogenannten „Verfassungstreuen“ und die Konservativen, in jener Zeit als die tüchtigsten Chauvinisten gebärdeten und die auf einen Vergleich gerichtete Stimmung der bürgerlich-nationalen Parteien zu vergiften suchten. Als diese Hoffnung zunichte war, erkannten sich die Wahlrechts-„Freunde“ ein anderes Ziel: die „Gleichheit“ des Wahlrechtes! Vorgesprochen wurden dabei natürlich die zwei oder drei wirklichen Anhänger des Pluralwahlrechtes; was sich aber sonst um diese Fahne sammelte, waren echte und rechte Wahlreformfeinde, die mit demselben Aufwand von Ueberzeugung, mit der sie für die Pluralität plädiert und gestimmt hatten, für die Verwerfung der Reform votieren würden. Da das Pluralwahlrecht die Eigenschaft besitzt, dem oberflächlichen Denken als ein besonders gerechtes Wahlrecht zu erscheinen und das sinnlose, den eigentlichen Sinn des Wählens verkennende Schlagwort von der „Ungleichheit der Menschen und der Leistungen“, welche in der „Abstufung“ des Wahlrechtes nur ihr Korrelat erhalte, auf den sogenannten „gesunden Menschenverstand“ ungemein viel Anziehungskraft ausübt, so wurde der Feldzug gegen das gleiche Recht geradezu die Probe auf die Kraft des Wahlreformgedankens überhaupt. Interessant ist es, daß es vornehmlich Agrarier waren, die — offenbar in Verkenntung des belgischen Exempels — Oesterreich mit dem Pluralitätswahlsinn beglücken wollten, obwohl angeht die Teilung in Stadt und Land, wie sie die Wahlreform vornimmt, die Pluralität den Agrariern nicht nützen, das gleiche Recht ihnen nicht schaden kann. Dagegen standen die Abgeordneten der Städte, deren Bürgertum von der Disqualifizierung der Arbeiter schon eher profitieren würde, trotzdem fast ausnahmslos auf Seite der politischen Gleichheit.

Daß die Regierung mit einer „schwachen, ungefährlichen Pluralität“ kokettiert hatte, ging aus der einigermaßen hinterhältigen Rede des Ministerpräsidenten hervor. Doch blieb diese geheime Unterfütterung und die Konzentration sämtlicher Wahlreformfeinde fruchtlos — die Mehrheit des Ausschusses sanktionierte mit ihrem Votum das, was von den Wählern in Oesterreich längst als unerschütterliche Gewissheit anerkannt ist: die Gleichheit des politischen Rechtes.

Der Pluralitätsantrag selbst hat das belgische Beispiel getreulich kopiert. Es hätte demnach eine zweite Stimme erhalten sollen derjenige, der 30 Jahre alt, verheiratet, Vater zumindest eines ehelichen Kindes und Inhaber einer selbständigen Wohnung ist (die letztere Bedingung zielt gegen die landwirtschaftlichen Proletarier), ferner derjenige, der eine Mittelschule absolviert hat oder wer 25 Kronen an Grund- oder Erwerbsteuer (Personaleinkommensteuer nicht!) zahlt, welcher Betrag durch Beschluß der Landtage bis auf 8 Kronen zu reduzieren sein sollte. Wer im Besitze von zwei dieser Voraussetzungen ist, hätte drei Stimmen erhalten sollen! Für den Antrag stimmten die polnischen Schlachthäuser, die „Verfassungstreuen“ und die feudalen Großgrundbesitzer, die Deutschmeritalen, die All-deutschen und vier individuelle Wahlreformfeinde (ein Tscheche, ein Slowene und zwei Deutsche). Es waren also unter den zwanzig Mitgliedern, die dem Antrag ihre Stimme gaben, zum mindesten sieben, deren Votum ausschließlich Wahlreformfeindschaft befundet. Es ist notwendig, das genau festzustellen, damit man sich am Ende nicht im Auslande einbilde, in Oesterreich wäre für die aufreizende Pluralität irgend eine ernste Stimmung vorhanden, und daß man nicht zu der Meinung verführt werde, daß dieses feine Wahlsystem, welches die breiten Massen zwar geräuschlos, aber geradezu automatisch entrechtet, u a g g e a h m t werden könnte. Der Pluralitätsantrag wird auch im Hause vorgebracht werden, aber es ist völlig ausgeschlossen, daß er noch einmal Bedeutung gewinnen oder gefährlich werden könnte.

Die Wahlreform in Oesterreich wird zweifellos das modernste Wahlrecht bringen. Wird doch mit dem allgemeinen

Wahlrecht auch die Wahlpflicht eingeführt. Allerdings vorläufig nur in theoretischer Form; es wird nämlich den Landtagen freigestellt, für den Bereich ihres Landes die Wähler zur Stimmabgabe „zu verpflichten“ und die nötigen Strafbestimmungen hierfür zu erlassen. Der Beschluß erfolgte eigentlich nur den Christlichsozialen zuliebe, die das Experiment vielleicht in Niederösterreich unternehmen werden; sonst dürfte die Einführung wohl nirgendwo riskiert werden.

Von den sonstigen Beschlüssen des Ausschusses ist der bedeutungsvollste der, daß die Wahlen nach dem neuen Wahlrecht im ganzen Reiche an einem Tage stattfinden werden. Diese Reform wird in Deutschland wohl wenig Ueberraschung wecken; für Oesterreich, wo die Wahlen bisher mindestens sechs Wochen währten und wo es etwa dreißig bis vierzig Wahltage gab, ist „der eine Wahltag“ der Ausdruck einer neuen Staatlichkeit, die sich von den Ländern und Kurien befreit und den Staat als Einheit und Gesamtheit auch bei der wichtigsten politischen Aufgabe der Bürger wirkend macht.

Der Ausschuss hat noch zwei Fragen zu erledigen, die spezifisch österreichischer Natur sind und die ein geringes Kopfzerbrechen verursachen. Die eine ist die von den Polen angeforderte Erweiterung der Kompetenz der Landtage, die man mit einer Resolution zu beschwichtigen hofft; die andere ist die von den Deutschen erhobene, betreffend den Schutz der Wahlkreiseinteilung durch eine „qualifizierte Mehrheit“; es sollen Änderungen der Wahlkreise künftig nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und bei Zustimmung von wenigstens zwei Drittel der Anwesenden beschlossen werden dürfen. Diese „qualifizierte Mehrheit“ gilt in Oesterreich bei allen Verfassungsgeboten, unter welche das Wahlrecht und die Verteilung der Mandate auf die Länder schon heute fallen; bloß die Wahlkreiseinteilung war bisher ein einfaches Gesetz. Da sich das Verhältnis der deutschen Abgeordneten im künftigen Hause einigermaßen verändert (jetzt haben sie von 425 Abgeordneten 205, künftig werden von 516 Abgeordneten 233 Deutsche sein), so wollen sie mit der Bedingung der Zweidrittelmehrheit ihren Verstand gegen Änderungen und Beeinträchtigungen sichern. Dieser Forderung wird aber von den Tschechen der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Aber auch hier wird sicherlich das Kompromiß gefunden werden.

Es ist also anzunehmen, daß der Ausschuss im Laufe der nächsten Woche die Verhandlung der beiden Vorlagen beendet haben und daß demgemäß die zweite Lesung im Plenum etwa am 23. oder 24. Oktober beginnen wird. Welchen Umfang sie annehmen, ob die Verhandlung glatt vor sich gehen wird, ob die Intrigen, die die Beratungen im Ausschusse so langwierig gestaltet haben, im Hause noch einmal aufleben werden, das ist im Augenblicke nicht zu erkennen und noch weniger vorauszusagen.

Am 25. November sollen in Budapest die Delegationen zusammentreten und so nimmt man denn an, daß an diesem Tage die Verhandlung im Abgeordnetenhause beendet sein wird. Es dürfte ein schwerer heißer Monat werden, und das Proletariat wird sorgsam Wacht halten müssen, damit das große Werk, die Frucht seiner Tatkraft und Entschlossenheit, nicht noch im letzten Augenblicke verzerrt werde.

## Die russische Revolution.

Aus der Chronik der „Beruhigungsarbeit“.

In der letzten Zeit tauchten des öfteren Gerüchte über den Rücktritt Stolypins auf, obgleich seine Zirkularelasse an die Gouverneure, die obligatorischen Verordnungen der Generalgouverneure über neue Repressivmittel, die Einsetzung immer neuer Waffunde in hohe Vertrauensämter dagegen sprachen. So ist unter anderem zum ständigen Mitgliede des Obermilitärgerichtes ein bewährtes Mitglied der schwarzen Banden, v. Osten-Saden, berufen worden; der Prokureur des Obermilitärgerichtes Pawlow, dem die Duma feinerzeit den Ehrentitel „Genet“ bewilligte, soll zum Gehilfen Stolypins und der Petersburger Statthalter von der Duma zum Kommandanten des Hofes ernannt werden.

Wie könnte man auch jetzt von „liberalen“ Einflüssen beim Hofe reden, wo die Reaktion wahre Orgien feiert und die Leichen sich berghoch türmen. Vergleichen wir nur z. B. die Tätigkeit der Feldgerichte in den letzten zwei Wochen. In der ersten Woche vom 27. September bis zum 4. Oktober wurden von den Feldgerichten 25 Personen zum Tode verurteilt, die zweite Woche hat schon 52 Opfer gefordert. Sie verteilen sich folgendermaßen: Datum — einer gehängt, Cherson — 7 erschossen, Kjelez — 8 erschossen, Kalkisch — einer erschossen, Jekaterinoslaw — einer erschossen, Siedlez — 1, Cholm — 1, Tschernochow — 7 (darunter 4 minderjährige), Warschau — 5, Riga — 2, Mittau — 7, Perna — 2. Die größte Zahl der Hingerichteten während dieser Woche entfällt also auf Polen mit 17 Personen, darauf folgen die baltischen Provinzen mit 9 Personen. Dazu muß aber in Betracht gezogen werden, daß in den baltischen Provinzen neben den Feldgerichten noch die Strafexpeditionen ihre blutige Arbeit verrichten und im Kreise Goldingen (Revier des Kreisrichters v. Brödrich) allein 18 Personen hingerichtet haben. Eben hat einer dieser adligen Führer der Strafexpeditionen die obligatorische Verordnung erlassen, daß in der Zukunft auf allen Hochzeiten und Lauffelagen Beamte der Gemeindeverwaltungen zugegen sein müssen, sonst würden solche Familienfeste als geheime Versammlungen angesehen und mit Waffengewalt auseinandergejagt werden.

### Nachmals: Tatzhen zu!

Die lesen im „Rust. Kurier“:  
Der russische Finanzminister Kozoff, der am Freitag, den 13. d. Mts., eine längere Konferenz mit dem Zaren hatte und daraufhin mehrere Depeschen mit dem Grafen Witte wechselte, konnte seinen Ministerkollegen die erfreuliche Mitteilung machen, daß nach der jetzigen Lage der Dinge die Realisierung einer Auslandsanleihe schon in absehbarer Zeit möglich ist. Näheres kann jedoch erst nach der Ankunft des Grafen Witte festgestellt werden, die bereits für die nächste Woche in Aussicht gestellt ist.

### Baltische Gewalttaten.

Die lettischen Schriftsteller Blaumann und Kuris wurden vorige Nacht arretiert und in die Detektivpolizei abgeführt, wo sie ihre Zugehörigkeit zu den regierungsföndlichen Vereinigungen bereits eingestanden haben.

So berichtet mit sichtlichiger Bemühtung die berüchtigte „Düra-Geitung“. Und das unerschämte Demuziantenblatt darf in der Tat mit seinem „Erfolg“ zufrieden sein. Die beiden talentvollen Journalisten sind für lange Zeit mundtot gemacht und, wenn das konservative Voltentum Glück hat, vielleicht für immer beseitigt.

Man muß die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen aus eigener Anschauung kennen, um zu begreifen, was es bedeutet, einem Verhör in der Rigaschen Detektivpolizei unterzogen zu werden. Diese Behörde besteht — wie die ganze Geheimpolizei in Rußland — aus übel beleumundeten, meist vorbestraften Subjekten, denen nichts heilig ist und die für einige Silberlinge jederzeit zu den haarsträubendsten Schandtaten bereit sind. An der Spitze dieser Wiedermänner steht der „Edelbalde“ Billebois mit dem Mittel Kofsko, die würdigen Nachfolger der zu Ruchthaus verurteilten Akerit und Koszki. Diese „Staatsbedienten“ haben dadurch Karriere gemacht, daß sie die Zahl der am hellen, lichten Tage mordenden und raubenden Individuen vergrößerten und eine ganze Reihe von „freiwilligen Geständnissen“ politischer Gefangenen erzielten. Unter ihrem „verstärkten Schutz“ arbeitet das lichtglaube Gefindel unbehindert, während sie, dank dem über das ganze Land verhängten Kriegszustand, jede freiheitliche Regierung der Intelligenz zur Freude der „Patrioten“ mit Füßen treten können. Mit welcher teuflischen Bestialität dieses Inquisitions-tribunal seine Opfer beim Verhör behandelt, hat seinerzeit in dankenswerter Weise Professor Wladimirov anlässlich des Prozesses der „Sechshundertsechzig“ weiteren Kreisen bekannt gemacht. Wie den Lesern des „Vorwärts“ noch erinnerlich sein dürfte, gestanden damals sämtliche 98 Angeklagte in der Rigaschen Detektivpolizei „reue“ ihre Schuld ein und wurden infolgedessen vom Kriegsgericht zum Tode bzw. zur Zwangsarbeit verurteilt. Erst vor dem Oberkriegsgericht in Petersburg gelang es dem Verteidiger Sololow auf Grund der Ermittlungen des genannten Professors, die Grundlosigkeit der Anklage zu beweisen und die vollständige Freisprechung jener, trotz ihrer „freiwilligen Geständnisse“, zu erwirken. Trotzdem hat sich im Regime der auf Kosten der städtischen Steuerzahler unterhaltenen Detektivpolizei nichts geändert. Die überführten Kollateren blieben in ihren Kerkern und wurden „für eiserne Dienst“ durch hohe Orden ausgezeichnet, während die Reinigung der Delinquenten nach altem Rezept fortgesetzt wird und Jahrgelien, Verrentung der Gliedmaßen vermittels elektrischen Stromes zur Expression von offenen Geständnissen an der Tagesordnung blieben.

Dieses selbe traurige Schicksal hat nun die zwei genannten Journalisten getroffen. Anstatt in die Reihen der gutbezahlten Kollateren zu gehen, kämpften sie ehrlich für eine ehrliche Sache: für die Aufklärung des lettischen Proletariats. Sie ermahnten in ihren Schriften das Volk zur Einigung und zum friedlichen Kampf gegen seinen Erbfeind und seine Ausbeuter, den baltischen Adel und die baltische Bourgeoisie; sie behaupteten es, daß eine nach Freiheit ringende Nation die Trunksucht, dieses große Rauber, welches die Masse moralisch, physisch und materiell ruiniert, verabscheuen muß, und sie empfahlen ihm angelegentlich „Büchereien“ Monopolbuden und die Kneipen der freiberlichen Kulturträger zu meiden. Diese „revolutionäre Lehre“ brachte sie nun, dank dem Schmaroberblatt am Dünastrande, in „unzere schneidige“ Detektivpolizei, wo die „Verbrecher“ ihre Vergehen bereits „eingestanden“ haben sollen!! Um aber den baltischen Hunnen seitens des Rigaschen Kriegsgerichts auf alle Fälle ein jenseitiges schuldigendes Urteil zu sichern, verfügte der Generalgouverneur Sololow, daß der bewährte Verteidiger der angeklagten Schriftsteller, der berechtigte Rechtsanwalt Sololow, aus den Ostseeprovinzen ausgewiesen werde! Durch diese Maßregel hoffen die baltischen Scharmacher die fortschrittliche lettische Presse zu terrorisieren und kaltstellen. Ein ständiger Blick in diese überzeugt uns jedoch, daß sie trotz des „verstärkten Schutzes“ und des Kriegszustandes unentwegt ihre Schuldigkeit tun und von ihrem Programm keinen Schritt abweicht. —

### Frei!

Die „Towaritsch“ und „Olo“ vom 13. d. Mts. melden, ist es den Genossen Parvus, Deutsch und Rumjazeff trotz der scharfen Ueberwachung auf dem Wege in die sibirische Verbannung gelungen, ins Ausland zu entfliehen!

### Stössel!

Petersburg, 14. Oktober. (S. T. S.) Generaladjutant Stössel ist durch einen kaiserlichen Tagesbefehl vom 13. Oktober krankheits- halber verabschiedet worden. —

Also erst mit dem „pour lo mérite“ beschenkt, dann zum Tode verurteilt und jetzt „krankheitshalber verabschiedet“!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober.

### Major Fischer.

Major Fischer, der beinahe 3 Monate in Untersuchungshaft gefesselt hatte, ist am Sonnabend auf freien Fuß gesetzt worden. Seine Haftentlassung ist deshalb erfolgt, weil die Ermittlungen seinen strafrechtlichen Tatbestand ergeben haben sollen und deshalb das Verfahren eingestellt worden ist. Es soll nunmehr ehrengerichtlich festgestellt werden, ob Major Fischer sich durch die Annahme von Darlehen von Beteiligten der Firma Tuppelkirch eines Verstoßes gegen die Standespflichten schuldig gemacht habe. Man nimmt an, daß das Urteil des Ehrengerichts wahrscheinlich auf schlichten Abchied erkennen werde.

Dieser Ausgang des Falles Fischer kommt überraschend und auch nicht überraschend, je nachdem man die Dinge betrachtet. Ueberraschend kommt die Einstellung des Verfahrens insofern, als doch anzunehmen war, daß die schwerwiegendsten Verdachtsgründe gegen Fischer vorlagen, bevor man überhaupt zur Verhaftung schritt. Auch ist es einigermassen befremdend, daß es ganzer 3 Monate bedurfte, um die Darlehensangelegenheiten soweit aufzuhellen, wie es nötig war, um entweder ein gerichtliches Verfahren gegen Fischer zu eröffnen oder aber ihn wenigstens aus der Haft zu entlassen. Insofern freilich war der jetzige Ausgang der Affäre der wahrscheinlichste, als er auch für den Minister von Bobbelski der angenehmste war. Bei einem gerichtlichen Verfahren wären möglicherweise doch Dinge zur Sprache gekommen, die auch nicht angenehm hätten sein können und ihm nicht den geräuschlosen Rücktritt ermöglicht hätten, zu dem er sich wohl in der nächsten Zeit bequemen wird.

Da über die Höhe der Darlehen, die Major Fischer bezogen hat, keinerlei Mitteilungen vorliegen, läßt sich auch

schwer beurteilen, inwiefern diese Darlehen vom Major Fischer selbst als Bestechungsversuche aufgefaßt werden konnten und mußten. Es liegt einzuweisen nur die Tatsache vor, daß bei den Lieferungsverträgen mit der Firma Tuppelkirch das Reich in der ungeheuerlichsten Weise über Ohr gehauen und um viele Hunderttausende geschädigt worden ist, während umgekehrt die Darlehensgeber des Majors Hunderttausende an Ueber-gewinn einstecken konnten. Hoffentlich sorgt man im Reichstag dafür, daß die Affäre Fischer und Tuppelkirch nicht so lang- und langlos begraben wird, wie man das in gewissen Kreisen am liebsten sähe. Die Einstellung des Verfahrens und die event. schlichte Verabschiedung des Majors Fischer können der Öffentlichkeit durchaus nicht als befriedigender Abschluß dieses Kolonialskandals gelten. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu erfahren, was sich zwischen dem Vertreter des Kolonialamts und den Vertretern des Hauses Tuppelkirch abgespielt hat! —

### Von der Kanonen-Dynastie.

Auf einer dichtbewaldeten Anhöhe des romantischen Ruhetales bei Werden, abgeschlossen vom Alltagsgetriebe und von den Lohn-freudenden Proletariaten, liegt die Villa Hügel, der herrliche Residenz-sitz der Dynastie Krupp. Hier hatte sich am Montag ein erlesener Kreis von Angehörigen der großen Industrie und Finanz zusammen-gesunden. Hand doch Vermählungsfeier der jungen Herrscherin Berta Krupp mit dem Legationsrat v. Wohlen hatt. Auch Wilhelm II. war Gast an der Hochzeitsfeier. Selbstverständlich hielt er auch eine Rede. Eine Rede, in der der schon oft bemerkte romantische Zug in prononzierter Schärfe hervortrat. Das „Bureau Wolff“ veröffentlicht folgenden Wortlaut der Rede:

Verehrtes Paar! Die Segenswünsche und Gebete aller An-wesenden haben Sie in der Kirche umgeben und werden Sie auf Ihrem ferneren Lebenswege begleiten. Vielen jungen Paaren, bei denen der Mann nicht in einem Staatsdienst oder besonderen Beruf steht, wird die Verantwortung der Frage, wie sie ihr Leben zu gestalten gedenken, nicht so leicht sein wie Ihnen. Sind es ernste Leute, so werden sie danach trachten, zu wirken zu Ruh und Frommen ihrer näheren Mitmenschen, der Gemeinde, der sie an-gehören, damit auch dem Staate. Es ist jedoch eine eigenartige Erscheinung, daß das heutige junge Geschlecht unter starker Hervorhebung des eigenen Ichs doch ausschließlich der Erfüllung der Pflicht, des Wirkens für seine menschlichen Brüder gewidmet war. Ihr Leben sei erfüllt und beherrscht von dem, was unser großer und klarer Denker, Kant, den kategorischen Imper-ativus der Pflicht genannt hat. Ihnen, meine liebe Berta, hat der liebe Gott einen herrlichen Wirkungskreis zugewiesen, für Ihre Arbeiter und deren Familien zu leben. Wenn Sie durch die Fabrikräume schreiten, möge der Arbeiter in dankbarer Liebe die Mühe vor Ihnen lästern, in Ihnen neben der Tochter seines innig verehrten verbliebenen Fabrikherrn den guten Genius der Werke be-grüßen. Bei Ihrem Eintritt in die Familienhäuser mögen Kinder und Frauen in Ihnen eine holde Fee erblicken, welche bei ihrem Erscheinen Tränen trocknet, Not lindert, Lasten erleichtert, Leid ertragen hilft. Und Ihrer Einwirkung, meine liebe Tochter, entspringe Arbeitsfreudigkeit, fort-schreitende Entwicklung nach zielumfassenden Gesichtspunkten, den modernsten Anforderungen entsprechende Leistungen nach den bewährten Grundfäden des Begründers dieses Werkes. Möge es Ihnen gelingen, das Werk auf der Höhe zu erhalten, auf die es gehoben worden ist, unserem deutschen Vaterlande auch fernerhin Schutz- und Trugwaffen zu liefern, welche in Fabrikation sowohl wie in Leistungen nach wie vor von keiner Nation erreicht werden. Mit goldenen Buch-staben stehe das Wort „Pflicht“ über den Türen Ihres Heims und werde ihre Ausübung durch das hehrste Gefühl erleichtert, welches es auf Erden gibt, nämlich für das Wohl seiner Mit-menschen arbeiten zu können. Dazu verheißt Ihnen der liebe Gott, und der Segen Ihres verklärten Vaters, meines teuren und geliebten Freundes, der heute aus lichten Höhen auf Sie herabblickt, wird unsterblich Sie ge-leiten. Diese meine Freundschaft, welche von Kindesbeinen an mich mit ihm verband, übertrage ich freudigst auf Sie beide und will, soweit ich es vermag, Ihnen tren zur Seite stehen. Allen übrigen, was uns das Herz bewegt, wollen wir nunmehr Ausdruck geben, indem wir unsere Gläser erheben und auf das Wohl des jungen Paares trinken.

Wilhelm II. reffamiert also gewissermaßen das Gottesgnadentum auch für die Industrielöhne. Nur seine „liebe Berta“, nicht den nach den biblischen Worten ihr von Gott gegebenen Herrn feierte er als die Herrscherin im gewaltigen Industriereich mit seinen 60 000 Arbeitern. Er preist auch das Kruppische Werk als nationalen Segen. Ge-wiß, Frau Krupp-Wohlen wird dem Vaterlande Trug- und Schutzwaffen liefern, wie ihr Vater, aber sie wird die Erzeugnisse auch dem Aus-lande nicht vorenthalten. Dazu bedarf sie gar keiner Hilfe Gottes, das besorgt das kategorische Profitinteresse.

Wilhelm II. spricht von den bewährten Grundfäden und großen Gesichtspunkten des Werkes. Aber erst unter der „Regierung“ des Sohnes des Gründers stieg das Werk zu der jetzigen Größe empor, und der Sohn war für das Unternehmen ebenso bedeutungslos, wie seine Tochter Berta. Fräulein Berta hat übrigens für das Wohlergehen der Arbeiter noch nichts getan, sie wird auch in Zukunft nichts tun können. Das Wohl-ergehen der Dynastie Krupp beruht auf der Ausbeutung der Arbeits-kraft der Arbeiter.

Der neue Industriekönig Herr v. Wohlen, der sich die Herrschaft über 60 000 Lohnsklaven durch eheliche Verbindung mit Fräulein Berta Krupp erworben hat, kennt schon das Geheimnis, schnell und billig ein berühmter Mann zu werden.

Das Wolff-Bureau meldet aus Essen vom 15. Oktober:  
Der Gemahl der ältesten Tochter Alfred Krupp, Herr v. Wohlen, und Frau Berta v. Wohlen, geb. Krupp, haben für den Jubiläumsfonds der Krupp'schen Arbeiterschaft ein Kapital von einer Million Mark gestiftet. Auch die verwitwete Frau Krupp hat aus Anlaß der Hochzeit ihrer Tochter eine Million Mark für eine Stiftung bestimmt, die der Wohnungs-fürsorge für die minderbemittelten Klassen dienen soll; gleichzeitig hat sie für diesen Zweck ein Baugelände von etwa 50 Hektar zur Verfügung gestellt.

Pflichtschuldigst wird man nun Herrn v. Wohlen feiern, als würdigen Nachfolger des großen Arbeiterfreundes und Philantropen Krupp, der so viele Millionen für die Arbeiter gestiftet habe.

Leider vergißt man dabei stets anzugeben, was die Arbeiter bei der Wohlthaterei profitieren. Nämlich nichts. Von diesen „Stiftungen“ haben die Arbeiter 0,00 M. erhalten. Bisher wurden sämtliche Leistungen der Pensionisten aus den Beiträgen der Mitglieder, aus Strafgebühren, aus Einschreibengebühren, Zinsen usw. gedeckt. Die statu-tarischen Beiträge der Firma mehrten nur das Vermögen. Und ein Teil davon steckt im Unternehmen; die Firma zahlt dafür 4 Prozent Zinsen und verdient damit 7—10 Prozent. Das ist doch ein ganz nettes Geschäft! Die berühmte Wohlthatfirma versteht sich nicht einmal dazu, den Arbeitern, die unfreiwillig ablehnen, die zwangsweise einbehaltenen Beiträge zurück-zuzahlen! Das ist Kruppische Wohlthat, die nur den Zweck hat, die Arbeiter an das Unternehmen zu fesseln und sie in größerer Abhängigkeit zu halten. Wer nicht partiiert, fliegt hinaus, er ist um die Aussicht auf Pension und um seine gezahlten Bei-träge betrogen! —

## Deutsches Reich.

### Die Grenzen auf!

Die steigenden Fleischpreise scheinen selbst in den sogenannten „maßgebenden Kreisen“, soweit sie sich nicht völlig der agrarischen Interessenpolitik unterordnen, die Einsicht gewekt zu haben, daß die deutsche Landwirtschaft nicht dauernd den einheimischen Fleisch-verbrauch zu decken vermag und deshalb eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande nicht zu umgehen ist. Schon vor einigen Wochen brachten die „Berliner Pol. Nachrichten“ eine Notiz, die sich im Gegensatz zu der bis-herigen Haltung des Blattes für eine Verminderung der Grenz-sperrere aussprach, und jetzt tritt auch die „Rdn. Zig.“ mit einer ähn-lichen Forderung hervor. Das rheinische Blatt schreibt:

Daß eine Fleischnot in dem von uns wiederholt dargelegten Sinne besteht, kann sochlich nicht bestritten werden. Die von uns dieser Tage mitgeteilten deutschen und auswärtigen Marktpreise in Verbindung mit dem Rückgang der Schlachtungen und des Ver-brauches liefern dafür klare Beweise, gegen die eifrigsten agrarische Einwendungen nichts auszurichten vermögen. Uebrigens hat ja selbst die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern (Viehwertungskommission) in ihren Mitteilungen zugeben müssen, daß die Vieh- und Fleischpreise „außerordentlich hoch“, „unnatürlich und unerwünscht“ seien. Nur die wahren Ursachen dieses unnatürlichen und unerwünschten Zustandes werden nicht zugegeben, vielmehr wieder einmal Voraussetzungen gemacht, daß die Preise bald von selbst sinken würden. Das haben wir schon so oft gehört, während die Preise, allen Prophezeiungen zum Trotz, ihre Höhe behaupteten, daß ein Eindruck damit wirklich nicht mehr zu erzielen ist. Warum die Preise aber weiter steigen werden, kann dem sachlich prüfenden Blick nicht verborgen bleiben. Es muß, es soll Abhilfe geschafft werden, mehr Vieh und Fleisch ins Land, d. h. die Grenzen müssen ge-öffnet werden für lebendes Vieh und einwand-freies Fleisch, wobei mit in erster Linie an das gefrorene Rind- und Hammelfleisch von Australien und Neuseeland zu denken ist.

Der Vorwand, daß durch die Öffnung der Grenzen Vieh-seuchen eingeschleppt würden, kann im Ernste nicht mehr gelten. Die kontingentierte Schweineernte in Oberschlesien beweist im Kleinen, was im Großen durchführbar ist: daß wir nämlich in unseren veterinärpolizeilichen Vorschriften ein vollkommen ausreichendes Vorbeugungsmittel gegen die Seuchengefahr haben. Den zweiten Einwand gegen die Grenzöffnung, daß dadurch die Preise noch nicht fallen würden, widerlegen die wesent-lich niedrigeren Vieh- und Fleischnotierungen der auswärtigen Märkte. In das also der letzte Ein-wand, so mache man die Probe! In Wirklichkeit ist das dringende Notwendige bisher lediglich aus dem Grunde unterlassen worden, um nicht das ohrenbetäubende Geschrei der Agrarier heranzu-fordern.

Das Blatt weist dann unter Berufung auf die Entwicklung der englischen Viehzucht nach, daß ein „wirklicher Schaden“ durch die von ihm befürwortete Grenzöffnung der deutschen Landwirtschaft nicht zu erwachsen vermag, und meint schließlich, daß sich die Zu-lassung des gefrorenen australischen Fleisches zugleich als ein Mittel empfehle, Zollpolitische Vorteile von Australien zu erlangen:

„Endlich wäre mit der Maßregel vermuthlich ein willkommenes handelspolitische Vorteil zu erzielen oder vielmehr die Abwehr eines drohenden handelspolitischen Nachteils möglich, wenn man nämlich die Öffnung unserer Grenzen für die Einfuhr gefrorenen Fleisches als Lockmittel für Australien verwende und dieses Land veranlasse, gegen Gewährung dieses ihm sicherlich sehr will-kommenen Vorteils die von ihm eingeführten Zollbeschränkungen zugunsten der deutschen Waren aufzuheben.“ —

### Zentrum und Nationalliberale.

Auf dem Parteitag der Nationalliberalen in Goslar sind meh-rfach Andeutungen gefallen über ein für die nächsten Reichstagswahlen beabsichtigtes Zusammengehen der Liberalen und National-liberalen in Rheinland-Westfalen. Darauf hat die „National-Zeitung“, von „autoritativer Seite“ ermächtigt, die Er-läuterung gebracht, daß ein Wahlkartell zwischen Zentrum und Nationalliberalen für Westfalen „weder besteht noch beabsichtigt sei“. Und die „Nationalliberale Korrespondenz“ für die Rheinprovinz be-merkte, „daß im Provinzialvorstand irgendwelche Verhandlungen über die nächsten Reichstagswahlen überhaupt noch nicht stattgefunden haben, und daß das Gerücht von einem Kompromiß mit dem Zentrum direkt aus der Luft gegriffen ist. . . In der Rheinprovinz denkt niemand an ein Kompromiß mit dem Zentrum, insbesondere nicht für den ersten Wahlgang.“

Wir wollen bemerken, daß wohl noch von keiner Seite behauptet worden ist, die Angelegenheit sei bereits in den berufenen Partei-stellen, hier den Provinzialvorständen, erörtert worden. Bis es dahin kommt, finden private und zunächst unverbindliche Ver-handlungen zwischen führenden Einzelpersonen statt, und daß die Frage eines Zusammengehens zwischen Liberalen und National-liberalen im Westen in dieser Weise Gegenstand der Verhandlungen gewesen ist, daran ist für uns kein Zweifel. Wir sind dabei aber auch immer von dem Standpunkt ausgegangen, daß das Zentrum bei dieser Lage mehr beteiligt ist, als der Libera-lismus, der in Rheinland-Westfalen viel weniger zu verlieren, infolgedessen bei einem Zusammengehen mit dem Zentrum auch weniger zu gewinnen hat, als die andere Seite. Für das Zentrum steht sehr viel auf dem Spiele, deshalb wird auf seiner Seite das Zustandekommen einer Wahlabmachung gewiß lebhafter gewünscht und betrieben als bei den Nationalliberalen.

Die „Essener Volkszeitung“ macht bezüglich des Wahlkartells im Rheinland die Mitteilung, „daß die verantwortliche Stelle des Zentrums bisher einer derartigen Frage in keiner Weise näher-getreten ist. Als verantwortliche Stelle sehen wir den Provinzial-ausschuß der rheinischen Zentrumsparthei in seiner Gesamtheit an, der seit vergangener Frühjahr nicht versammelt gewesen ist.“

Die geflüsterte Hervorhebung, daß die „verantwortliche Stelle“ noch nicht gesprochen habe, läßt erkennen, daß sich die nicht ver-antwortlichen Stellen des Zentrums, das sind die örtlichen Partei-leitungen, desto eifriger mit der Sache beschäftigt haben. Aller-dings ist man sich auf Seiten des Zentrums wohl auch klar darüber, daß ein solches Wahlbündnis keine Bedenken hat. Die Wähler-massen denken manchmal anders als die Herren Führer. Es

handelt sich nicht um Wahlkreise in der Eifel oder im frommen Münsterlande, wo die Wähler sich vom Herrn Starke willenlos leithammeln lassen. Es handelt sich um Industriestädte mit ausgebildetem politischen Leben, mit tiefgehenden Masseninteressen und mehr oder minder lebhaften religiösen Gegensätzen. Hier lassen sich die Massen, am allerwenigsten die Arbeiter, nicht nach Belieben dirigieren und so glatt die Rechnung auf dem Papiere und in den Provinzialausschüssen aufgehen mag, in der Wirklichkeit könnte manches anders ausfallen, als die Wahlkompromisse wünschen. Wie indes es auch kommen mag, die Sozialdemokratie wird's nicht übersehen, ebenso wenig wie es ihr schaden wird. Je eifriger die Gegner ihre Kämpfe betreiben, desto eifriger betreiben wir die Gegenkämpfe.

#### Mißkultur.

Der „Deutsche Holzarbeiter“, das christliche Gewerkschaftsblatt, beschäftigt sich mit dem Mannheimer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. In frommer Christenweise heißt es:

„Die deutsche Arbeiterschaft weicht zur Genüge, was sie vom roten Parlament zu erwarten hat. Fast von jeher war es Sitte, daß den naheliegenden praktischen Fragen wenig Beachtung geschenkt wurde und desto mehr Aufmerksamkeit der Ausmittlung des sozialdemokratischen Stalles gewidmet wurde. . . . Zur Debatte stand bekanntlich auch der Massenstreik. Nebel referierte, Legien erstattete das Korreferat. Nach den parlamentarischen Regeln wäre es nun richtig gewesen, wenn beim Sprechen des Schlusswortes dieselbe Folge innegehalten worden wäre, als wie bei der Erstattung der Referate. Doch nein: Der Vorsitzende des roten Parlaments, der Jude Singer, konnte es nicht mit ansehen, daß nach Nebel noch ein Gewerkschaftler das Wort bekam und gegebenenfalls seine eigene Meinung äußerte. Um dieses zu verhindern, erteilte er Legien zuerst das Wort, der dann aber sogleich Ehrgesühl besaß, gegen diese unverschämte jüdische Zumutung durch Verzicht auf sein Schlusswort zu protestieren. Die Geschäftsordnung des Parteitages sank demnach zum Himmel. . . .“

Das Blatt meint dann, dadurch sei die Ehre der freien Gewerkschaften besüßigt worden, bezweifelst aber, daß sie „überhaupt noch ein Ehrgesühl haben.“ Die Behandlung der „Vorussia“-Interpellation begleitet das Blatt mit der Bemerkung:

„Erst bekommen die Vergleiche von der Partei kassierende Ohrfeigen, hinterher aber wird mit ihren Verbandsbeiträgen die Ehre der roten Partei wieder notdürftig repariert. So etwas sinkt in der Tat zum Himmel, und verdienen diejenigen Gewerkschaften, die so handeln wie der sozialdemokratische Gewerkschaften nichts Besseres als den Zutritt, der ihnen vom Juden Singer huldvolgend gewidmet wurde.“

In dem jüngst erlassenen Aufruf an die „christlich-nationale Arbeiterschaft“, der auch von den christlichen Gewerkschaften unterzeichnet ist, heißt es, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung als Kulturbewegung betrachtet und gewertet sein will, daß sie darauf hinzielt, im Arbeiterstande die geistig-sittlichen Voraussetzungen zur Anteilnahme an den Kulturgütern unserer Zeit zu erfüllen. „Das sei ihre Kulturmission.“

Wie man sieht, ist der „Deutsche Holzarbeiter“ mit Erfolg im Sinne dieser „Kulturbewegung“ tätig. Nur fehlt er seine Aufgabe, was bei der nahen Verwandtschaft der Gewerkschaftskristen zu dem Agrarierum allerdings nicht weiter verwunderlich, sie ausschließlich von der agrarischen Seite auf, indem er sie als Kulturbewegung „betrachtet und gewertet“ wissen will.

Was sagt Herr Wiesner, der Arbeitervertreter im Reichstag, zu dieser duftenden Blüte „christlich-nationaler Kulturbewegung“?

#### Sozialistenbelämpfung im Oeere.

Auch die „Post“ warnt in einem längeren Artikel davor, die Belämpfung der sozialdemokratischen Bewegung zu einem besonderen Gegenstande des Instruktionsunterrichts zu machen. Sie dieser Unterricht nur knapp und oberflächlich, so werde er wenig nachhaltigen Erfolg erzielen; betreibe man ihn aber mit Nachdruck und Intensität, so müsse darunter notwendigerweise die rein militärische Ausbildung leiden. Außerdem sei es gefährlich, wenn sich der in Sozialistenliteratur machende Offizier im Eifer zu sehr hinter die Linien und seine Aufgabe etwa darin erblicke, mit recht kalten Worten über die Sozialdemokratie herzugehen. Dadurch könne der Sozialdemokratie nur genützt werden. Außerdem dürfe man nicht verkennen, daß es unter den Soldaten neben manchen recht beschränkten Köpfen auch wieder „ganz geriebene und raffinierte Gesellen“ gäbe. Um bei diesem Erfolg zu haben, sei bei der Aufklärung über das Irre und Verwerfliche der sozialdemokratischen Lehren eine so große Vorsicht, so viel pädagogischer Takt und eine derzeitig reiche Erfahrung und Menschenkenntnis erforderlich, wie sie den jüngeren Offizieren doch zum Teil fehlen werde.

Schließlich aber könne durch das Hineintragen der Politik in die Kasernen den Wählern ein gewichtiger Sozialdemokrat erist Tür und Tor geöffnet werden. Gegenwärtig hüte man sich, das Wort Sozialdemokratie innerhalb der Kasernenräume überhaupt auszusprechen. Das würde aber mit einem Schläge anders, wenn die Sozialdemokratie Gegenstand der Behandlung in den Instruktionstunden würde. Dann hätte es nichts Auffälliges mehr, wenn die Mannschaften auch auf den Stuben sich über diesen Gegenstand unterhielten. Einem „gerissenen sozialdemokratischen Agitator im bunten Rod“ wäre es dann ungeheuer leicht gemacht, bei seinen Stubengenossen erst vorsichtig den Boden zu sondieren und dann allmählich „sein Gift da einzuträufeln, wo er Aussicht auf Erfolg vermutet“. Solche Gefahren müsse man unter allen Umständen vermeiden.

Wie man sieht, traut die „Post“ den sozialdemokratischen Gemeinden größere propagandistische Gewandtheit und mehr pädagogisches Geschick zu als den Herren Offizieren. Sie muß ja ihre Leute kennen!

#### Lindequist soll im Reichstag debattieren.

Der erst vor einigen Monaten nach Südwestafrika gesandte neue Gouverneur v. Lindequist hat bereits wieder die Heimreise nach Deutschland angetreten. Er wird voraussichtlich den Winter über in Berlin bleiben, um, wie mitgeteilt wird, sowohl bei der Vertretung des Stats des südwestafrikanischen Schutzgebietes vor dem Reichstag mitzuwirken, als auch um den neuen Sozialdirektor bei der Lösung der wirtschaftlichen Fragen in Südwestafrika zur Seite zu sehen. Von den Farmern West-Berlins war kürzlich bei der Kolonialabteilung die dringende Bitte eingelaufen, Herrn von Lindequist die Frage der Entschädigung der Farmer vor dem Reichstag selbst vertreten zu lassen. Wie die „Adn. Ntg.“ mitteilt, war schon vor dem Eingang dieser Bittschrift auf Veranlassung der Regierung Dornburg die vorübergehende Rückkehr v. Lindequists angeordnet worden.

Die Forderungen für Südwestafrika, die dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden, dürften außerordentlich beträchtlich sein. Es ist daher verständlich, daß die Regierung sich Herrn v. Lindequist selbst verschrieben hat, um ihr bei der Vertretung dieser Forderungen im Reichstag Sulfur zu leisten. Offenbar erwartet man, daß Herr von Lindequist größeres diplomatisches Geschick besitzt, als Herr von Deimling, dessen Ungeschicklichkeiten selbst im Zentrum und im Freisinn einen Sturm der Entrüstung erregten. Es kann übrigens auch bereits als ziemlich sicher gelten, daß das Zentrum diesmal die Forderungen bewilligen

wird. Auch der Freisinn wird ja nach der Berufung Dornburgs mit sich reden lassen.

#### Das Opfer der Hohenloheschen Enthüllungen.

Prinz Alexander Hohenlohe, der Herausgeber der Denkwürdigkeiten seines Vaters, hat am Sonnabend in Hamburg eine längere Unterredung mit dem Fürsten Bülow gehabt und im Anschluß an diese Unterredung bei dem kaiserlichen Statthalter um seine Entlassung von dem Posten des Bezirkspräsidenten in Colmar nachgesucht. Nach dem entrißten Telegramm Wilhelm II. verstand es sich von selbst, daß Prinz Alexander nicht länger im Amte bleiben würde.

Die badischen Nationalliberalen sind mit dem Goslarer Parteitag nicht zufrieden. Im Karlsruher nationalliberalen Verein kam es vorgestern zu einer Abrechnung über Goslar in Form eines wuchtigen Vorstoßes der „Jungen“ gegen die Alten und zugleich zu einem einmütigen Bekenntnis der „Jungen“ und „Alten“ zur Idee der badischen Blockpolitik. Sogar der rechtsnationalliberale Landgerichtsrat v. Röder erklärte, er habe, seiner Herkunft nach selbst Norddeutscher, bei den norddeutschen Nationalliberalen bisher so wenig Verständnis für die badische Blockpolitik gefunden, daß er sagen müsse, die Rainlinie sei in liberaler Beziehung noch nicht überbrückt. In Baden sei der Kampf zwischen Alt- und Jungliberalen heute eigentlich schon überwunden. Die außerordentlichen Erfolge gegen den Merkantilismus habe man erzielt seit dem 3. Juli 1902, als die badischen Nationalliberalen aufhörten, Regierungspartei zu sein.

Zur Fleischsteuerung im Ruhrrevier. Der Magistrat der Stadt Dortmund will bei der Regierung den Antrag auf Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr stellen. Eine ausführliche Begründung des Antrages hat der Magistrat den Stadtverordneten zugehen lassen. Ein Vergleich der Durchschnittspreise für 50 Kilogramm Schlachtgewicht ergibt, daß der Preis für Ochsen in Wien zurzeit 17,3 M., in Paris 25,7 M., in Rotterdam 14,5 M. und in Kopenhagen 21,9 M. niedriger ist als in Dortmund. Berücksichtigt man, daß am 1. März der Zoll resp. die Handelsverträge in Kraft getreten sind, so ergibt sich, daß trotz hinzugerechnetem Zoll diese Preisdifferenzen pro 50 Kilogramm Schlachtgewicht für Ochsen 8,5 bis 15,9 M., für Kühe 4,4 bis 14,7 M., für Schafe 3,7 bis 20,2 M., für Schweine 0,8 bis 17,5 M. betragen.

Der russisch-weimarische Diplomatenstreit hatte am Sonnabend zur Folge, daß trotz aller getroffenen Vorbereitungen der weimarische Landtag noch nicht geschlossen werden konnte. Ob der Staatsminister geht oder ob er nicht geht? Das ist jetzt die Frage, die am lebhaftesten erörtert wird. Fast gewinnt es den Anschein, als ob das Gerücht vom Rücktritt Nothke nur zu dem Zweck verbreitet worden ist, um den Landtag gesügelter zu machen. Mit wie wenig staatsmännischer Geschicklichkeit in Sachsen-Weimar übrigens regiert wird, geht daraus hervor, daß es der Regierung nicht gelang, mit einem sonst dem Großherzog „in unwandelbarer Treue“ ergebenen Landtag zu arbeiten. — Am Sonnabend konnte den Abgeordneten nicht einmal mitgeteilt werden, wann die nächste Sitzung oder der Schluß des Landtages sein werde. O Jerusalem, liebes Vaterland!

Roth ein arbeitswilliger Revolverheld. Der Steintiner „Volksbote“ vom Sonnabend meldet: Der in Hafnarbeiterkreisen rühmlichst bekannte Streikbrecher und Ehrenmann Reymann hat gestern nachmittag an der Dünzigsäule ohne Grund und Ursache den Hafnarbeiter Riedel, Verbandskollegen, mit einem Revolver niedergeschossen. Riedel erhielt einen Schuß in die Brust, er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Die Verlegungen scheinen aber nicht lebensgefährlich zu sein. Reymann erfreut sich trotz dieses elenden Mordversuchs der goldenen Freiheit! Kommentar überflüssig!

#### Ausland.

##### Ungarn.

#### Die Koalition in der Klemme.

Am 10. d. M. wurde das ungarische Klassenparlament eröffnet, denn es heißt, die Koalitionsregierung sei gewillt, ihrer Mission endlich nachzukommen. Es soll daher „gearbeitet“ werden! Auf diese „Arbeit“ ist das ganze Land neugierig.

Der Eröffnung des Parlaments haben drei Momente ein besonderes Interesse verliehen, die der Regierung durchaus nicht genehm waren. Bekanntlich will das Kabinett Weyerle seinen Verpflichtungen, die es beim Antritt der Regierung übernahm, nicht nachkommen, da ihm klar ist, daß es bei ehrlischer Verwirklichung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts mit der Koalitionsheerlichkeit zu Ende wäre. Nun waren von ihr lauter Gesetze entworfen, die nur dem Wohlstand zugute kommen, hingegen das ausgebeutete rechtlose Volk noch um das wenige Recht, welches es besitzt, betauben würden. Die Furcht vor den Folgen eines ehrliehen neuen Wahlgesezes zwingt sie hierzu; denn die Parole der Feudalklerikalen heißt: Ketten, was zu reiten ist!

In dieser Situation nahte der Koalitionsregierung die Remesse in der Person des Journalisten Kerey-Hordath, der der Urheber des mit den Koalitionsführern zustande gekommenen Friedens zwischen „Nation“ und Herrscher ist. Im „30. Jahrhundert“, dem Organ der ungarischen Sozialisten, veröffentlicht Kerey-Hordath die wortgetreuen Verhandlungen mit den „Führern der Nation“, und er kommt zu der Schlussfolgerung, daß die „große“ Regierung wortbrüchig geworden ist! Nach der Genehmigung der üblichen Budgets wäre ihre Mission nämlich nur noch die Verwirklichung des allgemeinen Wahlgesezes gewesen, das jedoch keinesfalls schlechter sein darf, als der Entwurf der Feudalarischen Regierung war. Sobann sollte das Parlament sofort aufgelöst und unter dem neuen Wahlgeseze zur Neuwahl geschritten werden!

Diese Enthüllungen haben die Regierung der „nationalen Demokratie“ zwar wenig erbaut, da es ihr aber an Schlägen und Auswegen nie mangelt, versucht sie die Sachlage in der erlauteten patriotischen Presse mit nichtszählenden Argumenten zu beschönigen.

Das zweite unangenehme Moment für die Regierung ist, daß die ungarischen Sozialdemokraten anlässlich der Eröffnung des Parlaments in mehreren hundert Versammlungen das ganze Volk aufzurütteln: einerseits gegen die „Sozialpolitik“ der Regierung Stellung zu nehmen, andererseits das Inkrafttreten des unverschämten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts schleunigst zu fordern. Im ganzen Lande gelangte eine von der Zentrale verfaßte Resolution zur Abstimmung, die dem Parlament als Petition unterbreitet wird. Die große Aktion verläuft ohne jede Ruhestörung, obwohl in sehr vielen Ortschaften die Abhaltung der Versammlungen von den Provinzbehörden untersagt wird. Diese geschwindige Insamie der Studrichter aber kommt weniger der Regierung als der Sozialdemokratie zugute, und Herrn Polonyis Bande hat diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Das dritte Moment, welches sensationell wirkte, hat sich vor dem Plenum des Klassenparlaments abgepielt. Es muß zugehen als ein Wunder bezeichnet werden, daß ein ausgesprochen feudalklerikaler Koalitionsmann wie der Abgeordnete Nikolau von Szemerer, der seine vielen Millionen dem edlen Stattenpiel, seinem Rennstall und dem Totalitarer verdankt, es wagte, die allgemein bekannte Versündigung der Koalitionspresse öffentlich zu kritisieren. Mit Daten an der Hand bewies Szemerer, daß nicht nur die Regierung, sondern fast sämtliche Weidmännereien, Versicherungsgesellschaften des In- und Auslandes, verschiedene kommerzielle Aktiengesellschaften usw. den bürgerlichen Blättern Jahresprämien zahlen, entweder damit über ihre Tätigkeit schmeichelhaftes geschrieben werde oder aber, daß ihnen Schädliches verschwiegen bleibe. Herr Szemerer wünscht daher eine teinliche Scheidung; denn es scheint ihm gerabede traurig, daß man auf erkaufte Lobhymnen angewiesen sein soll. In seinem Uebereifer hat dieser Edelmann — er führt seine Ahnen über tausend Jahre zurück — auch behauptet, daß sogar unser Bruderorgan „Republika“

während des Feudalarischen Regimes eine Pauschale genossen habe, eine Behauptung, die selbstverständlich aus der Luft gegriffen ist. Aber ein ungarischer Edelmann wird doch nicht eingesehen, daß im klassikischen Lande der Korruption einzig und allein die sozialdemokratische Presse nicht käuflich ist!

Der Ministerpräsident Weyerle hat auf Szemerers Interpellation sofort geantwortet und zugegeben, daß die derzeitige Lage der ungarischen Presse unhaltbar sei, doch versichert er, daß künftig an eine Unterstüßung seitens der Regierung nicht mehr gedacht werde, da sie sich bloß an die unverfälschten Meinungsäußerungen der Oeffentlichkeit halten wolle! — Daß dem nicht so sein wird, ist mehr als wahrscheinlich. Charakteristisch ist es, daß bei der obigen Äußerung Weyerles der Abgeordnete Hoch unwillkürlich schmunzelte, worauf ihm der Ministerpräsident wortgetreu antwortete: „Daß wir gewisse Pauschalen aufrecht erhalten, gewisse Pauschalen verlängern, geschah leblich darum, weil wir die bestehenden Verhältnisse in ihrer vernünftigen Wirkung nicht berühren wollten. Wir gedenken eine Lösung auf friedlichem Wege zu vollziehen.“

#### Dänemark.

#### Die Frage der Landstingsauflösung.

In der vorigen Woche — bei der Debatte über die Thronrede — versuchten unsere Parteigenossen und die Radikalen im Folkething wieder einmal, den Ministerpräsidenten Christensen zu einer ungewissen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er gewillt sei, die verfassungsmäßigen Nachmittel gegen das Landsting zu gebrauchen, um wichtige Reformen, wie die des kommunalen Wahlrechts, durchzuführen. Christensen hatte in einer Wählerversammlung zu Rasted recht radikal geredet und nach einem Bericht des dortigen Regierungsozars gesagt, daß das Landsting gegebenenfalls „von Grund auf“ aufgelöst werden sollte, worunter doch nur verstanden werden konnte, daß auch die 12 vom König ernannten Abgeordneten von der Auflösung betroffen und durch Anhänger des allgemeinen, gleichen Gemeinewahlrechts ersetzt werden sollten. Nun aber leugnete der Minister diese Äußerung ab und erklärte — wie schon in der vorigen Session — schlankweg, die Frage der Auflösung des vom König ernannten Teils des Landstings eigne sich nicht zur politischen Diskussion! Es müßte nichts, daß Genosse Andraesen, Rasted ihm klar zu machen suchte, daß bei dem durch Vernunftgründe unerklärlichen Widerstande, den das Landsting der von der Regierung vorgeschlagenen und im Folkething beschlossenen Wahlrechtsreformen entgegensetzt, die Auflösungsfrage ganz hervorragend dringlich ist und diskutiert werden muß. Der Minister ließ sich nicht zu einer bestimmten Erklärung herbei und hüllte sich schließlich auf die wiederholten Anspornungen hin in Schweigen. Eine Frage, die den Herren in der Regierung un bequem ist, eignet sich eben nicht zur Diskussion. Offene Unterstüßung für ihre verdeckte Abneigung gegen das allgemeine, gleiche Gemeinewahlrecht fanden sie bei den Konservativen, deren Wortführer R. Andersen, Vorsitzender der dänischen Arbeitgebervereingung, rundweg erklärte: „Wir sind absolute Gegner des vorliegenden Vorschlages über das allgemeine Wahlrecht.“

#### Norwegen.

#### Antimilitaristische Propaganda.

Der „Social-Demokrat“ zu Kristiania berichtet über eine antimilitaristische Versammlung, die am Rithood in Kristiania stattgefunden hat. Sie war einberufen von dem sozialdemokratischen Jugendverein, und in allen Kasernen waren Zettel verteilt worden mit der Aufschrift: „Alle militärischen Vorposten und Gemeinen werden hiermit mobilisiert.“ Diese antimilitaristische Mobilisierung erschien den Offizieren als eine große Gefahr für das norwegische Heer. Sie verboten den Soldaten, die Versammlung zu besuchen. Um zu beobachten, ob dem Verbot auch nachgekommen werde, fanden sich Sergeanten in Zivil vor dem Versammlungsorte „Arbeiterfamfundet“ ein. Dessenungeachtet sah man eine Anzahl Soldaten in Uniform im Saale, aber auch Offiziere und Unteroffiziere waren dort, allerdings in Zivilkleidung. Für sie hatte also das Verbot keine Bedeutung.

Lebrigens waren es militärische und antimilitaristische Sachverständige, die als Redner in der Versammlung sprachen; zunächst der schwedische Antimilitarist Sundström, der in seiner Heimat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, es aber vorzieht, sich vorläufig in Norwegen aufzuhalten; dann der norwegische Leutnant Pantervold, der seiner antimilitaristischen Gesinnung entsprechend sein Abschiedsgesuch bei der Militärverwaltung eingereicht hat und der, ebenso wie der dritte Redner Einar Bi, der wohl nächstens wegen Verweigerung des Militärdienstes ins Gefängnis wandern muß, Redakteur von „Social-Demokrat“ ist. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht, der Saal, obwohl erst um 1/2 Uhr begonnen werden sollte, schon um 8 Uhr überfüllt. Das Vorgehen der militärischen Vorgesetzten wird jedenfalls nur dazu beitragen, daß das Interesse für die antimilitaristische Bewegung um so schneller um sich greift.

Wemerkenswert ist, daß unser Parteiorgan in Kristiania die Maßregeln der Militärbehörde gegen die Versammlung „russisch“ nennt. Wie würden seine Leiter saunen, wenn sie einmal deutsche Maßregeln gegen eine solche Propaganda erleben würden. Wir können daran ermesien, wie unendlich weit wir in Deutschland noch von wirklicher Freiheit entfernt sind.

#### Amerika.

Gabanna, 13. Oktober. Der provisorische Gouverneur von Kuba, Rogoan, hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er erklärt, er werde Tausende Zusicherungen erfüllen und seine Vollmachten im Sinne der Erhaltung der kubanischen Unabhängigkeit ausüben. Mit Taft und Bacon ist auch General Funston heute nachmittags nach den Vereinigten Staaten abgereist.

#### Australien.

Die Finanzkonferenz in Melbourne hat nach viertägigen Beratungen dem Vorschlage zugestimmt, daß der Bund unter gewissen Bedingungen die Schulden der sechs Einzelstaaten übernehmen soll. Die Bundeseinnahmen betreffen sich im letzten Jahre auf etwa zwölf Millionen Pfund Sterling, davon wurden aber an die Einzelstaaten 7 Millionen Pfund zurückgezahlt.

Der Handelsvertrag mit England, der jüngst im Parlament beraten und angenommen wurde, enthält auf Verlangen der Arbeiterpartei die Klausel, daß die englischen Handelsräufe, die Waren nach Australien bringen, nur eine weisse Besatzung haben dürfen; farbige Seeleute sollen ausgeschlossen sein. Die Klausel ist der Regierung äußerst peinlich und nach mehrmalig zur Abstimmung, wurde aber mit großer Majorität aufrecht erhalten.

#### Soziales.

#### Privileg der Noheit für Gutsherren?

Wir berichteten seinerzeit, daß der Gutsbesitzer Wbat aus Klein-Stripfiken (Kreis Jastberg) vom Königsberger Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung nur mit einem Monat Gefängnis bestraft wurde, trotzdem er wegen ähnlicher Vergehen bereits sechsmal verurteilt war. Der Besitzer war nämlich am 9. Juni nach Königsberg gekommen, um die für ihn gewordenen polnischen Landarbeiter in Empfang zu nehmen. Er nahm sich einen Arbeiter als Führer durch die Stadt an. Als dieser den Besitzer wieder nach dem Bahnhof begleitete, entlobete der Herr den gefälligen Arbeiter dadurch, daß er ihn in den Bahnhofsanlagen überfiel und mit einem Gummischlauch derochen bearbeitete, daß der Arbeiter nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte und dort erst nach Wochen hergestellt werden konnte. Der für diese brutale Mißhandlung so außerordentlich milde bestrafte, gewalttätige Besitzer bemühte sich aber keineswegs mit diesem Urteil, sondern legte Verufung ein und fand auch Verständnis bei den Richtern der Königsberger Strafkammer. In der Verhandlung am 10. Oktober wurde das Strafmaß tatsächlich für zu hoch befunden und eine Strafe von zwei Wochen als ausreichende Sühne für die

Schwere lebensgefährliche Körperverletzung des Arbeiters befunden, die ohne jede Veranlassung, aus reiner purer Lust an Gewalttätigkeiten ausgeübt wurde.

Diese auffallend milde Bestrafung legt es dem Arbeiter dringend nahe, Guttsbefigern keine Gefälligkeiten zu erweisen und falls sie mal einen Guttsbefiger oder Inspektor verprügelt haben sollten und deshalb angeklagt werden, sich zu ihren Gunsten auf das vorliegende Urteil zu berufen: nach der Verfassung sind alle Preußen vor dem Gesetz gleich.

## Aus der Partei.

Die Sicherstellung der „Humanität“

Die „Humanität“ vom Sonntag berichtet über die imposante Versammlung zu Paris, in der am Sonnabend Genosse Jaurès über die Mittel sprach, durch die die „Humanität“ zu halten ist. 6000 Menschen füllten den gewaltigen Raum des Saint-Paul-Etablissements. „Selten“, sagt der Bericht, „sprach ein Redner vor einer so begeisterten und erregten Menge...“ Es scheint zweifellos, daß die „Humanität“ die 5000 Abonnenten und die 10 000 Einzelsäufer mehr findet, deren sie für ihre Existenz bedarf.

Um die Summe, die nötig ist, um die augenblickliche Krise zu beenden, aufzubringen, sollen Aktien zu 25 Franc ausgegeben werden, die die Genossen und die Gruppen erwerben können. Auf diese Weise würde das Blatt schließlich Eigentum der Partei werden. Freilich seien ihm schon 50 000 Franc von einer Person angeboten worden, aber diese sei nur im Besitz eines bescheidenen Vermögens.

Balkant präsierte. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammelten versprechen, energisch zusammen zu arbeiten für die Erhaltung der „Humanität“. Sie verpflichten sich, der Arbeiterklasse ein aufrichtiges und reinliches Organ zu verschaffen, das instand ist, der kapitalistischen Presse, die mit ihren Lügen die Westzüge des modernen Raubrittertums deckt, die Wahrheit des Sozialismus entgegenzusetzen.

Die Hilfsaktion nimmt kräftigen Fortgang. Eine Liste Nr. 3, die in der Sonntagsnummer der „Humanität“ veröffentlicht wird, ergibt 675,40 Fr. Auch die internationale Solidarität bewährt sich. Der deutsch-sozialistische Klub zu Paris hat 100 Fr. gesandt; in Genf tagte eine von der französischen Gruppe der sozialistischen Studierenden im Verein mit Genfer sozialistischen Organisationen einberufene, von ungefähr 2000 Personen besuchte Versammlung, in der 100 Fr. gesammelt wurden. Die revolutionäre armenische Föderation zu Paris hat beschlossen, einen Beitrag von 1000 Fr. zu senden; die Pariser Gruppe der russischen Sozialdemokratie sandte 50 Fr. und meldete eine größere Anzahl Abonnements an.

In den Gruppen der französischen Partei wird eifrig gearbeitet. Geld und Abonnenten werden gesammelt. Vielfach verpflichteten sich einzelne Genossen, einen größeren Betrag wöchentlich bis zur Beendigung der Krise zu zahlen.

Die sozialistische Provinzpresse bringt anfeuernde Artikel zur Unterstützung der „Humanität“!

### Parteiliteratur.

Im Verlage von J. S. W. Dieß Nachfolger in Stuttgart erscheint soeben:

Briefe und Ansätze aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dieckmann, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere. XVI und 422 Seiten. Preis broschiert 4 M., gebunden 5 M. Der Verlag bemerkt in der Ankündigung:

Die Briefe Marx' und Engels', die sich über einen Zeitraum von 28 Jahren erstrecken, zeigen uns die beiden Altheimer des modernen Sozialismus in ihrer geistigen Verfassung, wie möchten sagen in Hendsämeln. Manches scharfe Wort wird geschrieben, mit und ohne Berechtigung, das bei manchem Anstoß erregen dürfte, aber überall bricht vernehmend die heiße Liebe durch für die arbeitende Klasse, der sie den Wegweiser schenken durch das Labyrinth der alten Gesellschaft in eine neuere, bessere Zukunft.

Jedem Buch wird die in der „Neuen Zeit“ Nr. 1 und 2 abgedruckte Besprechung von Dr. F. Mehring beigelegt werden.

Ferner ist erschienen:  
Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hillquit. Uebersetzt von Karl Müller-Bernberg. XVI und 358 Seiten. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

F. A. Sorge in Hoboken, ein genauer Kenner der amerikanischen sozialistischen Bewegung, empfiehlt das Buch in einer Einführung und sagt zum Schluß: „Das Buch ist lesens- und empfehlenswert und füllt wirklich eine Lücke aus in der Literatur...“ Es bietet eine staunenswerte Fülle von Wichtigem und Interessantem, und Sprache, Ton und Stil erscheinen tadellos.

Arbeitervereine erhalten bei Kollektbestellungen einen ermäßigten Preis, falls sie sich direkt an den Verlag oder an die Vorwärts-Buchhandlung wenden.

Außerdem ist in letzter Zeit eine billige Ausgabe folgender Werke erschienen:

Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus. Von Sidney und Beatrice Webb. Deutsch von K. Bernstein. Mit roten versehen von Ed. Bernstein.

Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine. (Industrial democracy.) Von Sidney und Beatrice Webb. Deutsch von E. Hugo. Zwei Bände.

Die Geschichte der englischen Arbeit. (Six Centuries of Work and Wages.) Von J. E. Thorold Rogers. Deutsch von Max Panntsch. Revidiert von Karl Kautsky.

Jeder Band wird gebunden zu dem billigen Preise von 4 M. abgegeben.

Der Verlag bemerkt zu der Ankündigung:  
Als wir im Jahre 1895 den ersten Band erscheinen ließen, glaubten wir mit diesen Werken der politischen und Gewerkschaftsbewegung einen Dienst zu erweisen. Soweit die Presse in Betracht kam, hat sie das Unternehmen lebhaft begrüßt und unterstützt, — es wird auch wohl seine Wirkung gehabt haben. Der Absatz der Bücher an sich war dagegen nur ein äußerst geringer, obwohl der Preis im Verhältnis zu anderen wissenschaftlichen Werken ein sehr billiger zu nennen war.

Unser Entschluß, jetzt eine noch billigere Ausgabe zu veranstalten, ist hervorgerufen worden durch das Streben maßgebender Kreise nach wissenschaftlicher Vertiefung der Mitglieder unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, und ferner durch das im Herbst zu erwartende neue Gesetz, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wobei zweifellos die Öffentlichkeit sich mit den Gewerkschaften auf das lebhafteste beschäftigen wird. Beide Gründe bestimmen uns, die oben angezeigten Werke nicht aus der deutschen Literatur verschwinden zu lassen, da die Schätze, die sie bieten, keineswegs gehoben sind. In die gleiche Literatur gehören auch

Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen, Von Friedrich Engels. Preis gebunden 2,50 M.

Die englische Gewerkschaftsbewegung. (Nach Howell's „The conflicts of capital and labour“.) Deutsch von E. Hugo. Preis gebunden 2 M.

## Gewerkschaftliches.

Der zweite gewerkschaftliche Unterrichtskursus

hat gestern seinen Anfang genommen. Die Zahl der Teilnehmer beträgt 49, darunter 2 Frauen. Die Vorträge sind genau dieselben wie beim ersten Kursus.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Werkzeugmacher. Am Montag hat wieder eine Firma die Forderungen der Streikenden bewilligt, so daß bislang in drei Betrieben der neue Tarif anerkannt ist und Geltung hat. Um zu verhindern, daß die Firma Zander u. Opitz womöglich einen Teil ihrer Arbeiten in ihrer Rathenower Filiale herstellen läßt, haben die dortigen Kollegen sich jetzt den Forderungen der Berliner Werkzeugmacher angeschlossen und sind gewillt, bei etwaiger Ablehnung derselben ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde in der gestrigen Versammlung der Streikenden als ein Akt brüderlicher Solidarität mit allgemeiner Genugtuung aufgenommen.

Zur Unterstützung der streikenden Kernmacher haben gestern Abend die Arbeiter der Firma Kesting u. Thomas beschlossen, in einen Solidaritätsstreik einzutreten, so daß heute der Gesamtbetrieb ruhen wird.

Die in Brauereien tätigen Handwerker, Maschinisten und Heizer hatten sich am Sonntagmorgen sehr zahlreich im großen Saale des „Englischen Gartens“ versammelt, um den Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegenzunehmen. Viel konnte der Referent Siering nicht berichten. Die Vorschläge zum neuen Tarifvertrag sind dem Verein der Brauereibesitzer sofort nach der vorigen Versammlung zugefickt worden, und zwar in vierzig Exemplaren, darauf, auf Wunsch des Syndikats des Vereins, in nochmals vierzig Exemplaren, weil jede Brauerei zwei erhalten sollte. Der Verein hat dann am 12. Oktober eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, die sowohl diese Vorschläge wie die der Brauer und der Brauereihilfsarbeiter prüfen soll, worauf wiederum eine Vereinsversammlung der Brauereibesitzer dazu Stellung nehmen wird. Es wird wohl Ende Oktober werden, bis das Ergebnis den Organisationen der Arbeitnehmer vorliegt und die gemeinsamen Beratungen mit den Vertretern der Brauereibesitzer beginnen können. Der bestehende provisorische Tarifvertrag der Brauereihandwerker gilt noch bis zum Jahresabschluss. Der Referent sprach sich dafür aus, daß man nun zunächst das Ergebnis der Beratungen der Unternehmer abwarten, im übrigen aber darauf achten müsse, daß die Angelegenheit nicht allzu sehr verzögert werde. Damit war die Versammlung einverstanden. Starker Widerspruch machte sich jedoch geltend, als der Redner erwähnte, daß die Unternehmer die Absicht haben, den Tarif auf drei Jahre, ja, wenn möglich, auf fünf Jahre abzuschließen.

Auf Vorschlag der Tarifkommission erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Brauereihandwerker gemeinsam mit den Wöttchern, die einen besonderen Tarifvertrag haben, der bis zum 31. März 1907 gilt, Anspruch auf Vertretung im Einigungsamt und im Kuratorium des Arbeitsnachweises der Brauereien erheben. Dann wurde die über die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit der Brauereihandwerker angenommene Statistik verlesen, eine sehr umfangreiche Arbeit, die den Beweis dafür erbrachte, daß hier eine Einschränkung dringend notwendig ist. Aus der Diskussion, die sich daran knüpfte, ging hervor, daß in vielen Brauereien manchmal in empörend herrschsüchtiger und rücksichtsloser Weise gegen solche Arbeiter vorgegangen wird, die nicht jederzeit dem Verlangen, Ueberzeit- und Sonntagsarbeit zu leisten, bereitwillig folgen. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Brauereihandwerker nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Ergebnis der Statistik über die geleisteten Ueberstunden. Sie sind der Ansicht, daß bei einigem guten Willen der Betriebsleiter die Ueberstunden sich fast ganz vermeiden lassen, wie das heute schon in einzelnen Brauereien geschieht, oder sich doch mehr als bisher einschränken lassen. Sie sehen in den überzähligen vorgelegenen Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ein sehr geeignetes Mittel, dem für die Arbeiter in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht so sehr schädlichen Verlangen einzelner Betriebsleiter entgegenzuwirken. Sie geben der Tarifkommission den Auftrag, bei den Verhandlungen mit den Brauereibesitzern an den in der Vorlage verlangten Zuschlägen unbedingt festzuhalten.“

Vor Erledigung dieser Angelegenheiten hatte der Gewerkschaftssekretär Adolf Ritter einen Vortrag über „Die Wirkung der deutschen Volkspolitik“ gehalten, dessen Grundgedanke der war, daß die Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Interessen und zur endlichen Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus sowohl gewerkschaftlich wie politisch und genossenschaftlich organisiert und ein jeder für den Organisationsgedanken wirken muß. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Mit einem vollen Erfolg hat der Streik der Arbeiter von der Firma Vetter u. Schneebogel, die die Eisenkonstruktion auf dem Neubau der Firma Ludwig Löwe, Wiebestraße, auszuführen haben, nach 14tägiger Dauer geendet. Es ist nicht nur erreicht, die Verschlechterung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, sondern auch noch eine kleine Lohnhöhung erzielt worden. Die Arbeit wird Dienstag früh im vollen Umfang wieder aufgenommen.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin I.

### Deutsches Reich.

Differenz in den Elmshorner Baumschulen.

In Elmshorn (Holstein) sind die Gärtner und Arbeiter der dortigen Baumschulen in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Unternehmer die Anerkennung der Organisation (Allgemeiner deutscher Gärtnerverein) ablehnen und bezügliche Rahmregelungen borgenommen haben, steht ein Streik unmittelbar bevor. Die Unternehmer suchen von außerhalb Arbeitswillige heranzuziehen. Alle arbeitserfreundlichen Blätter bitten wir um Abdruck dieser Mitteilung.

Allgemeiner deutscher Gärtnerverein.

Berlin, Reberstr. 3.

In der Thüringer Verlagsdruckerei Jena-Ziegenhain, Inhaber Grotzcher u. Schaurath, ist am Sonnabend, den 13. Oktober, ein Konflikt ausgebrochen. Das aus 16 Köpfen bestehende Setzer- und Druckerpersonal erklärte sich mit einem entlassenen Kollegen solidarisch und reichte die Kündigung ein. Alle sind Verbandsmitglieder. Auch gegen den Faktor wird Beschwerde geführt.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier

hatte am Sonntag einen wichtigen Tag, da etwa 180 größere und kleinere Versammlungen stattfanden. In einer der Versammlungen, in Brunsbüttel bei Ruhrort, referierte H. u. e. Die Bergarbeiter dieses Bezirks sind größtenteils eingewanderte deutsche und slavische Destrierer. Es waren etwa 2000 Bergleute versammelt, ebensoviele fanden keinen Einlaß. H. u. e. sagte u. a., er begreife nicht, warum bei dieser Lohnbewegung gleich von einer Katastrophe und von Streik geredet werde. Es gebe Hunderte von Lohnbewegungen, die ohne Streik vor sich gehen. Warum sollte dies nicht auch hier möglich sein. Der Streik sei am besten durch starke Organisation zu vermeiden. Wenn es nicht möglich sein sollte, eine Lohnhöhung

zu erreichen, wäre es die Schuld der Nichtorganisierten. Es scheint eine andere Stimmung in den Unternehmerteilen zu herrschen als im Vorjahre. Schon hätten einige Bergleute eine Lohn-erhöhung gewünscht und er, Redner, habe die bestimmte Erwartung, daß auch die anderen nachgeben. Die heutige Lohnforderung sei nur eine Teuerungszulage; ohne die Teuerung würden die Bergarbeiter heute noch keine Lohnforderungen stellen. Die bittere Not treibe sie, und er glaube, daß die Forderungen nicht ohne Erfolg bleiben würden. Lebhafter Beifall folgte der Rede, die in der Diskussion keine eigentliche Gegnerchaft fand.

Die christliche Quertreiberei geht schon wieder los. Die Siebenerkommission ist sich einig, und die Vorstände der verschiedenen Organisationen haben gemeinsam die Forderungen unterschrieben, welche dem Bergbaulichen Verein überreicht worden sind. Dies geeinte Vorgehen ist dem Zentrum sehr unangenehm, und das Organ des Abg. Giesberts, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ fordert die christlichen Bergleute auf, mit den „sozialdemokratischen Agitatoren“ in der Lohnfrage keine gemeinsame Sache zu machen. Das Blatt ergeht sich in wüsten Verdächtigungen gegen den Verband, dem es angeblich mit den Forderungen nicht ernst sei. Es genügt, diese Verräterei niedriger zu hängen. Wenn die Bewegung scheitern sollte, wissen die Bergleute, daß sie die verhasste Zentrumspresse dafür verantwortlich zu machen haben.

Essen, 15. Oktober. Die Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins teilt mit: Die Verantwortung der von der Siebenerkommission an den Bergbaulichen Verein gerichteten Forderungen wird erst in der auf den 22. Oktober anberaumten Vorstandssitzung festgelegt.

Wir erhalten folgende Erklärung:

In einigen bürgerlichen Tageszeitungen wird von einem Artikel Notiz genommen, den Kamerad Johann Reimpeters in der Oktobernummer der „Sozialistischen Monatshefte“ über Streit-berachtungen veröffentlicht hat. Von verschiedenen Blättern sind die in dem Artikel geäußerten Ansichten als die des Bergarbeiterverbandes bezw. seiner Leitung verwertet worden. Dazu erklären wir, daß Reimpeters lediglich seine Privatansichten zum besten gegeben hat und unter dem Eindruck einiger Versammlungen, die er damals in Mitteldeutschland abhielt. Die Verbandsleitung ist mit der Reimpeterschen Veröffentlichung schon deshalb nicht einverstanden, weil die vorjährige Streikbewegung, insbesondere im Ruhrgebiet ein ganz anderes Gepräge trug, wie Reimpeters aus ganz verschwundenen Einzelheiten allgemein schlussfolgert. Der Alkohol- und Tabakgenuß ist niemals geringer gewesen als wie während des Streiks. In der an sich guten Absicht, den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen, schießt L. weit über das Ziel hinaus und verallgemeinert. Der Artikel ist, wie Reimpeters uns mitteilt, schon seit fast 4 Monaten in Händen der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“ gewesen, wurde also zu einer Zeit geschrieben, als noch gar keine Rede von den jetzigen Lohnforderungen war. Darum fallen alle in dieser Hinsicht an den Artikel, oft in höfwilliger Weise geknüpften Bemerkungen in sich zusammen. Für den Artikel in den „Monatsheften“ ist Reimpeters allein verantwortlich. Die Verbandsleitung hat mit der Sache nichts zu tun und muß auch jede Verantwortung für eine Privatarbeit irgend eines Verbandsmitgliedes ablehnen.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schifferstreik in Hamburg.

Hamburg, 15. Oktober. (B. Z. B.) In einer heute Abend abgehaltenen, fast beschwundenen Versammlung der Binnenschiffer wurde, — vorbehaltlich der Gesamtabstimmung — mit 541 gegen 4 Stimmen beschlossen, morgen in den Ausstand einzutreten.

Duellprügelei.

Gießen, 15. Oktober. (B. Z.) Ein Pistolenduell fand gestern im hiesigen Stadtwald zwischen einem hiesigen Korpsstudenten und einem Leutnant aus Kasselburg i. Ostpr. statt. Nach der einen Version verlief das Duell unblutig, nach der anderen soll der Student eine sehr empfindliche Verletzung davongetragen haben.

Ein Totschlag.

Offenbach a. M., 15. Oktober. (B. Z.) Gestern Abend gegen 7 Uhr entstand zwischen einigen jungen Leuten in der Wirtschaft „Sahnenlamm“ eine Schlägerei, welche sich auf der Straße fortsetzte. Der Arbeiter Schüller feuerte drei Revolverkugeln ab, wodurch der Arbeiter Feldmann getötet wurde.

Barbarismus.

Lemberg, 15. Oktober. (B. Z.) Aus Lody wird gemeldet: In der Juliusgasse wurde gestern auf dem Giebel eines Hauses eine Fahne mit den Initialen der polnischen Sozialistenpartei angebracht. Sofort erschien eine Militärabteilung, welche das Haus zu beschließen begann, wobei der Eigentümer des Hauses, namens Gebauer, getötet und mehrere andere Personen verwundet wurden. Die Rassenflucht aus Lody nimmt große Dimensionen an. Starke Kosakentruppen durchstreifen die Straßen der Stadt; alle Pössanten werden einer Leibesvisitation unterzogen. In Radom, Lublin, Bendzin und Czestochau wurden in den letzten zwei Tagen neuerdings zahlreiche feldgerichtliche Todesurteile vollzogen.

Streik im Expeditionsgewerbe.

Triest, 15. Oktober. (B. Z. B.) Da die Expeditionsfirmer nur einen Teil der von den Expeditionsarbeitern gestellten Forderungen zu bewilligen bereit sind, sind etwa 400 Expeditionsarbeiter in den Ausstand getreten.

Entgleisung eines Gprrschwunzes.

Charleroi, 15. Oktober. Der Gprrschwung Charleroi—Rons entgleiste am Ausgang des Bahnhofes von Marchienne an Pont. Die Lokomotive stürzte um, der Lokomotivführer und Heizer wurden getötet, mehrere Reisende verletzt.

Unwetter in Italien.

Neapel, 15. Oktober. (B. Z. B.) Heute nachmittag fünf Uhr brach in der Umgegend von Stadt und Hafen ein Sturm los, der eine Anzahl Gebäude stark beschädigte, Telephon und Telegraphenleitungen unterbrach. Ein Segelschiff sank, mehrere Dampfer litten Schaden. Im Dorf Riitico wurden zwei Bauern vom Blitz erschlagen.

Neapel, 15. Oktober. (B. Z. B.) Ein sehr heftiger, vom Refus herkommender Sturm brach über Torre del Greco herein und warf ein Haus zusammen, das einen Bauern und zwei Frauen begrub.

Das Grubenunglück in Wingate.

Wingate, 15. Oktober. Die heutige Grubenexplosion war von furchtbarem Gewalt. Sie ereignete sich glücklicherweise zu einer Zeit, als nur ein kleiner Prozentsatz der Grubenarbeiter untertags war. Aus den Schilderungen der Ueberlebenden geht hervor, daß bewundernswürdige Heldentaten vollbracht wurden, indem einzelne ihr Leben opferten, um das eines Kameraden zu retten. Den Bergungsarbeiten wohnten einige Mitglieder der Arbeiterpartei des Parlaments bei. Große Menschenmengen sind am Eingang der Grube versammelt. Bisher sind dreißig Leichen geborgen.

Der italienische Parteitag.

Vierter Tag. (Vormittags-Sitzung)

Rom, 10. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Vormittags-Sitzung beginnt unter großer, fast apathischer Ruhe. Alle empfinden, daß nach dem gestrigen Votum durch die Bildung einer einzigen großen reformistischen Konzentration die weiteren Fragen der Tagesordnung in reformistischem Sinne gelöst sind. Und daß dies in der Tat der Fall ist, erhellt aus dem Votum über die autonomen Ziele.

Montemartini bittet, die Frage nicht auf dem Kongress zu verhandeln, sondern sie dem neuen Parteivorstand zu überweisen. Dadurch wäre also der Parteivorstand, der natürlich reformistisch ausfallen muß, bezeugt, über die Frage der Organisation der Partei, über die Zulassung mehrerer Parteioptionen in einem Ort zu entscheiden. Gegen diesen Vorschlag stimmt nur die Genossin Verda.

Es folgt der Bericht der Parlamentsfraktion. Der Berichterstatter, Montemartini, meint, jeder Bericht sei unnötig, da das getrigge Votum die Haltung der Parlamentsfraktion gebilligt habe. Er habe weiter nichts zu sagen und nichts vorzuschlagen. Er bitte den Parteitag, ohne weiteres zur Tagesordnung überzugehen. Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an.

Jetzt sollte der Bericht des Parteivorstandes folgen. Bongobardi, der Referent, hält es nach dem gestrigen Votum für unnötig, die Ansichten des bisherigen Parteivorstandes, dem das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr gehört, hier darzulegen. Er halte es für sein Recht, hier hervorzuheben, daß der Parteivorstand seiner Pflicht, den Beschlüssen des Kongresses Achtung zu verschaffen, nachgekommen ist. Die Befriedigung wenigstens, treuer Hüter der Parteitagbeschlüsse gewesen zu sein, könne niemand der Mehrheit des bisherigen Parteivorstandes nehmen. Weiter habe er dem Parteitag nichts zu sagen. (Beifall links.)

Carnerini (Integralist) ist der Ansicht, daß das gestrige Votum keineswegs die Haltung der Fraktion gut heißt. Es hatte den Zweck, eine Spaltung zu verhindern. Wir haben gestern die beiden Extreme besiegt, haben gezeigt, daß sie nicht die Mehrheit des Parteitages sind. (Einpruch, Gelächter.) Heute aber erhalten die einzelnen Teile, die den integralistischen Block gebildet haben, ihre Aktionsfreiheit zurück und können selbständig zu den verschiedenen Fragen Stellung nehmen.

Aber die Parteitagmehrheit will von dieser Auffassung nichts wissen. Alle fühlen, daß alle Einzelfragen in der gestrigen Abstimmung gelöst sind. Keiner meldet sich zum Wort und auch dieser Punkt gilt als erledigt.

Ueber den nächsten Punkt, den Bericht des „Avanti“, wird gleich die Diskussion eröffnet, da der Bericht im Druck vorliegt. Wir haben seinerzeit einen Auszug daraus gegeben. Ferri fordert zwei Beschlüsse vom Parteitag: erstens, Verpflichtung jeder Parteifraktion, sich auf den „Avanti“ zu abonnieren; zweitens das Recht der Redaktion, bei der durch die Sektion erfolgenden Wahl der Korrespondenten Einspruch erheben zu können.

Mariani (Syndikalist) erklärt im Namen seiner Fraktion, er könne nicht für die Verpflichtung zum Abonnement stimmen, ehe er wisse, in welchem Sinne der „Avanti“ künftighin redigiert werden würde.

Cavagna bedauert, daß die Korrespondenzen, die das Proletariat interessieren, in den Papierkorb wandern.

Macchiotti findet den Vorschlag, die Sektionen zum Abonnement zu verpflichten, an sich gut, meint aber, daß sie entweder zum Schaden des Lokalorgans der Partei ausfallen würden, oder eine Verminderung des individuellen Abonnements mit sich bringen.

Es wird darauf folgender Antrag eingebracht: Die Unterzeichneten ersuchen den Chefredakteur des „Avanti“ dringend, Schritte zu tun, damit die illustrierte Wochenzeitung „Avanti della Domenica“ ihren Titel wechselt, der Ursache bedauerndster Mißverständnisse ist und dem Parteiorgan zum Schaden gereicht. Michele Bianchi u. a.

Dieser Antrag hat folgende Vorgeschichte: Vor einigen Jahren begann der „Avanti“, wie viele italienische Blätter dies tun, zu dem Zweck, die Abonnentenzahl zu erhöhen, gegenüber dem hierzulande üblichen Einzelverkauf, allen Abonnenten eine Sonntagsbeilage zu geben, eben den „Avanti della Domenica“ (Sonntags-Avanti). Die Redaktion wurde dem Genossen Piva, damaligen Redakteur des „Avanti“ übertragen. Der finanzielle Erfolg des Versuches entsprach aber nicht den Erwartungen und die Sonntagsbeilage wurde aufgegeben. Dagegen blieb dies Blatt in Händen des Genossen Piva, der in der Folge aus der Redaktion austrat und zum Ultrareformismus überging. In der letzten Zeit tat sich das Blatt besonders durch eine lebhaft Agitation gegen die antimilitaristische Propaganda hervor, die von der bürgerlichen Presse sehr ausgeschlachtet wurde.

Ferri antwortet den verschiedenen Rednern. Solange er den „Avanti“ leiten werde, würde das im integralistischen Sinne geschehen. Wenn viele Lokalcorrespondenzen in den Papierkorb wandern, so sei daran der Raumangel schuld. Was Macchiotti gegen die obligatorischen Abonnements der Sektionen gesagt habe, überzeuge ihn teilweise, weshalb er den Parteitag bitte, den Vorschlag nur als Empfehlung anzunehmen. Wegen des Titels des Sonntagsblattes werde er Schritte tun. Besonders im Ausland würde der „Avanti della Domenica“ oft mit dem „Avanti“ verwechselt, was ein Schaden für das Zentralorgan sei. (Piva unterbricht: Ich bitte den Titel zur Versteigerung aus.)

Weiter beklagt die Genossin Salli den Ueberfluß von Artikeln über Kunst und Literatur, die keine Proletarier interessieren und dem Arbeiter gar nicht verständlich sind. Branconi, Eisenbahner, beauftragt das Zentralorgan der Parteiführung und bedauert die Diktatur eines der Redakteure, der erst seit kurzer Zeit überhaupt der Partei angehört.

Ferri erklärt, die Artikel des „Avanti“ wären gerade dazu angetan, den Geschäftskreis der Leser zu erweitern. Branconi, der den „Avanti“ parteiisch nennt, sei mehrfach aufgefordert worden, in der Sache eine seiner Auffassung entsprechende Richtigstellung zu senden, habe das aber nicht getan.

Hierauf wird Ferri durch Klammation als Chefredakteur des „Avanti“ bestätigt.

Als nächster Punkt folgt die Wahl des Parteivorstandes. Ferri legt die von einer Kommission der Integralisten zusammengestellte Liste von 35 Mitgliedern vor. Sie enthält ausschließlich die Namen von Genossen, die schon vor dem Beitritt der ganzen reformistischen Fraktion dem integralistischen Block beigetreten sind. Etwa die Hälfte davon sind Reformisten, wie Rigola, Duaglino, Cabrini, Del Buono, Ventini, Argentina Altobelli. Alle Regionen Italiens sind vertreten; auch befinden sich mehrere Arbeiter und Gewerkschaftsführer darunter.

Labriola erklärt, er und seine Freunde enthielten sich der Abstimmung und überließen die Verantwortung ganz der Majorität. Darauf wird die Liste ohne Diskussion durch Klammation bestätigt.

Schnell und fast eintönig wiederholt sich die weiteren Punkte der Tagesordnung ab.

Die Frage der Beziehung von Partei und Gewerkschaften hält der Referent Bergnanini durch das gestrige Votum für erledigt und bittet, keine Tagesordnung nur als Empfehlung, nicht als verbindliches Votum anzunehmen.

\*) Zur Ergänzung unserer kurzen Uebersicht über die Schlusssitzung des Parteitages in der Sonnabendnummer geben wir noch den folgenden, verspätet eingetroffenen Bericht unseres römischen Korrespondenten.

Die Tagesordnung, deren Wortlaut wir bereits wiedergegeben haben, empfiehlt hitzigere Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften und Zuziehung der gewerkschaftlich organisierten zur Teilnahme am politischen Kampf.

Bianchi, Redner der Syndikalisten, sagt, seine Fraktion trenne sich von den Ansichten Bergnaninis nur insofern, als sie die Gewerkschaften nicht der Partei unterordnen wollten, sondern vielmehr in der Partei ein Organ der wirtschaftlichen Bewegung sehen.

Dieser Punkt wird ohne weitere Diskussion und ohne Votum erledigt, worauf die Frage der Beziehung zwischen Partei und Parlamentsfraktion zur Verhandlung gestellt wird.

Rigola, früher Abgeordneter von Biella, ein Arbeiter, der infolge eines Verunsinnalles das Augenlicht verloren hat, fährt aus, daß die Lösung der Frage bereits in der integralistischen Tagesordnung gegeben sei. Er sei kein Gegner der Beschränkung der Autonomie der Fraktion, wisse aber keinen gangbaren Weg, um sie zu verwirklichen. Wolle man die Fraktion dem Parteivorstande unterstellen, wer beschränke denn die Autonomie des Parteivorstandes? Er biete, seinen Vorschlag, die direkte offizielle Vertretung der Gewerkschaften zu den Beratungen des Parteivorstandes, aufrechtzuerhalten.

Leone, zweiter Referent über die Frage, sagt, er halte von seiner Tagesordnung nur den Abfall aufrecht, der feststeht, daß nur die von den Wahlkreiskongressen gewählten und vom Parteivorstande bestätigten Kandidaten Mitglieder der Fraktion sein können.

Marabini schlägt vor, von der Bestätigung durch den Parteivorstand abzusehen. Podrecca bekämpft diesen Vorschlag. Rigola fragt, ob die Forderung auch für die zurzeit der Fraktion angehörigen Mitglieder gelten soll, und Leone verneint die Frage.

Der Parteitag nimmt darauf den Vorschlag Leone mit der von Marabini vorgeschlagenen Abänderung an.

Ueber die Beziehung zwischen Partei und Presse sollte Genosse Ettore Cicotti referieren, ist aber abwesend. Costa bittet daher, diesen Punkt zu übergehen.

Podrecca, Herausgeber des „Asino“, fordert, daß jedes Parteiorgan seine Geschäftsbilanz veröffentlichen müsse. Der Parteitag beschließt in diesem Sinne, obwohl der „Avanti“ aus berechtigten Gründen bis jetzt noch nie seine Geschäftsbilanz veröffentlicht hat. Man ruft Podrecca zu: Die Bilanz des „Asino“? Podrecca antwortet: Der „Asino“ ist kein Parteiblatt. (Uha! Hört, hört! Gelächter.)

Jetzt kommt die Reihe an die Frage des Antimilitarismus. Bianchi legt folgende Tagesordnung vor: „Der neunte Kongress der sozialistischen Partei spricht gelegentlich der Diskussion über den Militarismus der Tätigkeit und den Formen der Propaganda der sozialistischen Jugendorganisation Italiens seinen Beifall aus.“ In längerer Rede vertritt Bianchi (Syndikalist) die Notwendigkeit der antimilitaristischen Agitation.

Podrecca meint, alle Sozialisten seien Gegner des Militarismus; es handele sich aber darum, eine praktisch mögliche Form der Bekämpfung zu finden. Er sei auch Vertreter der freien Liebe, würde sich aber schon hüten, mit einer Dame auf der Straße Versuche in der Richtung zu machen, weil er wisse, daß er da Ohrfeigen zu gewärtigen hätte. (Heiterkeit, Proteste.) Gewiß nicht die Furcht vor unserem Heer hält die anderen Nationen von einem Einfall in Italien ab. Die wirtschaftlichen Interessen der Mächte verhindern heute den Krieg. Die antimilitaristische Propaganda soll z. B. in der Form der Agitation für Volksbewaffnung betrieben werden. (Zwischenruf: Die überläßt den bürgerlichen Republikanern.) Die Propaganda muß die Arbeiter erziehen. Heute jubelt ja das Volk den Soldaten zu. Man muß die Leute zu Sozialisten erziehen. Dagegen werden sie auch Antimilitaristen. (Beifall.)

Eure Propaganda, ruft er den Syndikalisten zu, schide arme Teufel in die Strafkompagnien und Gefängnisse, ohne daß sie auch nur wissen, warum.

Im Zug des Lebens, fährt Redner fort, reisen wir erster und zweiter Klasse, während der Proletarier auf den harten Bänken der dritten Klasse zusammengepackt bleibt. Wir wollen, daß alle erster Klasse reisen können, Ihr Syndikalisten aber wollt den ganzen Zug, bloß weil er Ungerechtigkeiten birgt, zum Entgleisen bringen. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden darauf bis um 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Der Kongress ist angeregter als heute vormittag. Die Fortsetzung der Diskussion über den Antimilitarismus erfolgt unter lebhafter Anteilnahme aus der dichtgedrängten Tribüne.

Komnaldi, Redakteur des „Avanti“, referiert über die Frage, indem er die folgende Tagesordnung illustriert:

„Der Parteitag bestätigt die antimilitaristische Tradition der Partei und erachtet als notwendig, in Anbetracht des Widerstandes der Bourgeoisie, gesetzliche Normen anzunehmen, die eine wirkliche Neutralität der Truppen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital festsetzen, eine Agitation zur Verhütung der Arbeitermorde und des Streikbrechertums durch Soldaten zu entfalten, die darauf abzielt, die jungen Arbeiter zu bestimmen, in solchen Konflikten nicht die Waffen zu gebrauchen und sich nicht zu Streikbrechern herzugeben; erachtet gleichzeitig eine Propaganda unter den Arbeitern für nötig, um diese dahin zu bringen, nicht Gewalt gegen die Truppen anzuwenden, sei es um die möglichen Reaktionen von Seiten der Soldaten zu verhüten, sei es, um zu beweisen, daß ein gleiches Vordringen der Brüderlichkeit streikende Arbeiter und Soldaten verbindet.“

Rinaldo Rigola tritt der antimilitaristischen Agitation unter den unbewußten und unwissenden Elementen des Proletariats entgegen. Gegen Propaganda unter den Offizieren hätte er nichts einzunehmen.

Man solle das Gefühl des Vaterlandes nicht mißachten; eine sofortige Abrüstung wäre ein Unbiling. Man agitiere für die Reduktion der Ausgaben für Heer und Marine, aber trage nicht den Aufruhr ins Heer. Die Auslosigkeit des Krieges soll dargetan werden, man soll für die internationale Solidarität agitieren, das ist die beste antimilitaristische Propaganda.

Paolo Orano, Syndikalist, Redakteur des „Avanti“, nennt sich einen Vorläufer Herbes. Er verherrlicht Mag Stürners Ansichten als den höchsten Ausdruck der Ablehnung jeder Autorität. Er bedauert, daß der Abgeordnete Genosse Peroglio im „Avanti della Domenica“ Betrachtungen über den Militarismus veröffentlicht habe, die ein bürgerlich radikales Blatt der Schweiz abgedruckt hat, als Beweis für den Mangel an modernem Sinn, mit dem die Sozialisten dem Militärproblem gegenüberstehen.

Das italienische Vaterland ist den Militaristen ein Vorwand. Wir pfeifen darauf. Wie wir Syndikalisten am Wahlkampf teilnehmen, um das Parlament zu profanieren, so wollen wir die antimilitaristische Propaganda, um die Katernen niederzujahren. Redner schließt mit der Bemerkung, daß nur der wahrhaft Sozialist sei, der seine Seele von jeder patriotischen Sentimentalität gereinigt hat. (Beifall bei den Syndikalisten.)

Labriola spricht mit seiner bekannten duktanischen Verebtheit. Es gibt keine sozialistische Propaganda, die nicht gleichzeitig antimilitaristisch und staatsfeindlich sei. Was das Heer schwächt, ist die sozialistische Propaganda. Fürchtet ihr eine Schwächung des Heeres, so fürchtet ihr den Sozialismus selbst. Wenn das Heer innerlich zerfällt, ist allerdings das Land eine leichtere Beute des inneren Feindes. Vielleicht ist dies ein Weg, durch den sich die Verwirklichung des Sozialismus einst vollziehen wird. Der Feind, der Sieger selbst wird sich ansteden, wird vom Sozialismus gewonnen werden. Wenn die Heere nicht mehr die innere Festigung und Einheit haben, um das Vaterland zu verteidigen, haben sie längst aufgehört, Instrumente der Klassenherrschaft zu sein. Redner schließt mit

einem Vergleich aus der Geschichte. Er erinnert daran, wie Julian Apostata die römischen Adler noch einmal zur Weltberoberung führen wollte und wie das Heer, zerstückt durch den christlichen Glauben sich unfähig zeigte, dem Führer zu folgen und wie diese innerliche Zerlegung den Fall des römischen Reiches beschleunigte.

Die überwältigende Verebtheit Labriolas, dem eine Gewalt der Worte innewohnt, wie wenigen, entlockte dem ganzen Parteitage, auch den Reformisten, einen minutenlangen Beifall.

Der Parteitag ist übermüdet und erwartet mit Ungeduld den Schluß seiner aufstrebenden Tagung. Kein Redner kann noch in Ruhe sprechen. Monicelli bittet — als erster Arbeiter der zu Worte kommt, um Gehör, muß aber von der Tribüne herunter, ohne sprechen zu können. Podrecca bringt es fertig, unter wachsendem Tumulte noch 10 Minuten über Stirner, über einen „syndikalistischen Imperialismus“ und über seine Erlebnisse als Soldat zu sprechen.

Morana, Mitglied der jungen Garde sagt, daß seine Genossen antimilitaristische Propaganda trieben, aber nicht im Herbeschen Sinne, sondern zur Verminderung der Heeresausgaben und zur Erweckung der Solidarität der Soldaten mit den Arbeitern.

Auf Antrag Ferris und Lucatis wird von einem Votum abgesehen und die Frage der Parteileitung zum Studium überwiefen.

Der Parteitag nimmt noch ein Votum zugunsten des allgemeinen Wahlrechts und für die Agitation in den südlichen Provinzen Italiens an und beendet seine Arbeiten mit einer Ansprache Costa's, der mit ergreifenden Worten alle Genossen aufforderte, bei ihrer Arbeit zu verharrren und den Gedanken des Sozialismus weiter zu tragen in die Massen, um neue Kämpfe aufzunehmen, neue Siege zu erringen.

Unter dem Abgingen der Arbeiterhymne verlassen die Delegierten das Volkshaus, dessen noch nicht vollendeter Bau Zeuge von viertägiger heiter Diskussionen und schwerwiegender Beschlüsse, die tief in das Leben der italienischen Partei eingreifen werden.

Der französische Gewerkschaftskongress.

(Dritter Tag.)

Amiens, 11. Oktober. (Fig. Ver.)

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über die Abschaffung der Stükarbeit dauerte nicht lange. Bemerkenswert waren die Ausführungen Coupat's (Mechaniker), der vorschlug, sich mit einer prinzipiellen Resolution zu begnügen, im übrigen aber an der Stärkung der Organisationen zu arbeiten, um diesen die Kraft zu geben, diese Arbeitsweise den Arbeiterinteressen gemäß zu regeln.

Darauf wurde eine von Merrheim (Metallarbeiter) vorgelegte Resolution gegen die Gesetzentwürfe über den kollektiven Arbeitsvertrag, das obligatorische Schiedsgericht, die Gewinnbeteiligung und die Arbeitervertretung in den Verwaltungsräten einstimmig angenommen. Die Resolution sieht in diesen Entwürfen eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz. Sie protestiert auch gegen die Beschränkung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter.

Es folgt eine lange und lärmreiche Geschäftsordnungsdebatte über die notwendige Abklärung der Diskussionen. Schließlich einigt man sich, vier Kommissionen zu bilden, die über die noch zu behandelnden Gegenstände der Tagesordnung Bericht zu erstatten haben. Nur zwei Punkte werden der unmittelbaren Beratung durch den Kongress vorbehalten: Die Beziehungen der politischen und gewerkschaftlichen Aktion und der Antimilitarismus. Der Antrag, den ersten Punkt ganz abzusehen, findet nur 40 Stimmen.

Politik und Gewerkschaft.

Als erster Redner ergreift Genosse Renard, der Sekretär der Textilarbeiter-Föderation das Wort, um den Antrag seiner Gewerkschaft auf eine dauernde oder zeitweilige Kooperation der Arbeitskonföderation mit der sozialistischen Partei zu begründen. Der Kongress folgt seinen Darlegungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Renard sagt im wesentlichen:

Man hat uns vorgeworfen, daß wir die Politik in die Gewerkschaften einführen wollen. Das ist nicht wahr. Politik treiben diejenigen, die den Antimilitarismus und den Antiparlamentarismus zu einer Sache der Gewerkschaften machen wollen. Was wir anstreben, ist im Gegenteil die Ausschöpfung der besten politischen Tendenzen in den Gewerkschaften. Aber wir wollen die Konsequenzen daraus ziehen, daß die gewerkschaftliche Arbeit allein zur Befreiung der Arbeiterklasse nicht genügt. Einen Beweis dafür bietet die Situation der englischen Arbeiterbewegung, in der angesichts der arbeitgeberfeindlichen Gesetzgebung die Erkenntnis der Notwendigkeit politischer Betätigung sich Bahn gebrochen hat. Die extremsten Syndikalisten, wie Bousquet und Vougeis haben den Wert des Sonntagsruhegesetzes anerkannt. Sollen wir nun unbeteiligt zuschauen, wie man solche Gesetze macht? Oder sollen wir nicht vielmehr in das Parlament selbst eindringen? Die Gewerkschaften haben eine begrenzte Macht. Wenn heute die soziale Revolution gekommen wäre, glauben Sie, daß sie die Produktion, die die Gesellschaft zum Weiterleben braucht, aufrecht erhalten könnten? Die Gewerkschaften können sich nur in dem Rahmen bewegen, den das Gesetz liefert, darum haben sie selbst an der Gesetzgebung das größte Interesse. Betrachten wir nun die Parteien des Parlaments, so finden wir eine, die den Arbeiterinteressen jederzeit gedient hat. Es ist die so viel geschmähte sozialistische Partei, zu der ich mich bekenne. Wir dürfen selbstbewußt sagen: Wir haben etwas getan. — Der Redner stellt die Verdienste der sozialistischen Partei um den geschiedenen Arbeiterschutz dar. Wenn die Arbeiter Reformen wollten, haben sie sich an die Sozialisten gewendet. Im Bericht der Konföderation selbst steht, daß man an Embat, an Dejeante herongetreten ist. Die Beziehungen zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der sozialistischen Partei sind vorhanden, warum will man dies nicht anerkennen, nicht sagen, was man tut? An wen sonst als an die Sozialisten sollten sich die Arbeiter halten? Der Syndikalist Latapie hat mir gesagt: die Radikalsocialisten sind stärker. Jawohl, sie sind stärker, um Euch zu unterdrücken! Ihr habt das in Grenoble gesehen. (Zwischenruf: Briand! Larn.) Nun, der gebört Ihnen. Er hat Sie 15 Jahre lang (mit dem Generalkreis) an der Nase herumgeführt. (Erneuter Lärm.) Die sozialistische Partei hat den Arbeitern vollwertige Bürgerrechte gegeben. Sie hat ununterbrochen daran gearbeitet, die Bedingungen herzustellen, unter denen die sozialistische Produktionsweise die kapitalistische ablösen kann.

Wir im Norden haben der Erkenntnis gemäß gehandelt, daß auf gewerkschaftlichem, auf genossenschaftlichem und politischem Gebiete gleichermaßen gute Arbeit zu verrichten ist. Wir haben zunächst Gewerkschaften gegründet, hierauf auf ihnen Genossenschaften aufgebaut und daneben einen Kampf geführt, der das Wort der Arbeiterklasse in der Gemeinde wie im Parlament vernehmbar macht. Mag es da und dort Verdrüßliches gegeben haben, woran liegt das, wenn nicht an der mangelhaften Organisation? Auch Sie sind davor nicht sicher. Bei uns ist es anders. Die Kandidaten werden von den Genossen gewählt, sie bleiben in ihrer Hand und stehen den Gewerkschaften und Arbeitern, die ihre Hilfe verlangen, stets zur Verfügung. Und wir im Norden sind in unseren Volkshäusern zu Hause (Anspielung auf die Keuzerung des Syndikalisten Booy, der „in den Ministerien zu Hause“ ist). Wohl nehmen auch wir Subventionen und verlangen sie, wenn die Unseren die Macht haben. Aber auch wo man sie nicht entzieht, bleiben die Organisationen lebendig und stark. Uns kann man nicht zum Haus hinauswerfen. Wir haben in unserem Departement 315 Gewerkschaften mit 76 000 Mitgliedern, 12 Genossenschaften mit

80 000 Mitgliedern und die Partei hat 8000 zahlende Mitglieder und 100 000 Wähler. Sollte man anderswo zusammenwirken, um wieviel mehr könnte man erreichen?

Wir treiben in den Gewerkschaften keine Politik, wir haben vielmehr die Arbeitstätigkeit durchgeführt. Anders Sie. Wenn Sie den Antiparlamentarismus propagieren, verletzen Sie nicht die Nationalen, wenn Sie Antimilitarismus treiben, nicht die Nationalitätsgesinnigen?

Renard schließt: „Wenn man überall handelte wie wir, gäbe es keine Macht, die der mit der sozialistischen Partei vereinigten Konföderation widerstehen könnte. Weil die sozialistische Partei dasselbe Ziel verfolgt wie die Gewerkschaften: die Abschaffung der Lohnarbeit, wollen wir von Ihnen, daß Sie sich an sie wenden, wenn ihre Aktion mit der Ihrigen zusammenwirken kann. Aber mögen Sie nie immer beschließen, wir werden in der Konföderation bleiben. Wir werden jene nicht nachahmen, die mit einer Spaltung gedroht haben, weil sie auf unserem Kongress geschlagen wurden. Wir haben mit Ihnen die Einigkeit der Arbeiter geschaffen. Wir werden sie aufrecht erhalten und gemeinsam mit Ihnen arbeiten bis zur vollständigen Befreiung der Arbeiterklasse.“ (Lebhafter Beifall.)

Es kommt zunächst der Syndikalist Dooghe, der Führer der Minorität der Textilarbeiter zu Wort, der den Austritt seiner Freunde aus der Gewerkschaft zu rechtfertigen sucht. Er verapft die landläufigen anarcho-syndikalistischen Wendungen: daß in der sozialistischen Partei Unternehmer neben den Arbeitern seien, daß es in der Politik Lumpen gebe und dergleichen. Die Urheber des Antrages der Textilarbeiter seien ehrlich, aber sie würden von den „Politikern“ mißbraucht. Seine Partei sei gescheiter als die sozialistische. Die ganze Wählerlei tauge nichts, alle Energie, die darauf verwendet werde, sei verloren. Was wolle man mit dem Staat machen, der doch nur in den Händen der Bourgeoisie sei. Die Initiative und die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, alles ihr Schädliche zu bekämpfen, das sei das syndikalistische Programm. In den Gewerkschaften, wo alle, trotz ihrer verschiedenen Meinungen, das Gemeinsame hätten, daß sie Lohnarbeiter seien, könne sich allein die Befreiung der Arbeiterklasse, die das Werk dieser selbst sein müsse, vorbereiten.

Villet legt eine Resolution der Föderation der keramischen Arbeiter vor. Sie schließt sich im ganzen an die der Textilarbeiter an, stellt die revolutionäre Rolle der sozialistischen Partei fest und schlägt vor, daß im Bedarfsfälle Delegationen der Arbeitskonföderation und der sozialistischen Partei zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenzutreten sollen, unbeschadet der dauernden Selbstständigkeit beider Organisationen. Die Resolution schließt mit dem Wunsch nach einem wachsenden Einverständnis zwischen den Gewerkschaften und der Partei.

Nun erhält wieder ein Syndikalist das Wort. Boudquet von den Nahrungsmittelarbeitern. Er leugnet, daß die Konföderation Politik treiben habe. Man hat vom Sonntagsgesetz gesprochen. Ja, dem Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft unterliegen wir alle. Auch der Revolutionär muß mit den politischen und wirtschaftlichen Ausbeutern in Kontakt treten. Trotzdem sei die Gewerkschaft keine konterrevolutive, sondern eine revolutionäre Macht in der Gesellschaftsentwicklung. Im übrigen führt der Redner die Argumente Dooghes weiter aus. Der Antimilitarismus sei keine politische Frage. Wenn man den Sohn zum Soldaten kommandiert, um den streifenden Vater zu erlösen, so ist das wohl eine wirtschaftliche Angelegenheit. Die sozialistische Partei tritt für das Militärsystem ein, dieses ist aber ebenso schlecht wie die lehende Armee.

Die Debatte gewinnt wieder ein höheres Niveau, als der Buchdrucker Niel zu sprechen beginnt. Niel ist Mitglied der sozialistischen Partei, ist aber Gegner des Antrags der Textilarbeiter. Seine Ausführungen sind ziemlich weitläufig, im historischen Teil auch sehr ansehnlich, sie fallen aber die Einwendungen zusammen, die man vom Standpunkt opportunistischer Taktik gegen den Vorschlag erheben kann.

Der Redner beginnt mit einer historischen Betrachtung: Der Streit zwischen den Politikern und den Gewerkschaftlern sei so alt wie die Arbeiterbewegung. Die Internationale, behauptet er, sei daran zugrunde gegangen, daß Marx und Engels die politische Aktion in ihre Statuten aufgenommen hätten. Die Sozialisten und im besonderen die Unerschrockenen hätten immer dasselbe Mandat wiederholt, auf den Kongressen von Nantes und Marseille und auf dem internationalen Kongress in London. Es ist aber eine Tatsache, daß neben uns andere Organisationen bestehen, die dasselbe Ziel mit verschiedenen Mitteln verfolgen. Es gibt eben mehr als ein Mittel, die Unendlichkeit des Lebens gestaltet keine Uniformität. Welche Beziehungen sollen und können zwischen den verschiedenen Kampforganisationen bestehen? Der Antrag der Textilarbeiter zwingt uns, die Gewerkschaftstheorie zu präzisieren. Was ist die Gewerkschaft? Der notwendige Kampf der Arbeiter gegen den Unternehmer. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet sind alle Arbeiter gleich und der Ausbeutung ohne Unterschied ausgesetzt. Daraus folgt die Notwendigkeit eines Kodex, auf dem sie sich zum Kampf gegen das gemeinsame Uebel verständigen können. Die Arbeiter haben zunächst um drei Dinge zu kämpfen: höhere Löhne, geringere Arbeitszeit, persönliche Würde. Von da aus bringen sie zur Erkenntnis vor, daß das Lohnsystem überhaupt schlecht ist, und sie organisieren sich, um es abzuschaffen. Dies ist Gewerkschaft, dies direkte Aktion. Diese ist nicht auf Gewalttätigkeiten beschränkt. Vielmehr ist sie die gewerkschaftliche Bewegung unter allen Formen. Ich hoffe, daß man dies auf allen Seiten des Syndikalismus einsehen wird. Was ist dagegen die politische Aktion? Sie ist nicht das Produkt lediglich wirtschaftlicher, sondern auch moralischer Erwägungen. Sie wird von verschiedenen Leuten in verschiedener Weise betrieben: von denen, die ihr die Gewerkschaft unterordnen wollen, von denen, die neben dem wirtschaftlichen Element in der sozialen Frage auch ein moralisches, und auch von jenen, die alle Gesellschaftsprobleme im Kampf gegen das Gesetz und gegen den Staat zu lösen glauben. — Die Verschiedenheit der beiden Aktionsformen verbietet, sie zu verbinden. Als die Gewerkschaften aufstauten, fanden sie die Arbeiterklasse schon politisch zersplittert vor. Wenn wir mit irgend einer politischen Partei eine Allianz schließen wollten, würden die politisch Andersgesinnten weggehen. — Warum aber sollte, wenn man schon von Allianzen spricht, die Gewerkschaft sie nur mit der sozialistischen Partei eingehen? Warum nicht mit den Volksumverbänden, den Genossenschaften, der anarcho-syndikalistischen Partei? (Gowap ruft: Die besteht schon!) Nun, dann werde ich sie mit aller Kraft bekämpfen. Es ist ein Irrtum von Renard, zu glauben, daß jeder Gewerkschaftler Sozialist sei. Der Sozialismus ist nicht die Barzel von Partei und Gewerkschaft, sondern ihre Frucht. Eine Allianz wird erst dann möglich sein, wenn das sozialistische Bewußtsein in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft, in der Politik genug entwickelt ist. Wenn das Bündnis möglich wäre, müßte man die Verschmelzung vornehmen; ist diese unmöglich, so auch jene. Aber folgt daraus der Krieg zwischen ihnen? Nun, ich sage: der Krieg ist dasselbe Verbrechen an der Arbeiterklasse wie die Allianz. Leider leben wir heute in diesem Kriege. Gegenseitige Verschimpfungen sind auf der Tagesordnung. Die Anarchisten verschärfen noch den Haß durch ihre antiparlamentarische Propaganda. Aber ihre Antipolitik ist selbst eine Politik. Die „Libertaires“ haben nicht das Recht zu beanspruchen, den heftigen Kampf gegen die Sozialisten fortzusetzen. Ebensovienig dürfen die Sozialisten die Gewerkschaften für die Politik einnehmen. Sie haben nicht das Recht, wie es die Nord-Föderation getan hat, zu beschließen, daß im Fall der Ablehnung ihres Antrags die Sozialisten die Allianz in den lokalen Gruppen doch durchführen sollen. (Zwischenruf.) Die Textilarbeiter protestieren gegen diesen polemischen Ausfall, dessen Hinsüßigkeit der Redner selbst kennen muß, da die Nord-Föderation den betreffenden Passus ausdrücklich zurückgezogen hat. (Auch des Ver.) Es ist auch ungerecht, wenn die Sozialisten behaupten, die gewerkschaftliche Aktion sei reformistisch, die politische revolutionär. Beide sind reformistisch in ihren Mitteln, revolutionär in ihren Zielen.

Meine Formel ist: Weder Bündnis, noch Krieg. Halten wir den status quo aufrecht, so weit die Statuten der Konföderation in Betracht kommen, erfüllen wir ihn aber mit einem neuen Geist, dem der gegenseitigen Achtung! Dann wird die Gewerkschaft die Hochschule der revolutionären Erziehung des Proletariats werden. Und das Wachstum unserer Scharen wird die Verwirklichung dessen, was wir erstreben, beschleunigen.“

### Fürsorgezöglinge wegen Mordes angeklagt.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Hirschberg, über deren Anfang wir am Sonnabend berichteten, endete mit der Verurteilung der drei jugendlichen Angeklagten.

Der Spruch der Geschworenen lautete gegen Wächner und Roschinsky auf Schuld des Mordes, gegen Schulz auf Schuld der Beihilfe zum Mord.

Das Gericht verurteilte den zur Zeit der Tat (11. Novbr. 1905) 18 Jahre alten Wächner zum Tode, den zur Zeit der Tat erst 17 Jahre alten Roschinsky zu 15 Jahren Gefängnis und den 21jährigen Schulz zu 10 Jahren Zuchthaus.

In der Verhandlung bestritten die Angeklagten ihre Schuld und widerriefen früher von ihnen dem Polizeikommissar gegenüber gemachte Geständnisse. Es traten außer dem Polizeikommissar Zeugen auf, die direkte oder indirekte Geständnisse der Angeklagten über ihre Täterschaft bekräftigten. Die Geschworenen mögen mit Recht angenommen haben, daß die Angeklagten die Täter waren. Anders liegt die Frage, ob den Geschworenen hinreichendes Material zur Beurteilung der Frage beigebracht ist, ob den jungen Leuten die entgegengesetzte Tat zugerechnet werden kann. Dem wenigen, was über die Resultate der Michelsdorfer „Fürsorgeanstalt“ bekannt und von uns wiedergegeben wurde, läßt sich aus den Zeugenaussagen nur nachtragen, daß der Kriminalkommissar Groot betonte, seine im allgemeinen über den Charakter der Fürsorgezöglinge gemachten Äußerungen könnten insofern mißverstanden werden, als man vielleicht annehmen könnte, daß er seinerseits diese Ausführungen auf sämtliche im Michelsdorfer Rettungshaus internierten Zöglinge bezogen wissen wollte. Er könne naturgemäß nur urteilen über die Zöglinge, mit denen er in Berührung gekommen war. Das waren etwa 30, während das Rettungshaus etwa 120 Zöglinge zählt. Er habe meist mit den älteren Zöglingen zu tun gehabt, die außerhalb der Anstalt waren. Ueber die Erziehung, über die Gründe für die Verwahrlosung der Fürsorgezöglinge vor der Aufnahme in die Anstalt ergab die Verhandlung nichts. Und doch wäre eine sehr eingehende Beweisnahme gerade hierüber dringend erforderlich gewesen, um ein Urteil darüber zu haben, ob nicht etwa die Fürsorgezöglinge in einem Grade durch ihre Erlebnisse als Kinder und in der Fürsorgeanstalt so verwahrlost waren, daß ihnen die Mordtat wegen geistigen und moralischen Defekts nicht zugerechnet werden konnte. Klar ergab die Verhandlung das eine: die mit religiösen Phrasen in der Fürsorgeanstalt „erzogenen“ jungen Leute legten nach ihrer Entlassung aus der Anstalt ein Vernehmen an den Tag, wie man's eigentlich nur bei Leuten erwarten könnte, die in einer Verbrecherschule erzogen sind. Und daß keineswegs nur die Angeklagten, sondern so ziemlich alle aus der Anstalt Entlassenen diesen Eindruck erwecken, ergibt das Zeugnis des Kriminalkommissars und der anderen Zeugen. Wüßten dürfte das Urteil keineswegs so scharf sein: die Fürsorgeanstalt und der in ihr lebende Weist ist an der sittlichen Verwahrlosung der Angeklagten zum mindesten in schwerer Weise mitschuldig. Das System unserer Fürsorgeanstalten ist weit davon entfernt, die Zöglinge zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen, die Ursachen zu beseitigen, die zur Verwahrlosung der Kinder geführt hatten: es züchtet geradezu den Verbrecher, dessen Veranlagung unsere herrliche Gesellschaftsordnung verschuldet hat. Wiederholt haben wir an einzelnen Beispielen und an der Hand der Statistik den gefährlichen Charakter des Systems unserer Fürsorgeanstalten dargelegt. Die Vervielfachung mit Bibelprüchen, die die Verurteilten reichlich beherrichten, ist das allerungeeignetste Mittel, jungen Leuten die Möglichkeit zum ehrlichen Kampfe ums Dasein zu verschaffen.

Das gegen die jungen Leute gefällte furchtbare Urteil ist eine noch furchtbarere Anklage gegen die Gesellschaft, die nicht willens oder unfähig zur Erziehung ist.

### Konferenz der erzgebirgischen Wirker.

Wuthardtsdorf i. G., 14. Oktober.

Im Gasthause am Auenberg versammelten sich heute 357 Delegierte der erzgebirgischen Wirker, die 108 Betriebe des Bezirkes vertreten, um zum zweiten Male in Sachen der Lohnbewegung, in die sie vor einiger Zeit eingetreten sind, um den gesteigerten Lebensmittelpreisen einigermassen entsprechende Lohnserhöhung, eine Regelung der Arbeitszeit und verschiedene andere Forderungen durchzusetzen.

Einleitende Ausführungen machte der Gauleiter Reichelt. Er verwies auf den Beschluß der letzten Konferenz, nach dem die Arbeiterausschüsse und Vertrauenspersonen, mit denen zu verhandeln die Fabrikanten zugestimmt hatten, bei diesen unter Vorlegung der Forderungen vorzulegen und sie bis zum 10. Oktober um Bescheid zu ersuchen. Er forderte die Ausschüsse auf, wahrheitsgemäße Berichte zu erstatten. Er tabelte sehr das Vorgehen der Kollegen in Hschopau, die auf eigene Faust die Arbeit eingestellt und... wieder aufgenommen haben, ohne die heutige Konferenz und deren Beschlüsse abzuwarten. Durch solches Verhalten schädige die Arbeiterklasse sich selbst und die Bewegung. So kam es auch in Hschopau. Der Vertrauensmann wurde entlassen, die Arbeiter ließen ihn nach, ohne den Gauleiter in Kenntnis zu setzen, und am anderen Tag ging die Mehrzahl wieder in die Fabrik und die anderen folgten bald, so weit sie eben wieder eingestellt wurden. Zum Schluß betonte Reichelt nochmals nachdrücklich die Notwendigkeit, daß die Beschlüsse unbedingt befolgt werden müssen, wenn Einheitsfront in der Verhältnis eintreten solle, andernfalls habe die umfangreiche Arbeit der Lohnbewegung keinen Wert.

Darauf erfolgten die Berichte der Fabrikantenausschüsse und Vertrauensleute, eine zeitraubende Arbeit, die vier Stunden in Anspruch nahm. In Bezug auf Bekräftigung der Arbeitszeit ist man dem Jehnstantentage sehr nahe gekommen; es sind sogar Zugeständnisse zu verzeichnen, wonach die effektive tägliche Arbeitszeit weniger als zehn Stunden beträgt, ein Beweis dafür, daß die Möglichkeit des Jehnstantentages besteht. Auch für die Möglichkeit der gesonderten 15prozentigen Lohnserhöhung sind praktische Beweise erbracht worden.

Der Gauleiter Reichelt gab nach Beendigung der Berichterstattung ein Resümee derselben und empfahl eine Resolution zur Annahme, die den guten Willen eines Teiles der Unternehmer anerkennt, die Lohnbewegung auf friedlichem Wege durch gemachte Zugeständnisse zur Erledigung zu bringen, die Konferenz ist jedoch nicht in der Lage, dieselben als befriedigend betrachten zu können. Mit Entrüstung hat die Konferenz von dem Verhalten derjenigen Fabrikanten Kenntnis genommen, welche jede Verhandlung ablehnen. Da nun die Arbeiterklasse der Wirkerbranche von den gestellten Forderungen nicht abgehen kann und wird, beauftragte die Konferenz die Verhandlung in Verbindung mit den Fabrikantenausschüssen, diejenigen Mittel in Anwendung zu bringen, die es ermöglichen, die gestellten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Einige Redner sprachen gegen diese Resolution und ersteten Beifall mit ihrer Forderung, auf der ganzen Linie in den Streit einzutreten. Der Verbandsvorstand und die Gauleitung warnen vor einem plötzlichen allgemeinen Streit und seine Folgen; sie waren vielmehr für den Kleinstreit, der in der Resolution angedeutet ist, die schließlich gegen eine Stimme angenommen wurde.

## Aus Industrie und Handel.

Die Börse ist beruhigt.

Die Industrie feiert großen Jahrmakel. Produktionsrekordziffern, Glanzdividenden geben diesen das Gepräge. Wohl haben die zu schwindelnder Höhe hinauf kletternden Preise der Rohmaterialien Halbzugpreise schon einige Bellemmung verursacht, aber die lockenden Gewinne ließen den wilden Tanz um das goldene Kalb noch nicht ins Stocken geraten. Sprunghaft gehen die Dividendenziffern nach oben, das macht tollkühn. Die trostlosen Nachrichten aus Rußland, die Ueberspannung am Geldmarkt, konnten den Optimismus nicht irritieren. Selbst skeptische Äußerungen in den Wertorganen, die etwas Vorsichtspolitik treiben, um näher die Hände in Unschuld zu waschen, störte den allgemeinen Taumel, die wilde Kurstreibererei nicht. Da schlug, gerade nicht wie eine Bombe, aber doch ziemlich kräftig die Nachricht von der Bewegung der Ruhrbergleute ein. Zunächst erholte man sich schnell wieder von dem Schreck, dachte an blinde Lärn. In den letzten Tagen sah die Börse die Sache aber doch als ernsthaft an, die Kurse mußten um circa drei Prozent nachgeben. Mittlerweile ist die Ansicht stark geworden, die Vergherren würden den Arbeitern entgegenkommen und damit Komplikationen vorbeugen. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß die Grubenbesitzer diesmal gemäßigtere Töne anschlugen, als vor zwei Jahren. Damals lehrte man sehr forsch den Herrn im Hause-Standpunkt heraus und die Frage der materiellen Berechtigung der Arbeiterforderungen wurde strikt verneint. Heute bestreitet man gar nicht, daß die Arbeiter eine gewisse Berechtigung zu ihren Forderungen haben, aber man schiebt die Schuld auf die Regierung, indem diese für die exzeptionelle Verteuerung der Lebenshaltung verantwortlich gemacht wird. Damit läßt man gleichzeitig eine kleine Rache wegen der damaligen vermittelnden Haltung, die die Regierung bei Ausbruch des Konfliktes einnahm. Weiter erklärt man, es seien in der letzten Zeit schon ziemlich erhebliche Lohnaufbesserungen eingetreten, diese müßten bei der jetzigen Forderung in Anrechnung kommen. Kurz und gut, die Haltung der Arbeiter läßt es die Herren rätlich erscheinen, ein Entgegenkommen zu zeigen. Das und die gleichzeitig verbreitete Ansicht, die Grubenbesitzer würden die Kosten der Lohnaufbesserung durch Preisaufschlag wieder ausgleichen, hat an der Börse wieder beruhigend gewirkt. Man hofft auf weiteres Anschwellen des Dividendenstromes.

Ueber die Lage im Ruhrkohlenrevier urteilt „Der Arbeitsmarkt“ folgendermaßen:

Seit 1905 hat sich die Geschäftslage im Kohlenbergbau fast von Monat zu Monat gebessert: die Ueberschüsse der Bechen, die Abschreibungen, Referten, die Reingewinne, die Dividenden und Ausbeuten haben kräftig zugenommen. Dagegen ist es Tatsache, und die amtliche Lohnstatistik erhärtet sie, daß die Erhöhung der Löhne ungenügend zugenommen hat. Die nominellen Löhne sind noch immer nicht auf dem Niveau des Jahres 1900 angelangt. Nur der Bezirk der staatlichen Saarbergwerke macht eine bemerkenswerte Ausnahme. Nun läßt sich aber weiter nicht bestreiten, daß die Nominallöhne des Jahres 1900 zur jetzigen Zeit eine wesentlich geringere Kaufkraft haben als vor sechs Jahren, weil namentlich das letzte Jahr eine solche Erhöhung der Lebensmittelpreise und zum Teil auch der Mieten gebracht hat, daß die Lebenshaltung sich merklich verschlechtert hat. Man braucht nur auf den amtlich festgestellten Niedgang des Fleischkonsums zu verweisen, von dem auch das rheinisch-westfälische Industriegebiet scharf betroffen wurde. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiterbevölkerung Rheinland-Westfalens ist trotz Steigens des Nominallohnes im letzten Jahre ungünstiger geworden. Diese Verschlechterung fällt nun aber in eine Zeit, wo das Einkommen aus Grund- und Kapitalbesitz in schneller Progression wächst. So wurde eine Situation geschaffen, die für den Arbeiter geradezu untraglich ist. Die verschiedenen Bergarbeiterorganisationen haben durch ihren einmütigen Beschluß einer fünfjährigprozentigen Lohnforderung der Stimmung in Bergarbeiterkreisen Rechnung getragen, und sie schieben die weitere Verantwortung für das, was kommt, den Bechenverwaltungen zu. An diesen liegt es, eine dem deutschen Wirtschaftsleben drohende Gefahr abzuwenden, indem sie das starke Mißverhältnis zwischen Lohn und Haushaltskosten durch Bewährung einer ausreichenden allgemeinen Lohnserhöhung beseitigen. Wehen die Bechenverwaltungen in sachlichem Ernste an die Prüfung der Lohnfrage heran, so kann es gar nicht ausbleiben, daß sie eine Verschlechterung des Reallohnes während der letzten Zeit feststellen müssen. Die Folge einer solchen Feststellung bedeutet aber im Prinzip die Bewilligung einer allgemeinen Lohnserhöhung. Ein Streit könnte dann nur noch über den Grad der Erhöhung entstehen, der aber durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sehr leicht beigelegt werden könnte. Stehen freilich die Bechenverwaltungen noch immer auf dem schroffen Standpunkte, den sie 1905 den Arbeitern gegenüber eingenommen haben, lehnen sie das Verhandeln mit den Delegierten der Organisationen ab, wollen sie in eine sachliche Prüfung der Lohnfrage überhaupt nicht eingehen, so treiben sie, die als Angestellte schließlich genau so wie die Arbeiter im Dienste anderer, seien es Aktionäre oder Gewerke, stehen, zu einem Konflikt, der nicht nur zum Nachteil des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus, sondern auch zu einer dauernden Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens führen müßte.

## Aus der Frauenbewegung.

Veranstaltungen — Versammlungen.

- Weißensee. Dienstag, 16. Oktober, bei Tschentscher, Langhansstraße 106: Öffentliche Versammlung. Berichterstattung vom Parteitag und von der Frauenkonferenz.
- Paulow. Donnerstag, 18. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Großfurt, Berlinerstraße 27: Vortrag. Dr. S. Lebensstein: „Sozialismus, Poesie, Wien und die Frauen“.
- Wilmersdorf. Sonnabend, 20. Oktober, im Luisenpark: Erstes Stiftungsfest.
- Brik. Die für den 18. angekündigte Generalversammlung fällt aus, sie findet am 25. Oktober statt.
- Charlottenburg. Mittwoch, 17. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3: Generalversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Berg: „Bedeutung der Alkoholfrage für die Arbeiterfrau“. Wahl des Vorstandes. Am 8. November Stiftungsfest.
- Reinickendorf. Mittwoch, 17. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Gräber, Hoppestraße: Vortrag der Frau Menzel: „Alkoholfrage und Arbeiterkonferenz“.
- Treptow-Baumgartenweg. Donnerstag, 18. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Christ, Marienhalerstraße: Vortrag des Fräulein Maria Krauß.
- Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Donnerstag, 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Kreisversammlung. Berichterstattung von der Frauenkonferenz, vom Parteitage und von der Provinzialkonferenz.
- Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung.
- Donnerstag, 18. Oktober: Kreisversammlung für Tempelhof im „Wilhelmogarten“, Berlinerstr. 9; für Neu-Tempelhof bei Müller, Berlinerstr. 41/42; für Mariendorf bei Reichardt, Chausseestr. 10.

Wasserstand am 15. Oktober. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,76 Meter, bei Magdeburg + 1,98 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathor + 1,56 Meter. — Rheingebiet + 1,94 Meter. — Oder bei Breg + 2,36 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,72 Meter.



Gegründet 1825.

# FR. HAHN

BERLIN C.25

Alexander-Platz.

## Sonder-Angebot in

# Damenkleiderstoffen u. Seidenstoffen

Von **Dienstag den 16. Oktober** bis **Dienstag den 23. Oktober** stelle ich grosse Posten Damenkleiderstoffe und Seidenstoffe zu nachstehend aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

### Wollene karierte Blusenstoffe

mit Jacquard-Effecten, regulärer Preis M. 1.60  
**Sonder-Preis M. 1.15**

### Wollene melierte Kleiderstoffe

in Cover-Coat- und Herrenstoff-Geschmack, regulärer Preis . . . . . M. 1.75  
**Sonder-Preis M. 1.30**

### Woll. blau-grün kar. Blusenstoffe

mit Atlas-Streifen, regulärer Preis M. 1.80  
**Sonder-Preis M. 1.35**

### Englische Kostümstoffe

Gediegene Qualitäten für Jacken, Kleider und fusafreie Sport-Röcke, regulärer Preis 2.40—2.80  
**Sonder-Preis M. 1.75**

### Damen-Tuche

Seidenglänzende, hochfeine Qualitäten, grosses Farbensortiment, regulärer Preis . M. 3.80  
**Sonder-Preis M. 2.70**

## Reste in Kleiderstoffen

passend für Blusen, Kinderkleider, Kostüm-Röcke

Serie	I.	II.
Im Werte bis M.	2.00	3.00 p. Mtr.
jetzt		
durchweg . . . M.	0.50	1.00 p. Mtr.

Serie	III.	IV.
Im Werte bis M.	5.00	7.50 p. Mtr.
jetzt		
durchweg . . . M.	1.50	2.50 p. Mtr.

### Seiden- u. Sammet-Reste

Serie	I.	II.
Im Werte bis M.	3.00	4.00 p. Mtr.
jetzt		
durchweg . . . M.	0.75	1.00 p. Mtr.

Serie	III.	IV.
Im Werte bis M.	6.00	9.00 p. Mtr.
jetzt		
durchweg . . . M.	1.50	2.50 p. Mtr.

### Reinseidene kleinkarierte Stoffe

in vornehmen modernen Farbenstellungen für Strassenkleider und Blusen geeignet, regulärer Preis . . . . . M. 3.20—3.50  
**Sonder-Preis M. 2.30**

### Reinseiden-Louisin

grossartige Farbensortimente, auch in weiss und crème für Brautkleider, regulärer Preis . . . . . M. 1.70  
**Sonder-Preis M. 1.35**

### Reinseiden-Merveilleux

in Schwarz, erprobte gediegene Qualität, regulärer Preis . . . . . M. 3.20  
**Sonder-Preis M. 2.30**

### Einfarbige Panne-Sammete

für Blusen und Besätze in allen Farben, regulärer Preis . . . . . M. 1.70  
**Sonder-Preis M. 1.25**

### Seiden-Blusen-Sammete

in bunt, gestreift und kariert oder einfarbig gepresst, grosse Farben- und Musterauswahl, regulärer Preis . . . . . M. 2.50—2.80  
**Sonder-Preis M. 1.75**

### Der Kenner



## raucht Kreti Pleti

10 Stück 55 Pf.

hochfeine unsortierte Vorstenden-Cigaren.

### J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:

Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.  
Chausseestr. 39/37, Ecke Schwarzkopffstr.

Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, E. Französ. Str.  
Gertraudenstr. Eck. Breitestr. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münst.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.  
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstr.

Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 146.

### Zentral-Pfandleihe

Heinrichsplatz I  
Ecke Oranien-Strasse.

Täglicher Verkauf  
verfallener Pfänder, bestehend in:  
Betten, Teppichen, Uhren,  
Ketten, Ringen, Herren-  
und Damen-Garderoben.

Spezialität:

Gute getrag. Herren-Garderoben  
in jeder Weise. (26102)  
Verdienst nur Zinsenberechnung.

Aus dem **Tagebuch** eines Möbel-Hauses!



## Das spricht ganze Bände!

Originale liegen in unserem Contor zur Einsicht auf.

Auf Grund der von mir eingesehenen Handlungsbücher bescheinige ich hiermit, dass die Firma M. Lechardt Neht, Berlin C, Spandauerstr. 34-39 in Ihrem hiesigen Geschäft in der Zeit vom 1. August bis 15. Oktober 06

100 Mk. 250 161.05 Waren Netto verkauft hat.

Berlin, den 15. Oktober 06.

ges. Emil Fey

Öffentlich angestellter beidseitiger Bücher-Revisor  
im Bezirk der Handelskammer Berlin.

Vorstehende Unterschrift etc. etc. beglaubige ich hiermit.  
Notariatsregister No. 487, Jahr 1906.

Berlin, den 15. Oktober 1906

ges. Friedrich Wiener, Notar im Bezirke des Königl. Kammergerichts.

M.  
L.N.

## Einzel-Verkauf in Pelz-Waren

zu Engros-Preisen in nur frischer garantiert fehlerfreier Ware in jeder Preis-lage im Engros-Geschäft  
Prenzlauerstr. 49  
parterre.

## Rote + Geld-Lotterie

Ziehung 23. 26. Oktober  
15 750 Geldgewinne  
Hauptgewinn: Mark

# 100 000

Originallose à M. 3.50.

(Porto u. Liste 30 Pf. extra.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.  
G. m. b. H., Bankgeschäft,  
Berlin, Friedrichstr. 151  
u. Andreasstr. 46a.

## MUSIK-WERKE aller Art.



gegen Monatsraten v. 2 Mk. an.  
Jahres-Katalog No. 686 gratis u. freet.  
Bial & Freund, Breslau II.

# A. WERTHEIM

## GEMÜSE-KONSERVEN

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.60, 1/4 Dose 85 Pf.	Bruchspargel I 1/2 Dose 85 Pf., 1/4 Dose 48 Pf.	Gemischtes Gemüse I 1/2 Dose 95, 1/4 Dose 53 Pf.
Stangenspargel I 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 58 Pf., 1/4 Dose 34 Pf.	Gemischtes Gemüse II 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Abschnittspargel 1/2 Dose 38 Pf., 1/4 Dose 24 Pf.	Gemischtes Gemüse III 1/2 Dose 45, 1/4 Dose 28 Pf.
Stangenspargel III 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Junge Schoten II 1/2 Dose 52 Pf., 1/4 Dose 32 Pf.	Echte Znamer Gurken Glas 1.20 Mk.
Riesenbruchspargel 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.	Schoten u. Karotten 1/2 Dose 60 Pf., 1/4 Dose 35 Pf.	Gewürzgurken Glas 75 Pf.
Bruchspargel extra stark 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Brech- u. Schneidebohnen 1/2 Dose 25 Pf.	Schmorgurken 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.
Bruchspargel 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.	Spinat 1/2 Dose 45, 1/4 Dose 28 Pf.	Mixed Pickles 1/2 Glas 65, 1/4 Glas 38 Pf.
Kohlrabi 1/2 Dose 25, 1/4 Dose 18 Pf.	Pfefferlinge 1/2 Dose 50, 1/4 Dose 30 Pf.	Cornichons 1/2 Glas 65, 1/4 Glas 40 Pf.
	Kaiserschoten extra 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.	
	Kaiserschoten 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.	
	Junge Schoten extra fein 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.	
	Junge Schoten I 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	
	Junge Schoten III 1/2 Dose 48 Pf.	
	Junge Schoten IV 1/2 Dose 38 Pf.	

## FRÜCHTE-KONSERVEN

6aure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose 95 Pf., 1/4 Dose 53 Pf.	Melange Früchte 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.	Pflaumen 1/2 Dose 45 Pf.	Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren, Birnen Glas 55 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 38 Pf.	Heidelbeeren 1/2 Dose 58 Pf., 1/4 Dose 35 Pf.	Birnen halbe Frucht, weiß und rot 1/2 Dose 70 Pf., 1/4 Dose 40 Pf.	Dunstfrüchte in Zucker
Kaiserkirschen ohne Steine 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.	Pflaumen in Essig und Zucker 1/2 Dose 75 Pf., 1/4 Dose 43 Pf.	Preisselbeeren 1/2 Dose 70 Pf.	Kirschen ohne Steine Glas 72 Pf.
Erdbeeren naturell 1/2 Dose 98 Pf., 1/4 Dose 55 Pf.		Preisselbeeren ca. 5 Pfd. 1.70, ca. 10 Pfd. 3.30	Himbeeren Glas 90 Pf.
		Apfelmus 1/2 Dose 58 Pf.	Pflaumen Glas 50 Pf.
		Apfelmus ca. 4 Pfd. 1.10, ca. 10 Pfd. 2.50	

## FISCH- u. FLEISCH-KONSERVEN

Bratheringe Dose 47 Pf.	Delikatess-Heringe in verschied. Saucen 1/2 Dose 83 Pf., 1/4 Dose 52 Pf.	Neunaugen Dose 95 Pf.	Ölsardinen Marke „Martell“ 1/2 Dose 45 Pf., 1/4 Dose 1.25
Bismarckheringe Dose 47 Pf.	Nordseekrabben 1/2 Dose 70 Pf., 1/4 Dose 40 Pf.	Russ. Sardinen Glas 25 Pf.	Ölsardinen Spezialmarke 1/2 Dose 65 Pf.
Hering in Aspic Dose 38 Pf.		Anchovis Glas 25 Pf.	Amieux Frères 1/4 Dose 90 Pf.
Aal in Gelee Dose 80 Pf.		Appetit Sild Dose 35 Pf.	
Corned Beef 2 Pfd. engl. Gewicht 1.60 Mk.		Ochsenzungen 4.25 Mk.	

## KOLONIAL-WAREN

Viktoria-Erbsen Pfd. 16 Pf.	Mittel Linsen Pfd. 38 Pf.
Kleine Erbsen Pfd. 15 Pf.	Grosse Bohnen Pfd. 24 Pf.
Glasierte Erbsen Pfd. 19 Pf.	Mittel Bohnen Pfd. 20 Pf.
Spalt-Erbsen gelb Pfd. 16 Pf.	Kleine Bohnen Pfd. 16 Pf.
Grüne Erbsen Pfd. 15 Pf.	Java-Reis Pfd. 25, 30, 38 Pf.
Grosse Linsen Pfd. 45 Pf.	Rangoon-Reis Pfd. 16, 20 Pf.

## GEBRANNT. KAFFEE

Mischung I	II	III	IV	V	VI	VII
Pfund 83 Pf.	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90
Feigen-Kaffee	Paket 15, 30 Pf.					
Karlsbader Kaffeegewürz	Paket 14, 28 Pf.					

## FLEISCHWAREN

Cervelat-Wurst in Rinddarm Pfd. 1.30	Kasseler-Rippespeer 95 Pf.
Salami-Wurst „ Pfd. 1.30	Gänsebrust Pfd. 1.45
Rot-Wurst Pfd. 55 Pf.	Prager Schinken 7-12 Pfd. schwer Pfd. 1.15 (zum Kochen und Backen)
Zwiebel-Wurst Pfd. 55 Pf.	

## SCHOKOLADE, KAKAO

Block-Schokolade Pfund 70 Pf.	Deutscher Kakao 75 Pf., 1.10
Haushalt-Schokolade Pfd. 80 Pf.	in 1/2, 1/4 und 1/8 Pfund-Paketen 1.30, 1.70
Deutsche Schokolade 1 Mk. 1.20	Holländischer Kakao
Ess-Schokolade fein geriebt Pfund 1.60	Pfd. 1.75, 2.10

Junge Gänse Pfd. 59 u. 65 Pf.

Schweizer Tafeläpfel Pfd. 13 Pf.  
Amerikaner Tafeläpfel Pfd. 15 Pf.

## MOSELWEIN

Ober Moseler 1/2 Fl. 55 Pf.
1903 er Burger „ 70 Pf.
1902 er Ernster Mark „ 75 Pf.
1903 er Zeltinger Puder 26 1.60 Mk. Kreuzung: Königl. Gymnasium Trier.
1903 er Graach. Himmelreich Fuder 38 2 Mk. Kreuzung: Königl. Gymnasium Trier.

## RHEINWEIN

1903 er Alsheimer 1/2 Fl. 70 Pf.
1903 er Lorcher „ 95 Pf.
1901 er Niersteiner „ 1.10 Mk.
1901 er Rüdesheimer „ 1.20 Mk.
1900 er Bing. Rochusberg 1.40 Mk.
1902 er Raenthaler „ 1.60 Mk.
1903 er Rüdesch. Rottland 1.60 Mk.

## BORDEAUXWEIN

1903 er Chât. Montagne 1/2 Fl. 85 Pf.
1900 er St. Vivien „ 95 Pf.
1902 er Beautiran „ 1 Mk.
1900 er Blauquefort „ 1.20 Mk.
1901 er Chât. La Tour Carnet 1.20 Mk.
1900 er Chât. de Parempuyre 1.25 Mk.
1900 er Chât. d'Aganac 1.50 Mk.
1900 er Crû Corneillan „ 1.40 Mk.
1900 er Chât. Cos. Labory „ 1.70 Mk.

Natürlicher Zitronensaft zur Kur, ohne Zucker 1/2 Fl. 85 Pf., 1/1 Fl. 1.60



Die Buchdrucker über den neuen Tarif.

Die Berliner Buchdrucker und der neue Tarif.

Am Sonntag fand im Zirkus Schumann die Versammlung statt, in welcher die Mitglieder des Vereins der Berliner Buchdrucker ihr Votum über die neuen Vereinbarungen abgaben. Der Raum, der für 8000 Personen Platz bietet, war überfüllt, so daß man sagen kann, die organisierten Buchdrucker Berlins waren nahezu vollständig vertreten. Die geringe Zahl der nicht anwesenden Mitglieder mag aus denen bestanden haben, die durch Krankheit und andere zwingende Gründe am Besuche der Versammlung verhindert waren. Die beiden ersten Referenten, Giesecke und Faber, verbreiteten sich über den materiellen Inhalt des Tarifs. Sie führten aus, daß die Gehältsvertreter sich nach Kräften bemüht haben, den Anträgen ihrer Kollegen Geltung zu verschaffen, leider sei aber nicht mehr zu erreichen gewesen, als das, was jetzt in den Vereinbarungen niedergelegt ist. Die Einführung des Berechnens an den Segmalstunden habe ja bestigen Unwillen bei den Kollegen hervorgerufen. Die Gehältsvertreter hätten aber auch diese bittere Wille schütten müssen, weil die Prinzipale erklärten, mit dieser Frage stehe und falle der ganze Tarif, sie müßten auf der Einführung des Berechnens bestehen, weil es der Verein der Zeitungsbereiter verlange. Die Prinzipale hätten darauf verwiesen, daß ja das Berechnen vor 5 Jahren nur unter der Bedingung abgeschafft worden sei, daß bei den jetzigen Tarifberatungen wieder über diese Frage verhandelt werde. Hätten die Gehältsvertreter damals nicht angenommen, dann wäre ja das Berechnen der Maschinenleger überhaupt nicht abgeschafft worden. — Wenn bei der Tarifberatung mancher Wunsch der Kollegen unerfüllt geblieben sei, so liege die Schuld nicht an den Gehältsvertretern, dieselben hätten, um den Kollegen doch etwas zu bringen, den vorliegenden Vereinbarungen zustimmen müssen.

Raffini, als dritter Referent, sprach über den Organisationsvertrag. Er sagte, daß der Tarif von Organisation zu Organisation abgeschlossen werde, das sei nicht nur eine Notwendigkeit, sondern ein Fortschritt für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Die Durchführung dieses Vertrages solle ja nicht mit dem ersten Tage seines Bestehens vollzogen werden, sondern es sei dafür eine Karenzzeit von 2 bis 3 Jahren festgesetzt, die, wenn beide Parteien es wünschen, noch verlängert werden könne. Der „Vorwärts“ habe geschrieben, die Druckereien, welche Eigentum von Partei und Gewerkschaften sind, könnten doch nicht dem Unternehmerverein beitreten. Der Redner meint, dieser Umstand werde keine Schwierigkeiten machen, denn die Unternehmer würden froh sein, wenn die Leiter der Partei- und Gewerkschaftsdruckereien nicht in ihre Organisation kommen. Er, der Redner, würde es aber gern sehen, wenn sie sich in die Unternehmerorganisation aufnehmen lassen und dort die Interessen der Arbeiter vertreten. Es würde ihn besonders freuen, wenn er unter solchen Umständen den Kommerzienrat Wüstenstein und Paul Singer in derselben Versammlung sehen könnte. Hinsichtlich der Schadenersatzpflicht, die der Vertrag den Organisationen auferlegt für den Fall, daß deren Mitglieder gegen den Vertrag verstoßen, sei dem „Vorwärts“ ein Irrtum passiert. In dem Kommentar seien Bestimmungen über Art und Höhe des Schadenersatzes festgesetzt. Die Ersatzpflicht beziehe sich nur auf die Fälle von Kontraktbruch, für die schon die Gewerbeordnung den einzelnen Arbeiter dem Unternehmer gegenüber haftbar macht, und die Höhe der Entschädigung sei geringer als die, welche nach Lage der Gesetzgebung und Rechtsprechung schon heute dem kontraktbrüchigen Arbeiter auferlegt werden kann. Ein Schadenersatz sei nur dann zu leisten, wenn die tariflichen Instanzen festgestellt haben, daß Kontraktbruch vorliege, und die Summe des Schadenersatzes solle dem Lohn entsprechen, der in der Kündigungszeit gezahlt werden müßte. Das sei für Berlin, wo die achtstägige Kündigung besteht, ein Wochenlohn. Auf der anderen Seite seien die Prinzipale zum Schadenersatz verpflichtet, wenn Maßregelung festgesetzt ist und zwar müsse dieser Schadenersatz als Strafe auch dann geleistet werden, wenn der Gemahregelte sogleich wieder andere Arbeit bekommen, einen Verlust an Verdienste also nicht gehabt habe. — Der „Vorwärts“ habe auch die Beteiligung der Unternehmer an der Arbeitslosenunterstützung getadelt. Redner sagt, er selbst sei für diesen Gedanken schon vor Jahren im „Korrespondent“ eingetreten, ohne deswegen kritisiert worden zu sein. Jetzt sei es gelungen, die Prinzipale zum Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, und wenn infolgedessen die Arbeitslosen 1—1,50 Mark pro Woche mehr bekämen, so müsse man das doch als eine Errungenschaft bezeichnen. — Ebenso, wie die beiden Vorredner die Annahme des Tarifs, so empfahl Raffini die Annahme des Organisationsvertrages. — Die drei Referenten fanden am Schluß ihrer Reden teilweisen Beifall.

Die Verlesung einer Depesche aus Königsberg in Preußen, welche mitteilt, daß die dortige Versammlung mit Zweidrittelmehrheit den Tarif abgelehnt hat, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Der Vorsitzende verlas fünf aus der Versammlung eingelaufene Resolutionen, die alle die Ablehnung des vorliegenden Tarifvertrages forderten.

Hierauf folgte die Diskussion. Der erste Redner, Maschinenleger Russial führte aus, die Einführung des Berechnens habe große Entrüstung bei den Maschinenlegern hervorgerufen. Auch die Gehältsvertreter hätten die Angelegenheit zu einer Kardinalfrage machen sollen. Der Redner verwies noch auf weitere Bestimmungen des neuen Tarifs, die er als Verschlechterungen bezeichnete und meinte, das Ergebnis der Tarifberatungen könne so gekennzeichnet werden: Die Prinzipale haben uns drei Dhrseigen angeboten, eine haben wir abgehandelt, zwei haben wir erhalten, und damit sollen wir zufrieden sein. — Schleffler und Wurmeister kritisierten den neuen Tarif in seinen Einzelheiten, traten für Ablehnung desselben ein und forderten erneute Verhandlungen.

Der Vorsitzende sprach hauptsächlich die allgemeine Situation, wie sie durch die Tarifverhandlungen geschaffen ist. An einer Gegenüberstellung der von beiden Parteien gestellten Anträge mit den getroffenen Vereinbarungen zeigte er, daß keine einzige Forderung der Gehältsvertreter erfüllt worden ist, während die Prinzipale in der Hauptsache alles erreicht haben, was sie forderten. Das schlimmste sei der Organisationsvertrag. Dieser müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Wenn Raffini wünschte, Singer möge als Mitglied des Unternehmervereins dem Kommerzienrat Wüstenstein gegenüber die Interessen der Arbeiter vertreten, so möge man doch bedenken, daß seit 15 Jahren die Intelligenz der Kollegen mit den Prinzipalen zusammen verhandelt, ohne daß es ihnen gelungen sei, wesentliche Vorteile für die Kollegen herauszuschlagen. — Die Bestimmung, daß nur Verbandsmitglieder beschäftigt werden sollen, beziehe sich ja nur auf die Einstellenden, die gegenwärtig in Arbeit befindlichen Unorganisierten könnten also an ihren Plätzen bleiben und die Unternehmer würden schon dafür sorgen, daß sie sich möglichst viele Unorganisierte erhalten können. — Als Vorsitzender des Schiedsgerichts solle, wie Redner gehört habe, ein Rechtsanwalt ansetzen sein, der die Rechtsgeschäfte des Herrn Wüstenstein führt. Sollte diese Mitteilung auf Wahrheit beruhen, dann sei die Leitung des Schiedsgerichts keine unparteiische. — Raffini habe es als eine Errungenschaft bezeichnet, daß die Kontraktbruchstrafe, welche der Vertrag den Arbeitern auferlegt, geringer sei als die, welche nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung eintritt. Diese Vertragsbestimmung finde aber nur für den Fall Anwendung, daß der Verband keine Unterstützung gewährt. Nun gebe es aber doch Fälle, wo ein Kontraktbruch aus höheren gewerkschaftlichen Interessen geboten sei und durch den Verband unterstützt werden müsse. In solchen Fällen werde nach den Bestimmungen des Vertrages der Verband zum vollen Schadenersatz herangezogen.

Wie könne man da von einer Errungenschaft sprechen. Um aus diesem Vertrage Vorteile für die Gehältsvertreter herauszuschlagen, dazu gehöre schon die Schamhaftigkeit der drei Juristen. Unter stürmischem Beifall schloß der Redner mit der Aufforderung, sowohl den Tarif wie den Organisationsvertrag abzulehnen und eine außerordentliche Generalversammlung zur Entscheidung über die Angelegenheit einzuberufen. Die Kollegen sollten den Unternehmern zeigen, daß sie zu 80 Prozent organisiert sind und daß ihnen deshalb gewährt werden muß, was sie notwendigerweise fordern.

Hierauf sprachen noch fünf Redner gegen den Tarif, darunter auch ein Vertreter der Stereotypen, welcher erklärte, daß seine Kollegen dem Tarif, wie er jetzt gestaltet ist, nicht beitreten können. Für den Tarif trat nur Krätke ein, der als Vertreter der Maschinenmeister an den Verhandlungen teilgenommen hatte. Die übrigen Diskussionsredner übten, wie gesagt, eine ganz entschiedene Kritik an dem Tarif und plädierten für dessen Ablehnung.

Zu ruhiger Haltung und mit gespanntem Interesse folgten die Zuhörer den oft recht scharfen, immer aber durchaus sachlichen Darlegungen der Redner. Jedemal, wenn ein Redner in besonders markanten Äußerungen die Abmachungen kritisierte, namentlich aber dann, wenn er die strikte Ablehnung des Tarifs forderte, durchbrauten tosende Beifallsstürme das Haus und legten Zeugnis ab von der Stimmung der Zuhörer, die sich im übrigen einer musterhaften parlamentarischen Ordnung befleißigten.

Nachdem die Versammlung fast vier Stunden gewährt hatte und die Zeit herangerückt war, wo der Zirkus geräumt werden müßte, beantragte Dahlle den Schluß der Diskussion mit der beifällig aufgenommenen Begründung, der Tarif könne ja doch nicht mehr totet geschlagen werden, als er schon sei. — Einstimmig wurde der Schlußantrag angenommen. Ebenfalls einstimmig gelangte die folgende Resolution zur Annahme:

Die am 14. Oktober versammelten Gehältsvertreter des Tarifkreises VIII lehnen den vorgelegten Tarif ab und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Die 10prozentigen Aufbesserungen entsprechen nicht den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und werden durch die Neuverteilung der Staffeln zum Teil illusorisch gemacht. Außerdem verlangen wir die Aufbesserung für alle Gehältsvertreter.
2. Hätte die Gehältsvertreter in der Frage der Arbeitszeitverlängerung mehr Entgegenkommen erwartet.
3. Das Berechnen an der Segmalstunde in Verbindung mit der Verlängerung der Arbeitszeit für Maschinenleger um eine halbe Stunde ist für die Gehältsvertreter unannehmbar.
4. In dem Beschluß zu den Arbeitsnachweisen unter Ziffer 1 ist in keiner Weise die Parität gewahrt, da es sonst noch heißen müßte: der Prinzipal muß jeden ihm zugewiesenen Gehältsvertreter einstellen.
5. Dem Organisationsvertrage in seiner vorliegenden Fassung kann die Versammlung nicht zustimmen, weil derselbe Paragraphen enthält, die in ihrer Auslegung zu weitgehenden Folgen führen müssen, die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen geradezu verhindern und sonst noch geeignet sind, die ganze gewerkschaftliche Bewegung lahmzulegen.

Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand, neue Verhandlungen mit der Prinzipalität auf dieser Grundlage in die Wege zu leiten. Sollte die Prinzipalität erneute Verhandlungen ablehnen, so ist unbedingt eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.

Raffini bemerkte zum Schluß, der Vorstand werde mit der Resolution auch das Protokoll der Versammlung dem Zentralvorstande übermitteln, der das Weitere zu veranlassen habe. Jetzt sei die Ruhe die erste Bürgerpflicht, das heiße, die Kollegen sollten ruhig ihre Arbeit verrichten, damit in diesen schweren Stunden jede Zuspätkommen aus den Reihen der Kollegen ferngehalten werde. — Mit einem rauschenden Hoch auf den Buchdruckerverband schloß die imposante Versammlung.

In Dresden wurde der Tarif sowohl wie der Organisationsvertrag nach einem Referate Döhlins einstimmig angenommen.

Am Sonnabend nahmen auch die Königsberger Buchdrucker Stellung zu der stattgefundenen Tarifrevision. In dieser Versammlung waren auch Kollegen aus den benachbarten Provinzstädten gekommen, und besonders hatten die Druckerei Braunsberg, Heiligenbeil und Labiau zahlreiche Vertreter gesandt. Der Gauvorsteher Vehrendt referierte; aber so sehr er auch mit der ganzen Wucht seiner allgemein beliebten und verehrten Persönlichkeit für die neuen Vereinbarungen eintrat, er vermochte dadurch seinen Kollegen den neuen Tarif nicht schmackhafter zu machen. Auch der Vorigende des Ortsvereins, Genosse Kleinowski, und der Gauassessor Sittenberg konnten die Enttäuschung über den neuen Tarif nicht verhehlen, ihre Worte fanden nur bedingungsweise Anklang und schließlich verhallte alles unter dem Sturm der entgegengelegten Ansichten. Besonders schwer fiel ins Gewicht, daß die Gehältsvertreter die Segmalstunden dem Berechnen preisgegeben, wodurch das Heer der Konditionslosen um mehr denn 2000 Personen pro Jahr vergrößert werden wird, und mit Hohngelächter wurde die Vorschlast über die verkürzte Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche aufgenommen, das macht für den Tag 5 Minuten. Nachdem die Versammlung von 8 1/2 Uhr abends bis gegen 4 Uhr des Sonntags früh getagt, wurde mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Versammlung lehnt die bei der Tarifrevision geschlossenen Vereinbarungen entschieden ab. Die Versammlung bedauert aufs lebhafteste, daß die Gehältsvertreter zu derartigen geringen Zugeständnissen und teilweise bedeutenden Verschlechterungen, ohne die Gehältsvertreter um ihre Meinung zu befragen, ihre Zustimmung gegeben haben, und beschließt, sich an die getroffenen Vereinbarungen in der jetzigen Form auf keinen Fall zu halten.

Eine am Sonntag in Düsseldorf abgehaltene Versammlung der Maschinenlegervereinigung Rheinland-Westfalens beschäftigte sich mit dem dem Buchdrucker tarif eingesetzten Segmalstundentarif. Gegen vier Stimmen machte sich die Versammlung die von uns mitgeteilte ablehnende Resolution der Berliner Maschinenleger zu eigen.

Eine ebenfalls in Düsseldorf tagende Bezirksversammlung des Buchdruckerverbandes lehnte den Tarif in allen seinen Teilen ab.

Der Frankfurter Maschinenleger-Verein nahm die Berliner Resolution bei einer Stimmhaltung mit folgendem Zusatz an: „Die Versammlung spricht unseren Experten das tiefste Mißtrauen aus und kann es nicht verstehen, wie selbst unser Zentralkommissionsvorsitzender als Experte diesem Tarife seine Zustimmung geben konnte bezw. denselben schaffen half. Sie ersucht den Kollegen, seinen Voten als Zentralkommissionsvorsitzender nachzugehen.“ Zu erwähnen ist noch, daß der in der Versammlung anwesende Vorsitzende des Darmstädter Maschinenlegervereins sich gleichfalls sehr scharf gegen den beschlossenen Maschinentarif wandte.

Die Frankfurter Buchdrucker werden am Donnerstag in einer Versammlung noch einmal Stellung zu dem neuen Tarife nehmen. Wie uns mitgeteilt wird, ist der zustimmende Beschluß der früheren Versammlung nur dadurch zustande gekommen, daß der Referent der Versammlung mitteilte, alle Gehältsvertreter erhielten die zehnprozentige Zulage. Wie jetzt aber im „Korrespondent“ zu lesen ist, soll jedoch diese Lohnerhöhung nur einem Teil der Buchdrucker zufallen.

Eine am Sonntag im „Trianon“ zu Dresden abgehaltene, von über 1200 Personen, auch aus der Provinz, besuchte Buchdrucker-

gehältsvertreterversammlung erklärte sich gegen eine starke Minorität mit dem Tarifabmachungen einverstanden unter der Bedingung, daß auch den mit mehr als drei Mark über das Minimum entlohnten Gehältsvertretern eine Zulage gewährt wird, und forderte unbedingt die Erhöhung des Lokalzuschlages von 17 1/2 auf 20 Prozent, um mit Leipzig auf die gleiche Stufe zu kommen.

Der erste Nürnberger Krawallprozess.

Nürnberg, 13. Oktober.

Der schon erwähnte Zeuge Steiger, der der Streikleitung angehörte, befand sich unter Eid, daß er nach Ausbruch des Streiks Arbeit gefunden hatte, aber schon nach acht Tagen auf Betreiben des Direktors Maurer von den Unionwerken wieder entlassen wurde und auch bis heute nicht wieder untergekommen ist. Dieser Herr Maurer konnte gar nicht genug von dem angeblichen Terrorismus der streikenden Arbeiter erzählen, während er selbst gegen Arbeiter, deren Wiedereinstellung selbst bedingungslos, er mit der größten Entschiedenheit verweigerte, derartige Mittel anwendet, um sie überhaupt brotlos zu machen. Das kennzeichnet den Charakter dieses Herrn, der sich auf den wohlwollenden Arbeitgeber hinauspielt, zur Genüge.

Interessant und eindrucksvoll wirkte die Aussage des Gastwirts Hansenhütter vom „Braunen Hirschen“, in dessen Wirtschaft die Streikenden verkehrten: Am 18. August kamen eine Anzahl Streikende früh in meine Wirtschaft und sagten, heute würden einige Leute mehr kommen; sie hätten beschlossen, den Streik zu beenden und wollten sich nun zum Abschied noch ein paar vergnügte Stunden machen, weil verschiedene von ihnen abreisen müßten. Wirklich sind auch dann eine Anzahl mehr jezt gekommen. Sie haben sich genützlich unterhalten, zu einer Juchharmonika allerlei Lieder gesungen und sich sonst auf allerlei harmlose Art vergnügt. Nun hatte früher der Arbeitswille Schürpfer bei mir zu Mittag gegessen. Er ließ öfters gegen die Streikenden ohne Anlaß Stiefelreden fallen, wie z. B.: „Ihr habt ja keine Stiefelsohlen mehr“ u. dergl. Ich habe ihm dann gesagt, wenn er nochmals derartige Redenarten führe, würde ich ihm nichts mehr verabreichen, so gut wie ich nicht dulde, daß sich die Streikenden an ihm reiben, dulde ich auch nicht, daß er sie verhöhnt. Darauf kam er abends zu mir und fragte mich, ob das mein Ernst gewesen sei. Ich erklärte ihm, es sei mein voller Ernst gewesen, worauf er nicht mehr kam, sondern in der gegenüberliegenden Wirtschaft „zur Union“ verkehrte. Wenn ich drauhen vor meiner Wirtschaft zu tun hatte, habe ich auch öfters ungehörige Redenarten von den Arbeitswilligen gehört, z. B.: „Das ist der Wirt, der die Lumpen ausgenommen hat.“ Am 17. August sah Schürpfer in der Wirtschaft „zur Union“ am offenen Fenster und machte lange Zeit Grimassen und Handbewegungen gegen die Streikenden, die in meiner Wirtschaft am Fenster saßen, worauf schließlich Fleischmann mit einigen anderen in das Lokal der Arbeitswilligen hinüberging; wenn ich dagewesen wäre, so hätte ich mich bemüht, sie zurückzuhalten. Ich sah dann Fleischmann ruhig drüben am Fenster sitzen. Einige andere Streikende hatten bald darauf vor der Wirtschaft „Union“ eine Schieberlei mit Arbeitswilligen. Abends hatten sich ziemlich viel fremde Personen auf der Straße angeammelt. Als in den Unionwerken der Pfiff zum Fabrikschluß ertönte, hat Fleischmann nicht das Zeichen zum Verlassen meiner Wirtschaft gegeben. Die Leute sind hinausgegangen, ohne daß ein Aufruhr erfolgte.

Der Staatsanwalt bemerkte, des Zeugen Kinder hätten am 17. August zu anderen Kindern gesagt, heute gehe es los, es kämen noch 50 Mann, worauf Zeuge erwidert, davon habe er erst Kenntnis erhalten und gestern seine Kinder ins Bett genommen, die ihm unter Weinen beteuert hätten, daß sie nichts derartiges gesagt hätten.

Auf Veranlassung des Verteidigers Dr. Süßheim wird konstatiert, daß ein recherchierender Schumann in seinem Protokoll den Vermerk gemacht hat, „der Zeuge Hansenhütter sei ein eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei“. Ob etwa durch diesen Vermerk dem Zeugen die Glaubwürdigkeit abgesprochen werden solle? Anders konnte er sich nicht erklären, was eine solche Bemerkung in den Akten zu tun habe.

Auf eine Anzahl anderer Entlastungszeugen wird von den Verteidigern verzichtet, da es sich um Streikende handelt, deren Vernehmung voranschreitlich abgelehnt wurde. Die Beweisaufnahme wird darauf geschlossen.

Rechtsanwalt Dr. Süßheim stellt nunmehr den Antrag, die Anklageschrift im Dresdener Prozess, von der die Verteidigung eine beglaubigte Abschrift herbeigeschafft hat, verlesen zu lassen. In Dresden seien bekanntermassen ebenfalls Ausschreitungen noch schwererer Art vorgekommen. Durch die Verlesung der Anklageschrift soll den Geschworenen Gelegenheit gegeben werden, zu sehen, wie anderwärts derartige Ausschreitungen bewertet werden. Obwohl die Dresdener Vorfälle wesentlich größer waren, sowohl was die Zahl der beteiligten Personen als die Zahl und die Schwere der Straftaten betrifft, habe dort der Staatsanwalt nicht schon von vornherein Landfriedensbruch angenommen, sondern bloß Widerstand, Körperverletzung usw. Der Staatsanwalt und der Vorsitzende halten die Verlesung für überflüssig, da die Geschworenen nicht an die Anschauung des Dresdener Staatsanwalts gebunden seien. Nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß die Verteidiger in ihrem Plaidoyer auf die Anklageschrift zu sprechen kommen könnten, wird der Antrag zurückgezogen. Darauf wird zur Formulierung der Fragen geschritten, deren 39 gestellt werden. Die Hauptfrage lautet auf Verbrechen des Landfriedensbruchs, die Unterfragen auf Körperverletzung, mildernde Umstände usw.

Am 12. Oktober morgens beginnen die Plaidoyers. Der Staatsanwalt hält alle Merkmale für gegeben, die einen schweren Landfriedensbruch als vorliegend erscheinen ließen. Diese Handlung müßte mit Zuchthaus bestraft werden. Er beantragt, die Fragen auf Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung zu bejahen und die Frage auf mildernde Umstände bei den Angeklagten Braun, Müller und Odörfer zu verneinen, bezüglich der Angeklagten Weitengruber und Wohlleben enthält er sich des Urteils auf Verjahung mildernde Umstände. Die Verteidiger weisen in eindrucksvollen Plaidoyers darauf hin, daß die Sache ungeheuer aufgebläht ist, daß sich in der ganzen Verhandlung nur vier Verlechte vorgestellt haben, die nach dem Zeugnis der Sachverständigen durchwegs nur leicht verletzt waren, und daß von einem Landfriedensbruch gar keine Rede sein könne, da nachgewiesen ist, daß keinerlei Verabredung stattfand, die Angeklagten mit Ausnahme des Braun nicht einmal Stöcke als Waffen trugen, vielmehr die Arbeitswilligen mit allen möglichen gefährlichen Instrumenten betrafft waren. Es könne nur von Körperverletzung die Rede sein.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung verkünden die Geschworenen den Wahspruch. Die Frage auf Landfriedensbruch wird verneint in der Richtung gegen alle Angeklagten. Dagegen werden für schuldig befunden: Braun vier Vergehen der gefährlichen Körperverletzung, Müller zwei Vergehen der gefährlichen Körperverletzung, Odörfer drei Vergehen der gefährlichen Körperverletzung, Wohlleben und Weitengruber je eines Vergehens der leichten Körperverletzung. Bei Braun, Müller und Odörfer wird die Frage auf mildernde Umstände verneint, bei Weitengruber und Wohlleben bejaht. Der Staatsanwalt beantragt gegen Braun ein Jahr sechs Monate, gegen Müller neun Monate, gegen Odörfer ein Jahr, gegen Weitengruber drei und gegen Wohlleben vier Monate Gefängnis. Das Urteil lautet: Braun ein Jahr sechs Monate, Müller sieben Monate, Odörfer ein Jahr, Weitengruber und Wohlleben je ein Monat Gefängnis. Die Unterjudungschaft wird nicht angedrängt. Weitengruber und Wohlleben werden aus der Unterjudungschaft sofort entlassen.



**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
 59 Moritzplatz 59  
 Ecke Stallschreiberstraße.  
 Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.  
**Extra-Abteilung**  
 verliehen gewesener Möbel.  
 Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

**Rester-Wandrey**  
 Rester Ein- u. Verkauf f. Schneiderartikel u. Kinder-garderoben. Wassertorstr. 64.

Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige daraus Anzüge od. Paletots nach Mass, schnell, dauerhaft. Zusätzl. von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, I.

**H. & P. Uder**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
**Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.**  
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
 Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
 Amt 4, 3014.

**Cognac und Rum selbst zu bereiten!**  
**Reichel's echter Cognac-Extrakt.**  
 Keine künstliche Essenz, sondern ein echtes Naturprodukt, ein Destillat oder französischer Weine, höchst konzentriert. (Methode der Charente.)  
 Nur in Originalflaschen à 75 Pf., — fine Champagne \*\*\* Fl. 1.25 M.  
 Eine Flasche 2 1/2 Ltr. Cognac von vollem, naturreinem Geschmack u. feinem Bouquet, besser wie mancher französ. Marke.  
**In Deutschland unerreicht und einzigartig.**  
 Bedeutendster Import aus den Produktionsländern.

**Reichel's Jamaica-Rum-Extrakt.**  
 Keine künstliche Essenz, sondern ein direktes Produkt des echten Jamaica-Rum in höchst konzentrierter Form.  
 Nur in Originalflaschen à 75 Pf., Extra Qualität \*\*\* 1.25 M.  
 Eine Flasche 2 Ltr. Rum von edlem natürlichem Aroma u. feinem, kräftigem Geschmack. Vorzüglich zu Tee und Grog.  
**Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch und berechne sich die enorme Ersparnis!**  
 Bei 6 Flaschen die 7te gratis.  
**„Die Destillierung im Haushalt“**  
 Wertvolles, illustriertes Rezeptbuch zur Selbstbereitung sämtlicher Liköre etc. **Gratis!**

**Otto Reichel**, Berlin SO., Eisenbahn-Str. 4.  
 Größte Spezialfabrik Deutschlands.  
 Niederlagen in ganz Deutschland in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.  
 Lassen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen!  
 Echt ist allein das Original-Produkt mit Marke **Lichterz.** Es gibt keinen Ersatz!  
**Reichel-Spiritus**, fl. Weingeist, 96 Vol. Proz. Ltr. 1.50  
 von höchster Reinheit, nur in Originalfüllungen mit unversehrtem Verschlussstreifen.



Wir klagen an!

**PATENT**  
 Bureau Wolters & Co.  
 Anwalt v. Patent, Lit. u. Ausw. Verwert. Finanzier. 1 Ref. Coult. Besingung. 10-11-12, Sonn. 11-12.

**„Blut und Eisen“**

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit  
 von **Hugo Schulz.**  
 Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfennig.  
 Soeben ist Heft 2 ausgegeben!

Zu beziehen durch die Expedition des Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden), alle Parteispeditionen und Kolporteurs.

**M. Schulmeister**  
 Schneidermeister  
**Dresdenerstr. 4**  
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
**Moderne Herren- u. Knaben-Garderobe.**

Winter-Paletots v. 18,50 b. 58 Mk.
Jackett-Anzüge . 17,50 . 50 Mk.
Rock-Anzüge . 26, . 54 Mk.
Gehrock-Anzüge . 32,50 . 62 Mk.
Loden-Joppen . 8, . 25 Mk.
Anzüge nach Maß von 44 Mk. an
Paletots . . . . 40 Mk. .

9489L\*

**Feste Preise.**

**Der Kenner**  
 der sich den Genuss von solchem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals veräumen, bei Einkauf desselben ausdrücklich zu verlangen

**M. Krügers Speise-Leinöl**  
 und auf nebenstehend abgebildete, geschliffene Leinöl-Flaschen mit Etikett „Spreewälderin“ zu achten; denn

**M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste**  
 täglich frisch und garantiert rein. Dasselbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorkost-Geschäften zu haben.

Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstraße 105.

**Pichelswerder.**  
 Sonntag, den 21. Oktober: Wurst- und Weißfleisch-Essen von früh 9 Uhr ab. 69 Label dazu ergeht ein **Der alte Freund.**

**Achtung! Achtung!**

Den geehrten Vereinen, Gewerkschaften und Gastwirten zur gefl. Kenntnis, daß unter Mitwirkung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission der **Tanzlehrer-Verein „Solidarität“** und der **Verband Berliner Tanzlehrer** sich unter dem Namen **Tanzlehrer-Verband „Solidarität“ Berlins und Umgegend** vereinigt haben.

Wir bitten nun, das beiden Vereinen bisher geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch auf die neue Vereinigung zu übertragen.

Bestellungen sind zu richten nach dem **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer No. 15 (Briefkasten am Büfett), Amt 4, 4407, sowie **Restaurant Pavel**, Große Frankfurterstraße 99, Amt 7, 3591.

**Der Vorstand.**

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Bruder und Schwager, der Buchdrucker **Franz Semmler** nach schwerem Leiden verstorben ist. Bitte **Marie Semmler.**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Kummelsburgerstr. 76, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.**  
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchdrucker **Franz Semmler** verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 16. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Kummelsburgerstraße 76, nach dem Friedhof Lichtenberg, Knugstege, aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Schönhausen.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser eifriges Mitglied **Hermann Märten** am 14. Oktober verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Kirchhofes in der Buchholzerstraße aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl. (Bezirk Berlin.)**  
 Am 14. d. Mts. verstarb unser Mitglied **Hermann Merten** in Nieder-Schönhausen.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Nieder-Schönhausen, Buchholzerstr. 9a, statt **29575**  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Döpler Deutschlands. Filiale Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Freitag, den 12. Oktober, verstarb unser Kollege **Emil Pachur** im Alter von 45 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt. **24173**  
 Rege Beteiligung erwartet **Die Verbandsleitung.**

**Tanzlehrerverband Solidarität.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tanzlehrer **Emil Pachur** gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. **Treffpunkt: 2 1/2 Uhr bei Münzer Nothl., Rixdorf, Aniebelstraße.**  
**Der Vorstand.**  
 J. A. Richard Holariich.

**Karl Ladwig**  
 fagen wie allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen tiefgefühltesten Dank. **29732**  
 Witwe Ladwig. Emma Ladwig.

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.  
**Stempel-Fabrik** von **Robert Hecht**, Berlin S., Oranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.  
**Rautdruck-Typen „Perfekt“** zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 Mk. an.

**Dr. Simmel**, Prizen-Str. 41, J. Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Für die uns aus Anlaß unserer **25-Jährigkeit** bewiesenen Aufmerksamkeit sagen besonders dem **Oranienburger Kreisverein „Freiwilliger Harmonie“** sowie der 3. Abteilung der Volksbühne und der 6. Abteilung des Bahncorps herzlichsten Dank **20765**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 14. Oktober verstarb unser Mitglied, der Zimmerer **Wilhelm Kaube** (Begit 100, Hagelbergerstr. 3).  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalem-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser ehemaliges Mitglied, der Töpfer **Emil Pachur** nach langjähriger Krankheit verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Döpler Deutschlands. Filiale Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Freitag, den 12. Oktober, verstarb unser Kollege **Emil Pachur** im Alter von 45 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt. **24173**  
 Rege Beteiligung erwartet **Die Verbandsleitung.**

**Tanzlehrerverband Solidarität.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tanzlehrer **Emil Pachur** gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. **Treffpunkt: 2 1/2 Uhr bei Münzer Nothl., Rixdorf, Aniebelstraße.**  
**Der Vorstand.**  
 J. A. Richard Holariich.

**Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
 Verwaltungsstelle Berlin I.  
 Hierdurch bringe den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Karl Neundorff**, Leitergerüstbauer, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Friedhofes in Mariendorf aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.  
**Stempel-Fabrik** von **Robert Hecht**, Berlin S., Oranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.  
**Rautdruck-Typen „Perfekt“** zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 Mk. an.

**Dr. Simmel**, Prizen-Str. 41, J. Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Bettfedern u. Betten**

**H. Schonert**, Oranienstraße 12 (Ecke Heinrichs-Platz). Gleditschstraße 49 (am Winterfeldt-Platz).  
 Bettfedern-Dampfreinigung. Eigene Polsterwerkstatt. Eigene Steppdeckennäheri.

Bettfedern, das Pfd. v. 0.50 bis 6.— Mk.
Tannen . . . . . 2.50 . 10.—
Betten, der Stand . . . . . 12.— . 120.—
Steppdecken (Seidenfäden von 6.— Mk. an)

Metallbettstellen . . . . . von 5.— Mk. an  
 Kinderbettstellen . . . . . 7.50 .  
 Polsterbetten . . . . . 6.75 .  
 Polstermatratzen . . . . . 3.75 .  
**Kinderwagen (nur Heinrichsplatz).**

**Maggi's Erbswurst-Suppe in Würfeln**

Sehr ausgiebig! Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2 große Teller. Man achte genau auf den Namen **MAGGI.**

# Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 16. Oktober 1906, abends 8 Uhr:

## Partei-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- |  |   |
|--|---|
| <p>1. Wahlkreis: <b>Dräsel</b>, Neue Friedrichstr. 35.</p> <p>2. " <b>Hofjäger-Palast</b>, Hasenheide 52/53.</p> <p>3. " <b>Buggenhagen</b>, Moritz-Platz.</p> <p>4. " <b>Breuer (Königsbank)</b>, Gr. Frankfurterstr. 117.</p> <p>5. " <b>Altes Schützenhaus</b>, Finienstr. 5.</p> | <p>6. Wahlkreis: <b>Germania-Prachtsäle</b>, Chaussee-<br/>straße 103.</p> <p><b>Rixdorf: Hoppes Saal</b>, Hermannstr. 48/49.</p> <p><b>Charlottenburg: Volkshaus</b>, Rosinenstr. 3.<br/>(Vorstands- und Revisionsbericht.)</p> <p><b>Schöneberg: Obst</b>, Meiningenstr. 8.</p> |
|--|---|

Tagesordnung: 1. **Berichterstattung vom Mannheimer Parteitag.**  
2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 4. Diskussion. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

### Mitgliedsbuch legitimiert!

Das Erscheinen aller Parteigenossen erwarten

Die Vorstände.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Morgen Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller,  
Kloppenstraße 29:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
für sämtliche Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung:  
Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse  
unter dem neu abzuschließenden Verträge. — Werkstattrechts und  
Differenzen. Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
Die Ortsverwaltung.  
94/18

**Kammacher!**  
Dienstag, den 16. Oktober, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Englischen  
Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Branchen-Versammlung**  
der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarstumpf-  
Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere Forderungen an die Arbeitgeber. 2. Diskussion. 3. Ver-  
staltungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden  
Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

**Küchennöbel-Branche!**  
Donnerstag, den 18. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen  
Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Branchen-Versammlung**  
aller in dieser Branche beschäftigt. Tischler und Maler  
Berlins und Vororte.  
Tages-Ordnung: Bericht der Kommission und Branchenangelegenheiten.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Donnerstag, den 18. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
des Herrn Thiel, Bergstraße 151-153:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Bauvorstehers Kollegen **Franz Stusche.** 2. Ab-  
rechnung vom dritten Quartal. 3. Verbandsangelegenheiten. 94/19  
Alle Kollegen müssen am Platze sein. Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter**  
Berlin II.  
Mittwoch, 17. Oktbr., abds. 8 1/2 Uhr, im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27 c:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 189/11  
1. Vierteljahresabrechnung. 2. Bericht der Statistiker. 3. Gewerkschaftliches.  
Buch legitimiert. Die Ortsverwaltung. H. K.: Duxter. 154/13  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche**  
Mittwoch, den 17. Oktober 1906, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung mit Frauen.**  
Tages-Ordnung:  
Rezitation des Leopold Kampschen Dramas: „Am Vorabend“ von Frau Regina Ruben-Hamburg.  
NB. Zu diesem Rezitationsabend sind alle Kollegen mit ihren Frauen eingeladen und ersuchen wir  
pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.  
147/15\*

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:  
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-3, Amt 4, 9679.  
Mittwoch, den 17. Oktober,  
abends 8 Uhr:  
**Versammlung der chirurg. Branche**  
im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.  
Tages-Ordnung:  
1. Experimental-Vortrag über drahtlose Telegraphie.  
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Donnerstag, 18. Oktober,**  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Elektromonteur und Helfer  
Berlins und Umgegend  
in Frankes Festhale, Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung:  
1. Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Kollege  
Gandke. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Aufnahme  
neuer Mitglieder.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

**Achtung! Gewerbergerichtswahlen! Achtung!**  
Wahllegitimationen und Wahltableaus erhalten die Kollegen  
im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 1.  
154/13 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse**  
der Gelb- und Zinggießer.  
Mittwoch, den 11. Oktober,  
abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Bollschläger,  
Abtalberstr. 21:  
— Außerordentliche —  
**General-Versammlung,**  
wozu sämtliche Herren Arbeit-  
geber, welche ein Drittel zur  
Kasse zahlen, und sämtliche groß-  
jährigen Kassemitglieder hier-  
mit eingeladen sind.  
Tagesordnung:  
1. Wahl von 30 Vertretern der  
Arbeitgeber.  
2. Wahl von 60 Vertretern der  
Arbeitnehmer.  
3. Verschiedenes. 20735  
Berlin, den 15. Oktober 1906.]  
Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse**  
für  
**Ober-Schöneweide.**  
Am Dienstag, den 23. Oktober  
1906, findet eine Ergänzungswahl  
der Vertreter der Arbeitgeber  
und Arbeitnehmer im Restaurant  
Wetrich, Wilhelmshofstr. 15, statt.  
Die Vertreter der Arbeitgeber  
werden von diesen in ungeteilter  
Wahlerversammlung von 3-5 Uhr  
nachmittags gewählt. Zu wählen  
sind 4 Vertreter.  
Die Wahl der Arbeitnehmer findet  
von 5 1/2 Uhr nachmittags und zwar  
in Abteilungen statt.  
1. Abt. Fabrikbetriebe  
wählt von 5 1/2-6 Uhr 2 Beitr.  
2. Abt. Handwerker  
wählt von 6-7 Uhr 11 .  
3. Abt. Handelsgewerbe  
wählt von 7 1/2-7 3/4 Uhr 4 .  
4. Abt. Transportgewerbe  
wählt von 7 3/4-8 Uhr 2 .  
5. Abt. Land- u. Forstbetriebe  
wählt von 8-8 1/2 Uhr 1 .  
Die Wahl geschieht durch Stimm-  
zettel und sind so viel Namen aufzu-  
schreiben, als Vertreter zu wählen sind.  
Zulässig sind nur Stimmzettel von  
weicher Farbe. Wahlberechtigt und  
wählbar ist jedes großjährige und  
im Besitze der Ehrenrechte befindliche  
Mitglied. Als Legitimation ist das  
Kassenbuch mitzubringen und bei der  
Wahl abzugeben.  
Ober-Schöneweide, 10. Oktober 1906.  
Der Vorstand  
G. Huth, Vorsitzender.  
H. Rohrbusch, Schriftführer.  
Schriftliche Ausstellung von Kandidaten  
findet im obigen Lokal am Dienstag,  
den 16. Oktober 1906, eine Versamm-  
lung sämtlicher Mitglieder der Ab-  
teilungen statt. 276/17

**Orts-Krankenkasse**  
**Weißensee.**  
Durch die am 1. Oktober 1906 ab-  
gelaufene Wahlzeit ist eine Neuwahl  
sämtlicher Vertreter erforderlich.  
Es sind zu wählen:  
**120 Arbeitnehmer-Vertreter,**  
**61 Arbeitgeber-Vertreter.**  
Die Wahlen finden im Restaurant  
„Ebers Festhale“ in Weißensee, König-  
Chaussee 5/6, statt und zwar wählen  
die Arbeitnehmer  
am Mittwoch, den 17. Oktober 1906,  
abends von 7 bis 8 Uhr, die  
Arbeitgeber  
am Freitag, den 19. Oktober 1906,  
abends von 7 bis 8 Uhr.  
Wahlberechtigt und wählbar sind  
nur diejenigen Kassemitglieder und  
Arbeitgeber, welche großjährig und  
im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte  
sind.  
Die Arbeitnehmer haben das  
Quittungsbuch bei der Wahl vorzu-  
legen. Die Arbeitgeber wollen gleich  
Legitimation sich ebenfalls mit einem  
Kassenbuch versehen.  
Weißensee, den 8. Oktober 1906.  
Die Ortskrankenkasse.  
Dr. Alberti,  
kommissharischer Bezwahler.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen,  
Suspensorien sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt  
in der 1. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen  
Berlin C., 24552\*  
**30. Finien-Strasse 30.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Fe-  
loten, angenehm u. weich am Körper  
& Co., Berlin SW

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend!

Die Berichterstattung vom Mannheimer Parteitag findet statt:

- Im 1. Kreise: Drägers Festhalle, Neue Friedrichstr. 35.
Im 2. Kreise: Hoffjäger-Palast, Hasenheide 51/52.
Im 3. Kreise: Duggenhagen, am Moritzplatz.
Im 4. Kreise: Dreuer (Königsbank), Gr. Frankfurterstraße 117.
Im 5. Kreise: Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
Im 6. Kreise: Germania-Prachtzale, Chausseestraße 103.

In Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
In Schöneberg: Obsts Festzale, Weiningerstr. 8.
In Kitzdorf: Doppes Festzale, Hermannstr. 48/49.
In Kammelsburg: Wwe. Weigelt, Türschmidtstr. 45.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Aktionsausflug.

Uhlenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Gebr. Arnolds 'Schwarzer Adler', Frankfurter Chaussee 5, der zweite Parteitagabend statt. Thema: 'Die Kommunisten in der Revolution'. Es erwartet zahlreichen Besuch. Der Einberufer.

Schlendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal Benno Widley, Potsdamerstr. 25, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht der Genossen. Gäste willkommen.

Röpenitz. Heute abend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen Karl Seidel, Grünauerstraße. Referent: Genosse Emil Eichler. Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch erucht. Der Vorstand.

Tegel. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr bei H. Schmidt, Schlieperstr. 64, statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht. Der Vorstand.
Die Bibliothek ist am 1. und 4. Dienstag im Monat und am Samstag abends von 8-9 Uhr bei Sellhaar, Berlinerstraße, geöffnet.

Berliner Nachrichten.

Zur Einleitung der Landtagswahlbewegung im dritten Berliner Landtagswahlkreise

verbreiteten unsere Genossen am Sonntag ein Flugblatt in einer Auflage von 80 000 Exemplaren. Das Flugblatt geißelt die Volksfeindlichkeit des Dreiklassenparlaments und legt dar, in welcher Weise die arbeitende Bevölkerung in Preußen rechtlos gemacht ist. Die Verbreitung ging in mit der bisher gewohnten Präzision vor sich. Hoffentlich stellen sich das nächste Mal auch die Genossen zur Verfügung, die diesmal fehlten.

Die internationale Ballonwettfahrt

fand Sonntag nachmittag programmgemäß von der städtischen Berliner Gasanstalt Tegel aus statt. Die Behörden sowohl wie die Veranstalter der Wettfahrt hatten sich eingerichtet, einen Massenandrang zu empfangen, ob sie aber derartige, nach Hunderttausenden zählende Volksmassen erwartet haben, ist hart zu bezweifeln. Schon vor 10 Uhr vormittags begann die Völkerwanderung nach dem der Berliner Gasanstalt Tegel benachbarten Gelände, mittags sah man bereits größere Gruppen auf der Wiese lagern oder die rund zwanzig Schanzstätten umfieren. Gegen 12 Uhr waren die Ballons bereit zur Vorprüfung durch die Sportkommissare Hauptmann Hildebrandt, Fabrikbesitzer Gradewitz und Leutnant Geerdh. Dann begann allmählich die Füllung der ersten Ballons. Von 680 Kubikmeter bis 2400 Kubikmeter Inhalt waren sie vorhanden. Es war ein wunderbares Bild, die meist gelben Hüllen sich unter dem Druck des einströmenden Gases blähen und langsam runden zu sehen. Völlig gefüllt waren zuerst der Wiener 'Helios' (Führer Dr. A. Schluga) und der Schweizer 'Cognac' (Führer R. de Beauclair). Sie bildeten demgemäß das erste Ziel der vielen Zuschauer, die sich den Zutritt zu dem Füll- und Wiegeplatz gesichert hatten. Mit Interesse wurde alles verfolgt, was im Laufe der Wettfahrt geschah. Alle besorgte Zuschauer wollten wissen, ob man sich denn mit Seltenerwasser waschen könne, ob gefocht würde und was der Fragen mehr waren. Die Schweizer Herren beantworteten gern alle Fragen. Viel Aufmerksamkeit erregte der belgische Ballon 'Ville de Bruxelles'. Sein Korb, in dem eine Dame, die einzige bei der Wettfahrt, mitfuhr, war von raffiniertem Eleganz, die Wände mit Leder ausgeschlagen, der Boden mit einem Sammetteppich belegt. Der Ballon 'Stroßburg' des Ober-rheinischen Vereins für Luftschiffahrt fiel durch seine dunkelbraune Farbe auf. Führt v. Sewald fuhr wieder wie in Paris den Berliner Ballon 'Pommern'. Den Augsburger Ballon 'Schwaben' führte Hauptmann v. Krogh, der Leiter des letzten Ballons des Majors v. Parfenthal, wie jüngst des Graf Zepellinschen Luftschiffes. Ihn begleitete auf der Fahrt der Kommandeur des südwestafrikanischen Luftschiffedelagements, Oberleutnant v. Kleist. Endlich fand der vielfach reparierte Ballon 'Brandenburg' des Aeronautischen Observatoriums in Lindenberg seines Alters wegen größeres Interesse.

Der Wind wehte nach Südwesten über das östliche Berlin hin. Dementsprechend war die Fahrt als Fernfahrt von der Sportkommission angefangen. Voraussichtlich werden die Ballons nach Polen oder Schlesien geführt. Die Landung ist erst, wenn nicht andere Gründe zu früherem Niederlegen veranlassen, im Laufe des Montags zu erwarten.

Der Aufstieg erfolgte glatt. Insgesamt waren siebzehn Ballons, 680-2400 Kubikmeter groß, am Start erschienen. Vier gemeldete Ballons fehlten, zwei spanische, ein spanischer und ein Berliner Privatballon. Punkt 3 Uhr stieg der Wiener 'Helios' als erster auf. Ihm folgten die übrigen, anfangs in fünf Minuten Abstand, dann in kürzeren Zeiträumen, so daß der Aufstieg aller siebzehn Ballons um 4 Uhr beendet war. Alle Ballons stiegen leicht und sicher, die einen scharf aufsteigend, die anderen langsam die Höhe gewinnend. Nur einer, 'Graubenz' des Ostdeutschen Vereins für Luftschiffahrt, geriet unmittelbar nach der Auffahrt in Telegraphendrähte, konnte sich aber durch Sandauswerfen rasch wieder befreien. Fast auf allen Ballons riefelte ein Sandregen auf die unten harrende Menge.

Photographen, Kinematographen und Feldner waren während der ganzen Veranstaltung in fieberhafter Tätigkeit. Die hin- und herwogenden Ballons auf der Erde, die aufsteigenden und einschwindenden Ballons oben auf eine Fülle reizvoller Bilder.

Nam eine Viertelstunde nach dem Aufstieg des letzten Ballons war dieser den Wägen entschwunden.

Dann begann der Sturm auf die Niedrigfliegen. Strahlenbahn und Eisenbahn wurden gestört. Ein schwarzer Menschenstrom ergoß sich nach Tegel, um dort auf die Rückfahrt zu warten, die vielen erst in den frühen Abendstunden möglich war, obwohl Wagen auf Wagen sich folgte.

Ueber die Ergebnisse der Ballon-Wettfahrt wird von gestern berichtet: Von den in Tegel aufgestiegenen Ballons sind bisher gelandet der vom Aeroklub de Belgique gehörige Ballon 'Radium'

(Führer: Adhemar de la Haull) im Laufe des vorgestrigen Abends in der Nähe von Coburg, Kreis Rüdten, und der dem Berliner Verein für Luftschiffahrt gehörige Ballon 'Vergold' (Führer: Hauptmann v. Kessler) gestern um 7 Uhr 15 Minuten bei Planen im Vogtland. Die Landung ging in beiden Fällen glatt und ohne Unfall vonstatten.

Groß-Neudorf (bei Breg), 15. Oktober. Der Ballon 'Ernst' des Berliner Vereins für Luftschiffahrt, Führer Dr. Broedelmann, ist heute morgen um 8 Uhr hier gelandet.

Prag, 15. Oktober. Der Ballon 'Düsseldorf' des Nieder-rheinischen Vereins für Luftschiffahrt, Führer Leutnant Benede, ist heute morgen um 6 Uhr 15 Minuten 20 Kilometer nordwestlich von Prag gelandet. Der Ballon 'Schwaben' des Augsburger Vereins für Luftschiffahrt, Führer Hauptmann v. Krogh und Oberleutnant v. Kleist, wurde heute morgen um 7 Uhr 45 Minuten bei Prag gelichtet. Der Ballon fuhr nach Südwesten. Der Ballon 'Pommern', Führer und Führer Fehr. v. Sewald, ist heute vormittag 9 Uhr bei Klattau in Böhmen gelandet.

Rund 80 000 Personen wurden durch die Wagen der Großen Berliner Straßenbahn am Sonntag auf den Tegel in Linien befördert. Nicht minder bedeutend war auch der Droschken- und Automobilverkehr. In der Stunde von 2 bis 3 Uhr passierten den Weddingplatz in der Richtung nach Tegel 3400 Droschken, Automobile und Privatfahrwerke. — Aber nicht nur nach Tegel bewegte sich der Menschenstrom, sondern viele Tausende suchten das Berliner Gebirge, die Höhenzüge bei Westend auf, um von dort aus den Aufstieg der Ballons und ihren Flug beobachten zu können. Demgemäß war auch der Verkehr nach Westend ebenfalls außer-gewöhnlich stark, das sämtliche Straßenbahnzüge zu zwei Anhängern fahren mußten. Auch Unglücksfälle sind vorgekommen. Auf die nach Tegel fahrenden Straßenbahnwagen fanden an jeder Halte-stelle förmliche Stürme statt. Dabei passierte es, daß der Tapezier-geselle Otto Jakob, Kobalitzstraße 6 wohnhaft, der vor dem Hause Chausseestraße 91 die Vorderplattform eines Rotornwagons besteigen wollte, von nachstürmenden Personen heruntergerissen wurde. Er geriet mit dem rechten Bein unter den Schuhrahmen und er-litt eine starke Quetschung. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach seiner Wohnung übergeführt. — An der Ecke der Ver-liner- und Scharnweberstraße in Reinickendorf geriet ein Rad-fahrer in die sich nach Tegel bewegende Wagenlinie und wurde von dem Pferde einer Droschke niedergebissen. Er erlitt glücklicher-weise nur un gefährliche Verletzungen am Kopf, dagegen wurde die Maschine vollständig demoliert. — Von einem Automobil um-gefahren wurde ebenfalls in Reinickendorf die 12jährige Tochter des Technikers A. Das Mädchen, welches anscheinend innere Ver-letzungen erlitten hatte, wurde nach der erteilten Wohnung ge-bracht. — Von einer von Tegel zurückkehrenden Droschke wurde in der Gerichtstraße der Arbeiter L. überfahren. Auch er kam glück-licherweise mit leichten Verletzungen davon.

Ein polizeiliches Verkehrskommando auf dem Potsdamer Platz.

Der Polizeipräsident macht bekannt: Um den Verkehr auf dem Potsdamer Platz, dessen Regelung wegen der auf ihn einmündenden 6 Straßenzüge und der ihn nach allen Richtungen durchkreuzenden Straßenbahnen mit besonderer Schwierigkeit verbunden ist, in feste Bahnen zu lenken und die Fahrwerke zu verhindern, den Platz in willkürlicher Richtung zu durchqueren und dadurch sich gegenseitig und den übrigen Verkehr zu gefährden, wird vom 15. dieses Monats an ein besonderes polizeiliches Verkehrskommando für den Potsdamer Platz in Tätigkeit treten. Das Kommando ist lediglich für diesen Dienst bestimmt und daher in der Lage, zumal diesen Beamten regelmäßig auf denselben Posten Verwendung finden werden, sich von Tag zu Tag besser in die Eigenart seiner Aufgabe hineinzufinden.

Von diesem Kommando werden während der Hauptverkehrs-stunden, von 1/2 Uhr vormittags bis 3/4 Uhr nachmittags, ständig 1 Wachmeister und 11 Schutzleute auf dem Platze und in den Ein-mündungen der Straße aufgestellt sein, deren Aufgabe es ist, ab-gegeben von demjenigen Fahrwerk, das den Platz nur in der Rich-tung der Königgräberstraße kreuzen oder von der Leipzigerstraße direkt in die Potsdamerstraße und umgekehrt von der letzteren in die Leipzigerstraße gelangen will, sämtliche Wagen rechts um den Platz herumzuleiten. Hierbei wird es bei stärkerem Andrang von Fahrwerk notwendig werden, den gesamten Fußverkehr (einschließ-lich desjenigen der Straßenbahn) von zwei in gleicher Richtung laufenden Stroßenzügen gleichzeitig auf einige Zeit anzuhalten, um dem Fußverkehr der entgegengekehrten Stroßenzüge Be-wegungsfreiheit zu geben. Die Volkswirtschaft wird in diesem Falle als mit dem nördlichen Teil der Königgräberstraße gleichlaufend behandelt.

Das Zeichen zur Unterbrechung und zur Freigabe der Fahr-richtung wird durch den Wachmeister mittels eines Pfeifsignals gegeben. Diese wechselnde Unterbrechung und Freigabe des Fahr-verkehrs bietet dem Publikum die Möglichkeit, nach kurzem Warten auf den Bürgersteigen oder auf den Schutzinseln den Platz mit größerer Sicherheit und Schnelligkeit als bisher in der Richtung überzudringen zu können, welche jeweils für den Fußverkehr frei-gegeben ist, da die Gefahr, durch kreuzende Fahrwerke überrascht zu werden, fortfällt.

Von den Wagenführern aller Art wird erwartet, daß sie den von den Aufsichtsbeamten durch Hochheben der Hand oder durch den aus-gesprochenen Arm gegebenen Zeichen zum Halten oder zum Einschlagen einer Fahrtrichtung unweigerlich und sofort nachkommen und daß sie beim Anhalten die entgegengekehrte Fahrtrichtung und die Straßenbahngleise nicht verperren.

Es ist sehr erwünscht, daß die auf dem Platze selbst aufgestellten Schutzmänner nicht durch Fragen des Publikums von ihrer Auf-merksamkeit auf den Verkehr abgelent werden, sondern daß etwa nötige Anfragen an die weiter zurück, an den Straßeneinmün-dungen stehenden Beamten gerichtet werden.

Der Zentralverband deutscher Vöderinnungen 'Germania' schreibt uns: 'Die Nr. 230 des 'Vorwärts' vom 13. Oktober bringt in der 3. Beilage einen Bericht über die Sitzung der Gewerbe-deputation vom Mittwoch. Anlässlich eines Antrages der Vöder-innung 'Concordia' hat nach der Mitteilung des 'Vorwärts' Herr Registrarsrat Tschow ausgeführt, daß nach Angabe der Gesellen diese für Ausfertigung eines 'Germania'-Arbeitsbuches 3-13 R. zu zahlen hätten. Dies ist unzutreffend. Jeder Vöderling, der bei einem Mitglied des Zentralverbandes deutscher Vöderinnungen ordnungsmäßig ausgetreten und die Gesellenprüfung bestanden hat, bekommt als Ausweis ein 'Germania'-Arbeitsbuch und zwar kosten-los. Um zu verhindern, daß mit dieser Legitimation nachlässig um-gegangen wird, haben diejenigen, die das Buch verloren haben, für Ausfertigung eines neuen Exemplares 3 R. zu zahlen. Mehr ist in seinem Falle zu entrichten.

Wir eruchen ergebenst, von dieser Richtigerstellung Notiz zu nehmen und zu bemerken, daß wir der Gewerbe-deputation gleichfalls entsprechende Mitteilung gemacht haben.

Bei einem verhängnisvollen Unfall auf dem Neubau der Bonifatiuskirche in der Poststraße ist gestern nachmittags der 32jährige Arbeiter Fritz Pray, Kamlerstr. 19, lebensgefährlich verletzt worden. Er hatte im Turmgebäude Mauerarbeiten ausgeführt und beim Emporheben einer Steinlast das Gleichgewicht verloren. Er stürzte infolgedessen über das niedrige Mauerwerk in die Tiefe und blieb bewußtlos liegen. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang hat sich in der Badstraße zugetragen. Der 36jährige Schulfnabe Paul Dobrowski aus der Wallstraße 18 hatte vor dem Grundstück Badstr. 21 den Fußweg über die Straße hinweggehen wollen und geriet dabei an einen Lastwagen heran. Um nicht überfahren zu werden, eilte der Kleine zurück nach dem Bürgersteig und lief dicht vor dem heranrollenden Straßen-

bahnwagen Nr. 2304 der Linie 40B über die Gleise. Noch ehe der Führer den Wagon zum Stehen bringen konnte, war der Knabe von der Vorderplattform umgerissen und unter den Schutzrahmen geschleudert worden. Entsetzlich zugerichtet wurde D. wieder hervor-geholt. Die Brust war ihm aufgerissen worden, sodaß die Rippen und Eingeweide bloß lagen. Auf dem Transport nach dem städtischen Kinderkrankenhaus erlag der Knabe den furchtbaren Verletzungen.

Eine größere Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr entstand gestern vormittag infolge eines Kabelbrandes der SW.-Station der Berliner Elektrizitätswerke, durch die vier Speisepunkte des Straßenbahnnetzes Stromlos wurden. Hierdurch war der Betrieb über den Kurfürsten Damm von 11 Uhr 51 Minuten bis 12 Uhr 25 Minuten vormittags, in dem Bezirke der Königs-Hubertus-Allee, Tempel- und Hagenstraße bis 12 Uhr 34 Minuten und in Grunewald (Gumbelchenstraße) bis 12 Uhr 50 Minuten mittags gestört.

Zwei dreifache Wechselfahnder haben sich seit einiger Zeit die westlichen Stadtteile als Arbeitsfeld ausgesucht. Hauptsächlich suchen sie die Inhaber von Zigarrengeschäften heim und andere Geschäfte betreten sie nur dann, wenn sich darin Verkäuferinnen befinden. Die Ganner wenden das bekannte Schwindelmannöver an. Sie laufen eine Kleinigkeit, geben ein Zehn- oder Zwanzigmarkstück in Zahlung und während der eine der Betrüger den Verkäufer durch interessante Gespräche in seiner Aufmerksamkeit abzulenken versucht, streicht der Komplize unbemerkt das Wechselgeld mit samt dem ge-zahlten Geldstück ein. Zumeist bemerken die Verkäufer erst abends beim Kassieren, daß sie betrogen worden sind.

Eine schwere Baukatastrophe ereignete sich gestern mittag in der Königgräberstraße. Bekanntlich werden die Häuser Nr. 112 und 113 niedergelegt, um einem Hotelneubau Platz zu machen. Bei dem Grundstück Nr. 113 ist das Dachgefösch abgerissen und gestern waren die Arbeiter damit beschäftigt, das oberste Stockwerk niederzulegen. Zu diesem Zwecke hatten sie starke Laue am Dachgiebel befestigt und wollten auf diese Weise die Mauer nach innen einziehen. Das Mauerwerk stürzte jedoch nach außen zusammen und unter lautem Krachen fielen die Bauteile auf den umzäunten Bürgersteig hinab und die angebrachten Holz-Schutzvorrichtungen wurden mitgerissen. Wenige Sekunden vor dem Eintritt der Katastrophe war der 32jährige Fuhrmann Wangel aus Reinickendorf mit seinem zweispännigen Fuhrwerk, auf dem sich Bauhütten befand, auf die Straße hinausgefahren. Die beiden Pferde wurden durch die herabstürzenden Mauersteine zu Boden geschlagen und förmlich begraben. Eines der Tiere war auf der Stelle tot, während das andere so schwer verwundet wurde, daß man es gleich darauf erschöf. D. selbst war von Mauersteinen vor die Brust und gegen das Gesicht getroffen worden und hatte erhebliche Quetschungen davongetragen. Durch den Verlust seiner Pferde hat D. ganz bedeutenden Schaden erlitten. Als einen glücklichen Umstand ist es noch zu betrachten, daß während des Einsturzes Passanten an der Unglücksstelle nicht vorübergingen.

Unter den Rädern des Omnibusses. Beim Verlassen eines Straßenbahnwagens wurde gestern morgen der 30jährige Arbeiter Christian Schweder, Prinzen-Allee 83, überfahren und schwer verletzt. Schw. war auf dem Wege nach seiner Arbeitsstelle gewesen und hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 34 benutzt. Als er in der Chausseestraße von der Plattform herunterstieg, geriet er an einen dicht vorüberfahrenden Omnibus heran und wurde unter die Räder gerissen. Der Verunglückte erlitt einen Oberschenkelbruch und anscheinend auch schwere innere Verletzungen und fand in der Charité Aufnahme.

Beim Reinigen eines Aquariums schwer verletzt hat sich am Sonntag der Kellner Gustav Ruff aus der Kochstraße 40. R. befißt in seiner Wohnung ein großes Aquarium, das er säubern wollte. Hierbei ging er etwas unvorsichtig zu Werke, stieß mit dem rechten Arm gegen eine Scheibe und schnitt sich in den Glasscherben das Handgelenk vollständig auf. Das Fleisch war bis zum Knochen heruntergerissen und die Sehnen und Blutgefäße vollständig durch-geschnitten. Auf der Unfallstation XX stellten sich die Verletzungen als so schwere heraus, daß R. nach dem Elisabeth-Krankenhaus ge-bracht werden mußte.

Das Auto. In einem der gefährlichen Verkehrspunkte Berlins, an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße wurde der Schulfnabe Paul Wilde, Gartenstr. 11, von einem Automobil überfahren. Beim Ueberschreiten der Straßenkreuzung wollte W. einem Omnibus ausweichen und rannte dabei gegen ein Automobil. Mit schweren Kopf- und Knieverletzungen wurde er nach der Unfallstation IX ge-bracht.

Als falscher Kriminalbeamter war auch der im Hause Frankfurter Allee 111 wohnhafte Buchdrucker Waumbach in Verdacht gekommen. Wie uns nun Herr B. nachgewiesen, steht er mit der An-gelegenheit in keinerlei Verbindung.

Ein großer Fabrikbrand beschäftigte am Montagnachmittag die Berliner Feuerwehr in der Mühlentstraße 73. Dort standen bei An-fang der ersten Löschzüge die Räume der Berliner Wollwäscherei im vierten Stock in Flammen. Um diese zu löschen, mußte die Wehr mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben. Schließlich gelang es, den Brand auf das vierte Stockwerk zu beschränken. Der Schaden ist erheblich. Gleichzeitig hatte die zweite Kompanie in der Neanderstraße 11a zu tun, wo Terpentin und anderes in einem Keller brannte. Nicht weit davon, in der Prinzenstraße 18, brach um 1 Uhr Feuer aus. Betten, Koffer, Immobilien usw. brannten dort, und in der Grünstraße 10/11 Wallen, Fußböden usw. unter großer Qualmentwicklung.

Radrennbahn Treptow. Sonntag, den 14. Oktober. Läufer- und Radpost, der zugleich abgehalten wurde, hatten der Bahn wieder ein volles Haus gebracht. In dem Hauptereignis, einem 50 Kilometer Vorgabefahren mit Rotorstritt-machern (drei Vorpreise in Höhe von 1000 M.) hatte der Berliner Bruno Demke als Molmann gegen den Zehlendorfer Schulze (eine Runde Vorgabe), Gliedermann (4 Runden) und den Frankfurter Hixler (5 Runden) einen schweren Standpunkt. Ob-wohl von seinen am vorigen Sonntag in Steglitz erlittenen Ver-letzungen offensichtlich behindert, griff er unverzagt in den Kampf ein. In der Mitte des Rennens hatte er dem sich tapfer ver-weigenden Schulze die Vorgabe entziffen und schon schien ihm der Sieg sicher, als er in dem 38. Kilometer durch Motordefekt gezwungen war aufzugeben. Schulze gewann dadurch in 41 Min. 50 1/2 Sek. das Rennen vor Gliedermann (2490 Meter zurück) und Hixler (2780 Meter); beide schon von Anfang an zurückgeblieben.

Abchiedspreis für Flieger. 1200 Meter. 30, 20, 10, 5 Mark. 1. Sellmer, 2. Wenz, 3. Vogt, 4. A. Hansen.

In den Vorläufen 20 Fahrer.

Laufen über eine Stunde. 3 Ehrenpreise. 1. G. Müller (Sp.-G. Komet) 16,147 Kilometer (deutscher Rekord 16,363 Kilometer). 2. J. Böge (Komet) 16,023 Kilometer. 3. Wils (A.-S.-G. Marathon) 15,511 Kilometer. 4. Petermann (S.-G. Leu-tonia) 15,121 Kilometer.

25 Läufer. Von der 5. Runde an Schrittmachung durch Rad-fahrer.

50 Kilometer-Wettgehen. (Treptow-Wildau-Treptow.) Zwei silberne Medaillen. 1. Rippe (Sp.-G. Marathon) in fünf Stunden 24 Min. 57 Sek. (Rekord 5:13:50). 2. Rehahn, 3 Meter; 3. Jurischka, 500 Meter zurück. 4. Zagermann. 5. Seiffert. R. Wilhelm und Wehrmann aufgegeben.

Der Zirkus Schumann hat seinen reichhaltigen und ab-wechslungsreichen Programm gleich dem Zirkus Busch eine Original-phantasie als Schlusshnummer angefügt. Ein Tag in Monte Carlo lautet der Titel und sie wird in Szene gesetzt von Herrn

Direktor Albert Schumann. Und hat die Pantomime wenig befriedigt und es kann offen gesagt werden, daß Herr Schumann auf diesem Gebiete wenn nicht gerade besonderes, so doch schon besseres geleistet hat. Schon der erste Akt, der sich in einem Pariser Bankhaus abspielt, war wenig ansprechend und zudem bei dem Aufbau in der Manege so unübersichtlich, daß man nur immer die Vorgänge wahrnehmen konnte. Im zweiten Akt finden wir den Inhaber des Bankhauses mit Familie, den Prokuristen und die Kommiss auf dem Bahnhofs Lyon wieder, um im Expreßzug von Paris nach Monte Carlo zu fahren. Während dieser Akt auf der Bühne durch ohrenbetäubenden Lärm an „Sumpftümpfen“ und sogenannte amerikanische Erzentrals erinnert, werden wir im dritten Akt in den Spielfaal zu Monte Carlo versetzt. Die Moutette tritt in Tätigkeit und wie läßt sie diese Tätigkeit aus. So wirksam und intensiv, daß das Publikum auf den Parquetplätzen bis zur 6. bis 8. Stufe hinauf in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird, denn bis dahin flogen des öfteren die großen Federbälle. Für denjenigen, der sich nicht zeitig genug seiner Hände bediente und einen solchen Ball an den Kopf kriegte, mag diese Spielerei nicht zu den Annehmlichkeiten gehört haben. Glücklicherweise geht das Spiel bald zu Ende und es spielt sich nun im 4. Akt ein großer Rasenball im Kasino zu Rizza ab. Dieser Rasenball bringt uns eigentlich das einzige Gute an der ganzen Pantomime, nämlich das Auftreten einer spanischen Tänzerin Signorita Bilao Garcia. Was aber der Pantomime an innerem Gehalt abging, wurde durch äußeren ersetzt. Für Glanz und Pracht und Pomp war reichlich gesorgt. Alle möglichen Beleuchtungseffekte, glänzende Kostüme und Hüte en masse. Salomagen aus pompöser Ausstattung verschafften dem Auge im reichen Maße Abwechslung.

Kann auch unser Urteil über die neue Pantomime kein gerade günstiges sein, so muß doch anerkannt werden, daß der übrige Teil des Programms viel Gutes aufweist, besonders die Pferdebrennuren des Herrn Albert Schumann sehen, wie selbst Kerner zugab, auf der Höhe und sind wirklich bewundernswert. Auch die Vorführung der Rittersippe durch Herrn Henrichsen ist eine äußerst spannende, aber auch nervenaufregende Programmnummer.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7<sup>1/2</sup>—9<sup>1/2</sup> Uhr, veranstaltet der königl. Musikdirektor Fernh. Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Hrn. Martha Mhlus (Sopran), Hrn. Sonja Berg (Alt) und den Herren Paul Sager und Willy Trapp (Violine). Giacomo v. Pachelbel, Orgelsonate von A. G. Ritter u. s. f. Der Eintritt ist frei.

**Feuerwehbericht.** Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte in der Nacht zum Sonntag die Berliner Feuerwehr in Nimmelsburg, Grünebergerstr. 14. Dort standen die Bodenkämme, Lattenverschlüsse mit Inhalt und das Dach in großer Ausdehnung in Flammen. Der 7. Zug löschte im Verein mit den freiwilligen Ortsfeuerwehren den Brand und übergab nach der Ablösung die Brandstelle der dortigen Ortsfeuerwehr. Die Entstehung des Feuers war nicht zu ermitteln. Am Sonntag früh brannten in der Laubenkolonie an der Frenzlauer Allee hinter den Grundstücken Nr. 98/97 mehrere Lauben. Nachmittags mußten mehrere Küchenbrände in der Kochstr. 5, Zogestr. 2 u. a. Stellen gelöscht werden. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Adlerstr. 30 gerufen. Wöbel u. a. brannten in der Griedenowstr. 20. Wasser mußte in der Streifergstr. 12 aus dem Keller gepumpt werden. In der Neuen Friedrichstr. 48 brannte Wäsche, in der Waldemarstr. 39 Tapeten usw., auf dem Görtiger Bahnhof ein Wagon Pflanzholz, Chorinerstr. 65, Liniensir. 98 und an anderen Stellen Schornsteine, Wollen usw. Ferner hatte die Feuerwehr in der Rosenhägerstr. 40 (Gadescher Hof), wo eine Küche brannte, Müllerstr. 114, Weidenweg, Steglitzerstr. 28 und anderen Orten zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
Zur Steuerveranlagung. Eine Neuierung auf diesem Gebiete bedeutet anscheinend ein Verfahren, welches die Steuerverwaltung des Magistrats anzuwenden beliebt. Uns liegt eine Aufforderung dieser Behörde an einen hiesigen Arbeitgeber vor, durch welche derselbe unter Hinweis auf § 23 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes ersucht wird, auf einer beiliegenden Liste Angaben zu machen über das Einkommen der von ihm beschäftigten steuerpflichtigen Personen. Die beiliegende Liste enthält neben Namen, Wohnung, Beruf, Lohn, Abzüge für Kranken- und Invaliditätsversicherung, auch noch Rubriken für sonstige Nebeneinnahmen (Gratifikationen usw.) und für andere (namentlich zu machende) Abzüge. Wie das Anschreiben befragt, ist das Einkommen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906 zu schätzen. Wie mag sich die löbliche Steuerbehörde die für das erst begonnene Vierteljahr zu machenden Angaben des Arbeitgebers über den noch gar nicht bezogenen Lohn seiner Arbeitnehmer wohl denken? Wie können für „Gratifikationen“, „andere Abzüge“ konkrete Angaben gemacht werden? Tropdem: wer die erforderliche Auskunft unvollständig oder unrichtig erteilt, wird nach § 74a u. D. mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft. — Die Folge dieses Einschätzungszwanges der Unternehmer für ihre Arbeitnehmer muß naturgemäß viele Unrichtigkeiten der Steuererschätzung durch die Behörde zur Folge haben und am letzten Ende den Arbeitern in vielen Fällen unnütze Scheerereien bereiten.

**Charlottenburg.**  
Zerungszulage. Der sozialdemokratische Antrag betreffend Revision des Normaletarifs ist von dem zur Vorberatung eingesehten Ausschuss abgelehnt worden. Statt dessen beantragt der Ausschuss, den Magistrat um baldige Vorlage eines Planes zu ersuchen, nach dem die städtischen Arbeitern, Beamten und Bekehrten mit geringerer Besoldung auf Widerruf Zerungszulagen gewährt werden und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1906 ab.

Die Generalvormundschaft ist in Charlottenburg nunmehr eingeführt. Für alle vom 1. Oktober 1906 ab in Charlottenburg geborenen unehelichen Kinder wird vom Vormundschafsgesetz, außer wenn der gesetzlich zum Vormund berufene Vater der unehelichen Mutter darauf besteht, selbst Vormund zu werden, oder wenn besondere Umstände die Bestellung eines bestimmten anderen Vormundes angezeigt erscheinen lassen, ein dazu bestellter städtischer Waiseninspektor als Vormund vorgeschlagen werden. Der Generalvormund hat die Ansprüche der Minder gegen die unehelichen Väter im Wege der Verhandlung und nötigenfalls im Wege der Klage mit allem Nachdruck geltend zu machen, durchzuführen, sicher zu stellen und wenn nötig im Wege des Zwangs zu verwirklichen, und ferner in Unterstüßung und neben der Mutter und Hand in Hand mit etwaigen sonstigen Angehörigen möglichst sofort nach der Geburt eine ansehnliche Fürsorge für die Person der Minder in die Wege zu leiten. Zur Durchführung der Generalvormundschaft sind die Stabsämter angewiesen worden, die von ihnen nach dem Gesetz an das Vormundschafsgesetz zu erstattenden Geburtsanzeigen und ebenso jeden Todesfall und jede Legitimation eines Minder dem Gericht nicht, wie bisher, unmittelbar, sondern durch Vermittelung des Magistrats, Gemeindefiskus, einzureichen. Ebenso hat das städtische Krankenhaus dem Magistrat von jeder Aufnahme einer unehelichten, permittierten oder geschiedenen Person zur Einbindung sofort Anzeige zu machen. Der Generalvormund hat auf Grund dieser Anzeigen sofort mit Unterstüßung der ihm beigegebenen Gehältn die nötigen Ermittlungen anzustellen und etwa erforderliche Fürsorgemaßnahmen einzuleiten. Besteht das Kind bei der Mutter oder deren Angehörigen und fehlen die Mittel zu ihrer und des Kindes Ernährung, so soll durch Vermittelung des Generalvormundes sofort die Armenversorgung einschreiten und wenn nötig Mutter und Kind ausgiebig unterstützen. Auf diese Weise hofft man, die gegenwärtige große Säuglingssterblichkeit unter den unehelichen Kindern zu vermindern. Dem Generalvormund steht ein eigener Fonds zur Verfügung, aus dem er eine einmalige sofortige Unterstüßung bis zu 10 M. im Einzel-

fall zahlen darf. Muß das Kind in fremde Pflege gegeben werden, so ist dafür Sorge zu tragen, daß es durch Vermittelung des Generalvormundes von dorther in eine gepflegte und als geeignet befundene gute Pflegefamilie gebracht wird, damit das jegliche oft das Leben schädigende Hin- und Herbewegen aus einer Pflegefamilie in die andere vermieden wird. Sind die Mütter oder ihre Angehörigen selbst nicht in der Lage, das Pflegegeld zu bezahlen und läßt sich auch die sofortige Heranziehung des Vaters nicht ermöglichen, so wird, damit die Kinder nicht durch die Unfähigkeit der Zahlung des Pflegegeldes gefährdet werden, die Waisenverwaltung unter dem Vorbehalt der angemessenen Heranziehung der Mutter zu den Kosten auf Antrag des Generalvormundes die Kinder so lange in städtische Kostpflege nehmen, d. h. das Pflegegeld für sie aus städtischen Mitteln zahlen, bis es ihm gelingt, Zahlung von der anderen Seite zu erwirken. Die Ueberwachung der Kinder geschieht nach wie vor durch die Bezirksoberorgane der Waisenpflege (Waisenrat, Waisenpflegerin und Stabarzt). Endlich sollen für alle Minder und ihre Mütter alle sonst von der Stadt zum Sänge der Säuglinge und zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit getroffenen Maßnahmen (Säuglingsfürsorgestellen, Milchküchen und Unterstützungen für stillende Mütter) nutzbar gemacht werden. Alle Minder werden daher durch den Generalvormund den zuständigen Säuglingsfürsorgestellen überwiesen, und es wird darauf gehalten werden, daß sie von den Einrichtungen, sofern nicht im Einzelfalle besondere Gründe es entbehrlich erscheinen lassen, tatsächlich Gebrauch machen.

**Nizdorf.**  
Auf dem Gemeindefriedhofe sollte am 12. d. M. die Beerdigung der Ehefrau unseres Genossen Krause stattfinden. Mit der Grabrede hatte Krause anstatt eines Geistlichen den Genossen Max Schütte betraut; auch hatte er eine diesbezügliche Eingabe an die Behörde gemacht. Am Morgen des 12. Oktober erhielten er sowie auch die Genossen Schütte den Bescheid, daß das Beisetzungsgeld eine Begründung war dem Schreiben nicht beigelegt.

**Groß-Lichterfelde.**  
Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins am Mittwoch war gut besucht. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern aus, daß er infolge des ihm unverständlichen Beschlusses von Groß-Berlin, vor dem 16. Oktober keine Berichterstattung über den Parteitag stattfinden zu lassen, einen Delegierten zu diesem Zwecke nicht habe bekommen können. Der unhaltbare Bescheid wurde zwar — wie ihm mitgeteilt worden — aufgehoben, den Delegierten aber anscheinend keine Mitteilung von der veränderten Sachlage zugegangen. Er schlug vor, einfach ohne Referenten in die Diskussion über den Rannheimer Parteitag einzutreten. Dem wurde zugestimmt. Nach Erledigung des Hausberichts durch den Genossen Pini nahm als erster Diskussionsredner zum Parteitag Genosse Eisner das Wort, der seiner großen Befriedigung über den Verlauf des Parteitages Ausdruck verlieh. Schon der Umstand, daß im Vorstandsbericht der „Vorwärts“-Konflikt fehlte, ließ den Wunsch nach Frieden erkennen. Dadurch seien auch die beiden ehemaligen „Vorwärts“-Redakteure, die auf dem Parteitag anwesend gewesen, nicht in die Notwendigkeit versetzt worden, alte Wunden aufzureißen und Vorkommnisse von neuem erörtern zu müssen, die sie vergessen haben oder zu vergessen sich bemühen. Sehr erfreulich sei die Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften, die eine endgültige Befestigung aller Differenzpunkte zwischen diesen beiden Faktoren der Arbeiterbewegung eröffnen lasse. Auch die Bestrebungen bezüglich der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung seien zu begrüßen, obwohl er nicht gerade der Meinung sei, daß die auf dem Boden der Lokalorganisationen stehenden Genossen nun aus diesem Grunde sofort aus den Wahlvereinen entfernt werden sollten. Man müsse diese Genossen eben zu überzeugen suchen, daß die Einheitlichkeit auch in der Gewerkschaftsbewegung eine unbedingte Notwendigkeit und den Zentralorganisationen in den wirtschaftlichen Kämpfen mit dem Unternehmertum der Vorzug zu geben sei. Die Punkte über Volkserziehung und Strafrechtsreform dürften auf dem kommenden Parteitag in Essen einer gründlichen Diskussion unterzogen werden. Der erfreuliche Verlauf des Parteitages werde die besten Erfolge bei den kommenden Reichstagswahlen zeitigen. Die nachfolgenden Redner teilten im wesentlichen die Auffassung des Vorredners. Benzl ist der Ansicht, daß zwischen den Reden Webers in Jena und in Mannheim doch ein gewisser innerer Widerspruch bestehe. Er sei nicht dafür zu haben, daß Genossen Lediglich deshalb aus den Wahlvereinen hinausgeworfen würden, weil sie einer Lokalorganisation angehörten. Mit groben, mechanischen Machtmitteln ließe sich das Ziel, die Lokalorganisierten für die Zentralverbände zu gewinnen, auf deren Boden er durchaus stehen laun erreichen. Kristen findet es nicht in der Ordnung, daß im Vorstandsbericht das Loblied auf die finanziellen Leistungen der Berliner in so hohen Tönen gesungen wurde. Diese Leistungen, obwohl durchaus anerkennenswert, seien in den Verhältnissen begründet. Dagegen lasse die Organisation um so mehr zu wünschen übrig. Schindler bekämpft die Auffassung der Vorredner über die Lokalisten. Es sei ganz ausgeschlossen, diese durch Ueberzeugung zu gewinnen. Es müsse in dieser Sache endlich reiner Tisch gemacht werden. Jiege glaubt nicht, daß die Lokalorganisationen verschwinden. Sie seien durchaus lebensfähig. Er unterschreibe die Ansicht Begiens, daß Verhältnisse eintreten könnten, die die Gewerkschaften selbst zur Anwendung des Massenstreiks zwingen würden. Nachdem noch Eisner gerade bezüglich dieses Punktes die Möglichkeit eines solchen Massenstreiks seitens der Gewerkschaften infolge der reaktionären preussischen Politik begründet hatte, erfolgte Schlag der Diskussion und die Zustimmung der Versammlung zu den Beschlüssen des Parteitages.

Hierauf folgte der Bericht über den Verlauf des Reichstagsbeleidigungsprozesses gegen Eisner. Nachdem die erste Seite dieser Angelegenheit betont worden, kam auch die andere nicht zu kurz, indem die beiden Prozeßbeteiligten Eisner und Benzl in drastischer, realistisch Darstellung die heiteren Momente würdigten, die die Versammlung wiederholt in größte Heiterkeit versetzten. — Eine Anzahl Genossen ließen sich als Mitglieder des Wahlvereins aufnehmen.

**Treptow-Waumschulweg.**  
Als ein unangenehmer Zustand wird es empfunden, daß in dem Ortsteil Waumschulweg keine Amtsniederstelle eingerichtet ist. Mit jeder Kleinigkeit, welche auf dem Amte erledigt werden muß, sind die Einwohner Waumschulwegs gezwungen, den Weg nach Treptow zu machen. Je mehr sich der Ort entwickelt, desto dringender wird das Bedürfnis, daß dieser Zustand geändert wird. Nicht minder berechtigt ist das Verlangen, daß die Dienststunden für amtliche Vernehmungen in eine Zeit verlegt werden, in welcher es auch den Arbeitern möglich wird, ohne materielle Schädigung den Besoldungen Folge zu leisten. Bekanntlich arbeitet der größte Teil der Arbeiter außerhalb des Ortes und ist es mit doppelten Umständen verknüpft. Wir hoffen, daß diese Anregungen genügen werden, um die Ortsbehörde zu einer Abstellung der Mängel zu veranlassen.

**Weißensee.**  
Gemeindevorstandswahl findet heute, Dienstag, im alten Ortsteil statt. Mögen die in Berlin arbeitenden Genossen rechtzeitig zur Wahl erscheinen, da nämlich um 8 Uhr geschlossen wird. Kandidat ist der Raurer Gustav Wloz.

**Ober-Schönauweide.**  
Mit dem Rannheimer Parteitag beschäftigte sich am Dienstag die im Wilhelmshof stattgefundene Wahlvereinsversammlung. Genosse Grunow als Referent erklärte sich mit den Verhandlungen in Mannheim einverstanden bis auf den Punkt „Massenstreik“. Hier meinte der Redner, sei ein Widerspruch der Ausführungen Webers mit denen in Jena vorhanden. Das Verhalten Freiwalds, der zu der Versammlung geladen und auch erschienen war, beurteilte er, indem derselbe die vom Rieder-Kammer Kreise gestellte Resolution, als nicht von der Majorität des Kreises herrührend, sondern nur als Ansicht Rannheimer bezeichnet habe. — In der Diskussion bemerkte Genosse Sevelow, daß der Parteitag nach

reißt geschwenkt sei. Die Gewerkschaftsführer seien mit ihrer Anschauung über den Massenstreik durchgekommen. In demselben Sinne äußerte sich Genosse Kaufold, der es außerdem begehrt, daß die Jugendorganisation vorwärts scharfe und daß die Referate der Genossen Jettin und des Genossen Schulz in Broschürenform erscheinen. Genosse Freiwald trat dem Genossen Grunow entgegen und präziserte seine Stellung gegen Rannheimer. An dem Hand des Artikels in der „Neuen Gesellschaft“ faßte er seine Stellung gegen Rannheimer zu reaktivieren. Die Genossen hätten sich vom Genossen Rannheimer beeinflussen lassen. Genosse Vessier bestritt dies entschieden. Zum Schluß empfahl der Vorsitzende, Genosse Jakobson, folgende Resolution: 1. Die heutige Mitgliederversammlung des Wahlvereins Ober-Schönauweide erklärt sich mit den Arbeiten des Parteitag einverstanden. 2. Zu der Lösung der Frage des Massenstreiks erklären die Parteigenossen, daß die Auffklärung ununterbrochen notwendig ist. Die Genossen verpflichten sich, jeder persönlich dafür zu sorgen, daß die politische Organisation wächst und auch die Parteipresse in höherem Maße verbreitet wird. Als besondere Gewähr für das Gelingen des Massenstreiks erblicken die Versammelten eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung und die Durchbildung derselben mit revolutionärem Geiste. Bei der Abstimmung über die Resolution wurde der erste Teil abgelehnt, der zweite einstimmig angenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß am 16. Oktober Genosse Vordardt mit den Jylsuvorträgen über: „Die Parteien in Deutschland und die Sozialdemokratie“ beginnen wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Adolf Herrmann-Hohen-Neuendorf geleht.

**Nieder-Schönhausen.**  
Ein treuer, tätiger Parteigenosse ist Sonntag früh nach langem, schweren Leiden gestorben. Genosse Hermann Märten war einer jener eifrigen, freudigen Kämpfer für die Ideale des Proletariats, die durch ihre rastlose Tätigkeit auffeuernd und anregend auf ihre Mitkämpfer wirkten. Troy seines jugendlichen Alters — Märten ist noch nicht 25 Jahre geworden — wühlte er sein großes Wissen geschickt und erfolgreich im engeren Kreise und bei der Agitation in den Reihen der Indifferenten zu verwerten. Seine Hoffnungsfreudigkeit auf den Sieg unserer Sache, sein strenges Gerechtigkeitsgefühl machten ihn jedem, der ihn kennen lernte, lieb und wert.

Märten war Handlungsgehilfe und gehörte der sozialdemokratischen Organisation dieses Ortes an; auch hier wirkte er eifrig und tatkräftig. Seit Jahresfrist hatte ihn die furchtbare Krankheit — Lungentuberkulose — gepackt. Nur noch mit langen Unterbrechungen konnte er seinem Berufe nachgehen. Auch ein mehrwöchiger Sommeraufenthalt auf dem Lande brachte ihm nicht die gewünschte Heilung. Die Krankheit hatte ihn schließlich ganz ans Bett gefesselt. Das waren schwere Monate der Unfähigkeit für ihn, denn bis zum letzten Augenblick blieb er geistig rego und auf das lebhafteste interessiert für alle Vorkommnisse in der Parteibewegung. Märten gehörte seit zwei Jahren dem hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein an, dessen Schriftführer er bis zuletzt gewesen. Den Vereinsmitgliedern war er in jeder Beziehung ein leuchtendes Beispiel für Pflichttreue und warme, begeisterte Parteibeteiligung. Wir werden den Toten, um den eine junge Frau und ein noch nicht einjähriges Kind trauern, nicht vergessen und ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung des Verstorbenen findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Nieder-Schönhausener Friedhofes, Buchholzerstraße, aus statt. Die Wahlvereinsmitglieder werden gebeten, recht zahlreich dem Dahingegangenen die letzte Ehre zu erweisen.

**Röpenitz.**  
Der vierte Theaterabend des Gewerkschaftskartells findet am Donnerstag, den 18. Oktober, im Stadt-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Kater Lampe“ von Emil Rosenow. Der Eintrittspreis inkl. Garderobe und Programm beträgt 50 Pf. Einladkarten sind zu haben bei Franz Weber, Bahnhofsstr. 15, Zigarrengeschäft; August Tauchert, Riggelbeimerstr. 4, Restaurant; Fritz Woid, Grünstr. 11, Zigarrengeschäft; Bernhard Pfeife, Grünauerstr. 1, Restaurant; Adolf Helling, Schönertlinberstr. 5, Restaurant und im Stadt-Theater, Joh. Jugendheim u. Otto.

**Reinickendorf.**  
Durch einen Hufschlag den Tod gefunden hat der Kutscher Wilhelm Vaier aus der Doppelstr. 30. V. war bei seinem Schwiegervater, dem Fuhrunternehmer Rose in der Papierstr. 8 in Reinickendorf, beschäftigt gewesen und beim Anspannen der Pferde von einem der Tiere ins Gesicht getreten worden. Der Schwerverletzte wurde in die königl. Klinik eingeliefert, starb aber dort bald.

**Stolpe.**  
In einer öffentlichen gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Waidmannslust bei Vergemann in Stolpe referierte Genosse Bendel über die Rannheimer und Frenzlauer Vorgänge. In seinen Ausführungen gedachte er unter anderem der Hohen-Neuendorf-Stolper Schießsacke und übte scharfe Kritik an dem Vorgehen der Genossen. In großen Zügen entwarf Redner ein anschauliches Bild von der Art, wie in Deutschland gegen das freie ringende Proletariat vorgegangen wird. Die deutsche Arbeiterkassette wird solche Vorfälle nicht vergessen und in 2 Jahren bei den Reichstagswahlen die richtige Antwort geben. Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine rege Diskussion, in welcher Genosse Kotter die fasslichen Stellungsnachrichten der bürgerlichen Mütter festnagelte; diese seien nur dazu bestimmt gewesen, den Lesern die Schießsacke in einem für die Genossen günstigen Lichte erscheinen zu lassen. Genosse Duabe forderte die Anwesenden auf, fester denn je auf dem Posten zu sein und sich dem Wahlverein anzuschließen. Das Ergebnis der Versammlung war, daß sich 18 Mitglieder neu aufnehmen ließen. Die 61 M. von der Leserversammlung wurden der Familie des Erschossenen überwiesen, außerdem sollen noch Sammellisten ausgegeben werden.

**Potsdam.**  
Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm einen hochdramatischen Verlauf. Der „neue Kurs“ im Potsdamer Rathaus ist jetzt offiziell verkündet worden. Nach Erledigung der „Geschäftlichen Mitteilungen“, aus denen die Mandatsüberlegung des Stadtv. Japell erwähnenswert ist, kam eine wichtige Anfrage wegen des neuen Einschätzungsmobus zur Verhandlung. Die Stadtv. Friedrichs, Hennigs und Kosak fragten an, von welchen Grundstücken der Magistrat geleitet gewesen sei, als er verschiedenen Fabriken, gewerblichen und kaufmännischen Betrieben eine Liste zugefertigt habe, aus denen die Unternehmer das Einkommen ihrer Arbeiter und Angestellten angeben sollten, soweit dieses unter 3000 M. beträgt. Die Interpellanten sahen in diesem eigenartigen Verfahren eine unnötige Härte gegen die Masse der Steuerzahler, können auch ein Recht des Magistrats dazu nicht anerkennen. — Die Antworten der Herren Stadtv. Jwider und Erster Bürgermeister Rosberg ließen deutlich die Perspektiven erkennen, nach denen in Zukunft die „Selbstverwaltung“ der zweiten Residenzstadt sich abwickeln wird. Der Erste Bürgermeister hielt die erhobene Kritik für unzulässig, da der Magistrat in vielen Fällen ein mittelbares Staatsorgan sei. Schließlich wurde verurteilt, die ganze Frage, welche für die Steuerzahler von einschneidender Bedeutung ist, nach „berühmten Russen“ mit einem diplomatischen Salto mortale abzutun. Jedenfalls weiß die Potsdamer Arbeiterkassette jetzt, wer die unerbittlich hohen Einschätzungen und die scharfe Steuergrube der direkten Abgaben in Verbindung mit den indirekten Verbrauchssteuern zur Einschätzung gebracht hat. — Die zweite Kontroverse zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zeigte aber erst recht, was Weistes Kind der „neue Herr“ im Potsdamer Rathaus ist. So deutlich ist den Vätern der Stadt noch niemals gesagt worden, daß sie eigentlich gar nichts zu sagen







An die Arbeiterschaft Berlins!

Achtung! Gewerbegerichts-Wahl

am Sonntag, den 21. Oktober 1906, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags.

Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des vom Magistrat festgesetzten Verteilungsplanes ein Drittel der Gewerbegerichts-Beisitzer aus. Die Ergänzungswahl findet infolgedessen für die nachstehenden 16 Wahlbezirke statt. Zu wählen sind 70 Beisitzer.

Wahlberechtigung.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder gewerbliche Beschäftigung hat.

Darunter ist zu verstehen, daß jeder Arbeiter, wenn er auch nur einen Tag am Orte wohnt oder beschäftigt ist, wahlberechtigt ist. Personen, welche nicht in Berlin wohnen, aber ihre Beschäftigung hier haben, wählen im Bezirk ihrer Beschäftigung, dagegen die in Berlin wohnenden Personen in ihrem Wohnbezirk. Eine Auswahl für die letzteren zwischen Wohn- und Beschäftigungsbezirk ist unzulässig. Personen, welche auswärts arbeiten und in Berlin wohnen, üben ebenfalls im Wohnbezirk ihr Wahlrecht aus.

Hausgewerbetreibende sind wahlberechtigt und wählbar als Arbeiter, sofern sie nicht selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und nicht gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind solche Personen:

- a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind;
b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben;
c) gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung

der bürgerlichen Ehrenrechte oder Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;

- d) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und
e) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81b Nr. 4 und der §§ 91 bis 91b der Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Wahllegitimation.

Für die Arbeiter werden keine Wahllisten zum Zwecke der Wahlen angelegt, es genügt vielmehr, für dieselben ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde (Polizeirevier des Wahlbezirks), durch welches ihm bestätigt wird, daß er zurzeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Diese Zeugnisse oder Wahllegitimationen werden vom Magistrat herausgegeben und sind vom 10. Oktober an in allen Verbandsbüros, im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, 2. Eingang, 11-1, 6-8 Uhr, im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, Zimmer 57, während der Dienststunden, 9-3 Uhr, und in den nachstehenden Parteilokalen zu haben.

Die Formulare enthalten vier Fragen. Diese sind von in Arbeit stehenden Personen sämtlich, von Arbeitslosen nur Frage 1 und 2, auszufüllen und alsdann dem Arbeitgeber oder der Polizei zur Unterschrift oder zum Stempeln vorzulegen. Die Behörden sind angewiesen, diesem Wunsche nachzukommen.

Jedoch empfiehlt es sich, im letzteren Falle einen Ausweis mitzunehmen.

Am Tage der Wahl ist die Wahllegitimation vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Die Wahl.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten sein als im Bezirk zu wählen sind. Die Verbrieflichung der Stimmzettel erfolgt seitens der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Kandidaten sind von den in Betracht kommenden Gewerkschaften vorgeschlagen und sind gewerkschaftlich wie politisch organisiert.

Die Agitation.

Es empfiehlt sich für alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, in ihren Werkstätten usw. festzustellen, wieviel Wahlberechtigte dort arbeiten, alsdann für diese die nötige Anzahl Wahllegitimationen zu beschaffen, die Ausfüllung zu überwachen und die Abstempelung zu veranlassen. Dagegen ist es notwendig, am Tage vor der Wahl die Wahlberechtigten an ihre Pflicht zu erinnern.

Organisierte Arbeiter, welche am Tage der Wahl helfen wollen, können sich in untenstehendem Bureau melden.

Um jeden Irrtum auszuschließen, haben wir nachstehend die weitgehendste Aufstellung der 16 Wahlbezirke und der dazu gehörigen Stadtbezirke, in denen gewählt wird, gemacht. Wir ersuchen deswegen, dieses Blatt bis zur Wahl aufzubewahren.

Alle diesbezüglichen Anfragen werden im Gewerkschaftsbureau, „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, 2. Eingang, von 11-1 und 6-8 Uhr beantwortet.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

J. B. A. Körsten.

Aufstellung

der

16 Wahlbezirke und der dazu gehörigen Stadtbezirke, in denen gewählt wird.

Diese Aufstellung ist aufzubewahren.

1. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 1-10.

1. Stadtbezirk: Bischofstr. 2-26, Burgstr. 1-11, Heiligegeiststr. 29-33, Hoher Steinweg, Jüdenstr. 1-11 und 55-60, Königsstr. 1-25 und 41-69, Marienkirchhof 5-11, Mollenstr. 8 und 9, Nikolaischloßplatz 1-3 und 12-14, Poststr. 1-15 und 21-31, Kleine Poststraße, Probststraße, Rathausstraße, Steberstr. 3-18, Spandauerstr. 18-20 und 47-63a.

2. Stadtbezirk: Giergasse, Großer Rindenhof, Jüdenstr. 12-54, Klosterstr. 47-59, Am Redden, Mollenmarkt, Mollenstraße, ausschließlich 8 und 9, Nikolaischloßplatz 4-11, Barockstraße, Poststr. 16-20a, Spandauerstraße 40-46, Stralauerstr. 15-46.

3. Stadtbezirk: Algenstraße 18, Neue Friedrichstr. 1-20 und 83-100, Grunerstraße, von der Dickenstecke bis Neue Friedrichstraße, Klosterstr. 30-46 und 60-78, Königsstr. 26a, Schillerstraße bis Neue Friedrichstraße, Steberstr. 1 und 2, Am der Stralauerbrücke, Stralauerstraße 1-14 und 47-58, Kleine Stralauerstraße, Waisenstraße.

4. Stadtbezirk: Bischofstr. 1, 27 und 28, Neue Friedrichstr. 21-42 und 65-82, Gontardstraße, Kaiser Wilhelmstr. 10-15 und 22-32, Rolandgasse, Klosterstr. 1 und 2, 4-29 und 79-101, Königsfolienaden, Königsstr. 26 und 27-40, Marienkirchhof 12-23, Neue Gasse, Panoramastraße, Kochstraße 7-14, Spandauer Brücke 1-3 und 10-16, Stadthausplatz, Alexanderplatz.

5. Stadtbezirk: Burgstr. 12-30, Neue Friedrichstr. 43-64, Unter der Sternbrücke, Deberenteergasse, Heiligegeiststraße, ausschließlich 23-33, Kaiser Wilhelmstr. 1-9 und 31-39, Klosterstr. 3, Marienkirchhof 1-4, Neuer Markt, Kleine Fährsteinst. 6 und 7, Neue Promenade 9 und 10, Rosenstraße, Spandauerstr. 1-17 und 64-81, Stadtbahnstr. 10, Stadtbahnbogen 148, St. Wolfgangstraße.

6. Stadtbezirk: Breitenstraße, Bräuerstraße, Friedrichsgracht 51-62, Vertcaudienstr. 1, Kleine Vertcaudienstr. 2, Am Lustgarten, Am Rindengraben, Neumannsgasse, Kufensstraße, Kleine Kufensstraße, Petriplatz, Scharenstraße, Am der Schleiße, Das Königliche Schloss, Schlossfreiheit, Schlossplatz, Spreestraße, Am der Stadtbahn, Stadtbahnbogen 169-176.

7. Stadtbezirk: Alsterbrücke, Alsterstraße, Friedrichsgracht 1-16, Köllnische Fischmarkt, Köllnischestraße, Köllnische Damm, einschließlich Schleißengebäude und Köllnische, Schornsteinsteige 1-3 und 5-8.

8. Stadtbezirk: Friedrichsgracht 17-50, Vertcaudienstr. 2-27, Kleine Vertcaudienstr. 1 und 3-5, Grünstraße, Petristraße, Rittergasse, Kottstraße, Schornsteinsteige 4.

9. Stadtbezirk: Kleine Jägerstraße, ausschließlich 1, Kreuzstraße, Kurstr. 14-26 und 30-40, Kleine Kurstr. 1-8 und 10-12, Alte Leipzigerstraße, Niederwallstr. 5-23 und 26-38, Oberwasserstr. 10-14, Rautschhof, Unterwasserstr. 9a.

10. Stadtbezirk: Adlerstraße, Hallesergasse, Am Festungsgraben, Französischer Platz 33b-33d, Hinter dem Viehhause, Hausvogtel-Platz, Holzgartenstraße, Jägerstr. 32-44, Kleine Jägerstr. 1, Berufsallee 23-24, Am der Kommandantur, Kurstr. 1-13 und 41-51, Mohrenstr. 37a-40, Mollersgasse, Niederlagstraße, Niederwallstr. 1-4 und 30, Oberwallstraße, Prinzengasse, Schindel-Platz, Landwehrstr. 23b, Unterwasserstr. 1-9, Werderischer Markt, Werderische Rosenstraße, Werderstraße, Am Zeughaufe, Hinter dem Zeughaufe, Platz am Zeughaufe.

Wahllokal: Turnhalle der 21./24. Gemeindefschule, Hinter des Wollschiffstraße 2.

Zu wählen 4 Beisitzer:

- 1. Reinhold Rauhmann, Schneider, Sebastianstr. 86.
2. Adolf Schulz, Schneider, Alte Jakobstr. 147.
3. Richard Ehrhardt, Schneider, Biergasse 2.
4. Fritz Höde, Handwerker, Widen, Reuterstr. 52.

Wahllegitimationen sind zu haben bei J. B. A. Körsten, Klosterstraße 101.

4. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 31-39, 45-46.

31. Stadtbezirk: Bellevuestr. 1-10 und 11a-22, Eichhornstr. 1-5 und 8-12, Königsgrabenstr. 1-12, Königin Augustastr. 6-16, Lennéstraße, Linstr. 45 und 46, Warscheiderstr. 9-11, Potsdamerplatz 1-2, Potsdamerstraße 1a, 1-2a und 12a-14, Schellingstraße, Viktorstr. 21-23.

32. Stadtbezirk: Bellevuestr. 11, Rempeplatz (nördliche Seite), Königin Augustastr. 17-20, Warscheiderstr. 1-8 und 12-20, Rathenowstraße, Regententrasse, ausschließlich 11a, Sigismundstraße, Tiergartenstraße 1-9a, Viktorstr. 21-23, ausschließlich 21-23.

33. Stadtbezirk: Gendarmenstraße, Silberbrandstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserin Augustastr. 51-59, Reuterplatz (nördliche Seite), Königin Augustastr. 30-53a, Regententrasse 11a, Tiergartenstr. 10-37, der südliche Teil des Tiergarten, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Potsdamer-Ärre, einschließlich dieser Ärre und der Chaussee. Zu diesem Bezirk gehört das Gartenergrundstück an der Großen Lauer- und Bestenow-Ärre.

34. Stadtbezirk: Gendarmenstraße, Trapestr. 1, Friedrich Wilhelmstraße, von der Dendelstraße, Querfelde-Ärre, Dendelstraße, Kaiserin Augustastr. 70-82, Viktoria-Ärre, Randstraße, Stadtbahnbogen Nr. 488-506, Zisterstraße, Tiergartenufer, der südwestliche Teil des Tiergarten, begrenzt im Westen von der Charlottenburger Chaussee, mit Einschluß derselben und im Osten von der Potsdamer-Ärre, diese ausgeschlossen.

35. Stadtbezirk: Gartenstraße, Gartenstraße, Reithstraße, Kurfürstendamm 1-9 und 246-264, Kurfürststr. 72-96, Landgrabenstraße, 28b, 29-32, Körnerstr. 70-71, Wilmannsstr. 1-20. Zu diesem Bezirk gehören Zoologischer Garten und das Hippodrom (Wasserpferde im Tiergarten).

36. Stadtbezirk: Zudenstraße, Derflingerstr. 2-29, Kurfürststr. 49-71, Köpenickplatz, ausschließlich 1, Raabenstr. 1-4 und 31-37, Schillerstraße, Wilmannsstr. 21.

37. Stadtbezirk: Derflingerstr. 1 und 30, Döbernerstraße, Gendarmenstraße, ausschließlich 31, Kurfürststr. 47-48, Köpenickplatz 1, Köpenickstraße 33-78, Köpenicker 1-19b.

38. Stadtbezirk: Gendarmenstr. 31, Magdeburgerplatz, Magdeburgerstraße 9-27, Potsdamerstr. 35-45 und 104-115a, Steglitzerstr. 25-63.

39. Stadtbezirk: Wilmannsstr., Karlsbad 1, Köpenickstr. 24-32 und 70-91a, Magdeburgerplatz 1-8 und 28-35, Potsdamerstr. 24-34, 116-120 und 122-123a, Schöneberggasse 20-48.

40. Stadtbezirk: Am der Poststraße, Grobenstr. 1-4 und 23-31, Kurfürststr. 29-46 und 100-102, Potsdamerstr. 49-56 und 97-103a, Zietenstr. 23-28.

41. Stadtbezirk: Säulowstr. 8-26 und 85-100, Grobenstr. 5-10 und 13-22, Potsdamerstr. 67-67 und 69-96b, Schwerinstr. 1-19, Zietenstraße 12-24.

Wahllokal: Turnhalle der 107. Gemeindefschule, Gendarmenstr. 4.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

- 1. Franz Hoyer, Buchdrucker, Lindenstr. 69.
2. Albert Faber, Buchdrucker, Wilmannsstr. 11.
3. Wilhelm Hähnlein, Photograph, Kleine Andreasstr. 20.
4. Carl Reinke, Schneider, Friedrichstr. 228.

Wahllegitimationen sind zu haben bei A. Rieder, Steinmehstr. 35.

7. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 54, 55, 57-63.

54. Stadtbezirk: Nordseite der Barutherstraße, Belle-Alliancestraße 1-12 und 91-107, Blücherplatz 1-2 und Döllische Kirchhöfe, Zantowstraße, Tellomerstraße 1-11 und 63-65, Tempelhofer Ufer 1-6a.

55. Stadtbezirk: Großbeerenstraße 10-18 und 77-85, Tellomerstraße 12-37 und 38a-82, Tempelhofer Ufer 7-24.

57. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 19-27a und 63-76, Wartenburgstraße 1-14 und 16-29.

58. Stadtbezirk: Hornstraße, ausschließlich 14, Wartenburgplatz, Poststraße 1-14 und 80-90.

59. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 13-26, Großbeerenstr. 28-41 und 43-62, Hagelsbergerstr. 1-16 und 41-57, Poststr. 72.

60. Stadtbezirk: Hagelsbergerstr. 17-40, Mödernstr. 73a-92, Poststr. 13-23 und 65-78.

61. Stadtbezirk: Dreibundstraße von Mödernstraße bis zur Reichsbahn, Grolauerstraße, Kapbachstraße, Kreuzbergstr. 26-69, Mödernstr. 63 bis 73 und Mödernstraße von Kreuzbergstraße bis zur Reichsbahn (Westseite), Monumentenstr. 15-20, Poststr. 57-65.

62. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 27-52, Dreibundstraße von Mödernstraße bis zur Belle-Alliancestraße, Großbeerenstr. 42, Am Kreuzberg, Kreuzbergstr. 1-25, 60-78 und Viktoriapark, Nisterfelderstraße, Mödernstraße von Kreuzbergstraße bis zur Reichsbahn (Ostseite), Kleine Poststraße, Wilhelmshöhe.

63. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 53-90, Zibicinstr. 1 und 45, Gneisenaustr. 1, Am Tempelhoferberg (Westseite).

Wahllokal: Turnhalle der 108./116. Gemeindefschule, Hagelsbergerstraße 34.

Zu wählen sind 4 Beisitzer:

- 1. Otto Bonitz, Buchdrucker, Dramenstr. 119.
2. Oscar Fiedler, Gärtler, Admiralsstr. 3.
3. Josef Hartmann, Drucker, Wienerstr. 46.
4. Albert Zander, Schneider, Raunynstr. 38.

Wahllegitimationen sind zu haben bei Carl Werner, Hagelsbergerstr. 2.

10. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 76-78.

76a. Stadtbezirk: Campdauenerstraße, Rühlstraße, Fontane-Promenade, Freiligrathstraße, Gräberstr. 43, Oasenheide 30-60, Urbanstraße 20-30.

